

Stützpunkten belagern. Für uns ist der einzige Feind Amerika!« — Und wie denkt er über Afghanistan? »Kann sein, daß wir nicht übereinstimmen im Prinzip mit der sowjetischen militärischen Intervention. Aber hat sie nicht nur das Ziel, das Gleichgewicht wiederherzustellen gegenüber dem Aufmarsch der Amerikaner in der Zone?« — Und ein hoher Beamter des Emir von Qatar sagt: »Unsere natürlichen Verbündeten sind die Amerikaner, sie verhalten sich uns gegenüber wie Feinde; unsere natürlichen Feinde, die Sowjets, bemühen sich zu unserer Unterstützung auf allen Gebieten, politisch, diplomatisch; militärisch, das zwingt uns, sie wie Freunde zu betrachten; das ist kurz gesagt unser Drama und die Quelle unserer Verzweiflung.«

So beginnen die Stützen des Imperialismus zu wanken. Es ist nicht nur die Allianz zwischen Israel und USA, die den Nahen Osten erschüttert, es ist auch der Krieg zwischen Irak und dem Iran, der mit dem iranischen Sieg und der Vertreibung der irakischen Truppen aus dem Iran endete. Dazu meint Haig: »Es besteht ein großes Risiko, daß der Konflikt auf Nachbarstaaten übergreifen könnte, und er hat bereits die innerarabischen Beziehungen erschwert. Er könnte zu unvorhergesehenen und weitreichenden Veränderungen im regionalen Machtgleichgewicht führen, das der SU die Gelegenheit bietet, ihren Einfluß in dem Prozeß zu erweitern.«

Die irakische Führung hatte geglaubt, daß der Krieg gegen Iran eine Sache von 2 bis 3 Wochen sein werde, daß Iran und die iranische Armee von der Revolution geschwächt keinen ernsthaften Widerstand leisten könne und daß die Bevölkerung Kusistans sie als Befreier empfangen würde. Irak würde dann die militärischen und politischen Stellungen einnehmen, die vordem der Iran unter dem Schah-Regime in diesem Gebiet hatte. Der Westen hatte dem Iran in diesem Krieg keine militärischen Chancen gegeben. Jedoch ist die irakische Armee in erster Linie von den revolutionären Massen Persiens besiegt worden, die unter Khomeinis Führung den Schah gestürzt hatten und die Amerikaner aus dem Lande verjagt hatten. Fremde Invasion, von wem immer sie auch ausgehen mag, ist für die iranischen Massen der Versuch, die ausländische — d.h. amerikanische Macht — wiederherzustellen und die — wenn auch noch so kleinen — Errungenschaften der Revolution wieder zu gefährden. Es war die Bevölkerung der von den Irakern besetzten Städte, die mit leeren Händen und der Unterstützung der Pasdaran von Haus zu Haus um jeden Meter gegen die Eindringlinge kämpften. Die irakischen Truppen haben die Städte geplündert, und die irakische Führung mußte die Begeisterung der Truppen durch Geschenke anheizen. Die revolutionären Jugendlichen Irans dagegen zogen ohne Zuwendungen in den Kampf, sie ließen sich durch nichts von ihrem Einsatz mit dem Leben zurückhalten.

Das war die erste Überraschung nicht nur für die Iraker, auch für die Weltöffentlichkeit. Der Versuch Bani Sadr an der Spitze der Armee, diese in den Kampf gegen Irak zu führen, scheiterte an den Auswirkungen der iranischen Revolution auf die Armee, die in ihren Spitzen amerikafreundlich und amerikanisch geschult war. Damit scheiterten aber auch die politischen Vorstellungen Bani Sadr über die weitere Entwicklung Persiens nach der Revolution.

Die zweite Überraschung für die Welt-Öffentlichkeit war die Tatsache der »Mobilisierung« (Bassej). Eine unerwartet hohe Zahl von Jugendlichen war bereit, der Aufforderung Khomeinis zu folgen, ihr Leben für die Vertreibung der Feinde der iranischen Revolution einzusetzen, vor allem gegen Feinde aus dem Ausland. Vielleicht war es einer der schwersten Fehler der Volks-Muhjaheddin, die Auseinandersetzung mit Khomeini und der reaktionären Fraktion der Mullahs nicht bis nach dem Krieg zu verschieben und sich stattdessen mit dem erfolglosen Bani Sadr zu verbünden. Offenbar wurde Khomeini mit dieser Opposition (mit Massenhinrichtungen) deshalb fertig, weil sie zusammenfiel mit dem Kampf gegen die Iraker — und so als amerikanisch gelenkt diskreditiert werden

Haben die Israelis dem Iran während des Krieges mit Irak Waffen geliefert?

Das hat jedenfalls der israelische »Verteidigungs«-Minister Sharon erklärt. Laut Sharon seien Israelis und Amerikaner sich seit längerem einig gewesen, daß »strategisch gesehen, Iran bedeutender ist (als Irak) ... Wir sagten, daß trotz der Tyrannei Khomeinis, die wir alle hassen, wir ein kleines Fenster zu diesem Land offen lassen müßten ... Israel habe über ein drittes Land »symbolische Lieferungen« von Waffen an Iran geschickt — »Wir gaben ihnen (den US-Behörden) Listen, sie wußten genau«, was an Iran geliefert wurde. Für die »Vertreter von zweien der großen Demokratien« — wie Sharon die USA und Israel bezeichnet — stehe die Frage: »Wer wird in Zukunft — nach Khomeini — im Iran die Macht ausüben? ... Sicherlich die Offiziere auf dem Schlachtfeld, die im blutigsten Krieg kämpften, den die Region gesehen hat ...«

Das »offene Fenster«, durch das der Westen wieder in den Iran schlüpfen möchte, ist also die iranische Armee — jene von den USA aufgebaute Armee, auf die auch Banisadr setzte! Die amerikaorientierten höheren Offiziere haben diesen Krieg nicht geführt; sie wollten ihre militärische Stärke für die inneren Auseinandersetzungen nach dem Krieg bewahren. Deswegen mußte die Führung der islamischen Republik auch Banisadr als Mann der Amerikaner anklagen und aus dem Land vertreiben. (Nach »International Herald Tribune«, 29. 5. 1982 und 1. 6. 1982)

konnte. Der Krieg gegen Irak war die Verteidigung der iranischen Revolution.

Saddam Hussein von Irak hat angesichts der Niederlage Ägypten um militärische Hilfe und um Soldaten gebeten. Im Krieg selbst hatte er von Anfang an große finanzielle und militärische Ausrüstungshilfe von Saudiarabien, Jordanien, Ägypten und aus den Golfstaaten erhalten. Alle arabischen Staaten, die Irak unterstützten, besonders aber Saudi-Arabien befürchten jetzt das Überspringen der iranischen Revolution. Es ist kaum anzunehmen, daß die iranische Armee — wie die bürgerliche Presse glaubt — nach Irak oder den Golf-Staaten einmarschieren wird. Vielmehr wirkt der Sieg der iranischen Revolutionsarmee auf die labilen Verhältnisse im Irak und den Ländern, die Irak unterstützten. Saudi-Arabien z.B. hat sich bereit erklärt, Reparationen für die zerstörten iranischen Städte zu bezahlen oder daran teilzunehmen, um sich der drohenden Gefahr so zu entziehen.

Jordanien hat die Amerikaner um Waffenhilfe gebeten, da es den Krieg gegen Iran mit »freiwilligen« Soldaten aktiv unterstützt hat. Die Amerikaner haben ihnen erklärt, sie könnten das nicht in dem gewünschten Ausmaß, weil sie dann wieder Schwierigkeiten mit Israel bekommen würden. Die Israelis sagen, Waffenlieferungen an Saudiarabien, die Golfstaaten und Jordanien sind Waffen, die sich morgen vielleicht, wenn

Inhaltsverzeichnis

Naher Osten. Ein Überblick	1
Von einer Reise nach Libyen	4
Falkland-Konflikt — Unordnung im westlichen Lager ...	7
Fakten zur polnischen Entwicklung	11
Spaltung der Friedensbewegung?	14
Frankfurt/Darmstadt: Gewerkschafter gegen Startbahn ..	18
Wahl in Hamburg	21
Frankfurt: Mannesmann-Demag-Torbesetzung	23

Arbeiterkorrespondenzen

Türken im Hungerstreik erleben »Solidarität«	29
Springer Hamburg: Entlassungen durch Großdruckerei	30
Dortmund: VKL Hoesch/Phönix zum NH-Skandal	31

Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
F. Lübke · Herstellung und Vertrieb: GFSA — Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15
Postcheck Hamburg 4100 77-205, BLZ 200 100 20

die Amerikaner die Kontrolle wie im Iran verlieren, gegen sie richten könnten. Damit haben sie nicht ganz unrecht. Die politischen Verhältnisse in diesen Staaten können sich schnell ändern, Aufstände und Erhebungen der letzten Monate sind Vorzeichen. So tritt mehr und mehr der Zwang für die Amerikaner und die NATO ein, selbst militärisch im Nahen Osten einzugreifen.

Israelische Propaganda-Erklärungen, daß Israel dem Iran Waffenhilfe (Ersatzteile) geleistet habe, zeigen, daß Israel auf die Uneinigkeit der arabischen Staaten setzt. (vgl. Kasten). In der »Welt« vom 25. 5. 82 wird gesagt: »Ob sich Saddam Hussein seine furchtbaren Irrtümer je eingestehen wird? Das ist kaum anzunehmen, wenngleich die zurückgeschlagene Armee eines Tages Rechenschaft fordern wird... Seine »Fachleute« mit ihren schematischen Aufzählungen von Truppenstärken haben ihn und uns (!) getäuscht; im Nahost gelten andere Maßstäbe. Die Perser mit ihren westlichen Waffen erwiesen sich als die besseren Soldaten im Kampf um Heimat und Islam.« — Ist das Selbstbetrug oder Dummheit? Nicht die besseren Waffen waren entscheidend, sondern die Menschen, die mit schlechten Waffen kämpften. Und ist nicht die bürgerliche und imperialistische Strategie von dem »Aufzählen von Panzer- und Flugzeugzahlen« beherrscht? (Im Juni 82) ■

Nahost:

Die Ermordung Sadats im Herbst 1981 hat die Friedensillusionen von Camp David zerstört¹. Das Bild, das die Ereignisse im Nahen Osten bieten, wird immer verwirrender. Nationale und internationale Gegensätze, äußere und innere Spannungen, die trotz aller Lösungsversuche bisher nicht gelöst werden konnten, haben sich zu einem kaum entwirrbaren Knäuel zusammengeschnürt. Die allgemeine Kriegsgefahr, die vom Nahen Osten ausgeht, wächst.

In Camp David unternahmen die USA den Versuch, unter Ausschaltung der SU die Probleme im Nahen Osten und die Feindschaft der arabischen Staaten gegen Israel dadurch aufzulösen, daß ein Friedensschluß zwischen Ägypten und Israel unter amerikanischer Oberhoheit und die Räumung des Sinai als erster Schritt vereinbart wurden, dem andere mit anderen arabischen Staaten folgen würden. Die in Camp David vereinbarte und im April 1982 abgeschlossene Räumung des Sinai-Gebietes hat die innenpolitische Lage in Israel verschärft. Die Regierung Begin hatte alle Mühe, ihre eigenen Parteigänger, die den Abzug aus dem Sinai verhindern wollten, unter Kontrolle zu halten. Gleichzeitig setzten die Amerikaner die Regierung Begin unter Druck, gegen ihre eigenen Anhänger die Räumung des Sinai zu vollenden. Trotz der Rückgewinnung des Sinai sind die inneren Probleme Ägyptens um keinen Millimeter näher an eine Lösung herangebracht, während die Lösung des Palästinaproblems und der von Israel besetzten Westbank noch schwieriger geworden ist. Schon hat die Regierung Begin erklärt, daß die Ausdehnung der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten nun erst recht vorangerieben werden würde. So versucht die Regierung ihre enttäuschten Anhänger mit weiteren Siedlungen in der Westbank zufriedenzustellen. Der jetzige Einmarsch im Libanon soll die PLO zerschlagen. Damit hoffen die Israelis, auch die Widerstandskraft der Palästinenser in der Westbank zu treffen.

In der Behandlung des Palästinaproblems spiegeln sich die Auflösungserscheinungen der imperialistischen Herrschaft im Nahen Osten (in dem die wichtigsten außeramerikanischen Erdölquellen, über die der Imperialismus verfügt, liegen) wider. Seit dem 2. Weltkrieg fand der amerikanische Einfluß im Nahen Osten nach der Ablösung Englands und Frankreichs als Kolonialmächte seinen Ausdruck vor allem in den **ökonomischen** Verbindungen, dem wirtschaftlichen Einfluß und der

Zusammenarbeit mit den herrschenden Klassen dieser Länder. Diese Periode der ökonomischen Beherrschung wird seit dem Ende des Schah-Regimes im Iran mehr und mehr abgelöst von der Notwendigkeit, die imperialistische Herrschaft mit **militärischen Mitteln** zu sichern, da die wachsenden gesellschaftlichen Widersprüche die imperialistische Herrschaft gefährden. Das macht aber ein direkteres Eingreifen der USA erforderlich.

In den letzten Jahren wurde viel davon gesprochen, daß die USA — ähnlich wie nach dem Ende des 2. Weltkrieges in Europa — eine Art Marshall-Plan für die Länder, die von sozialer Unruhe bedroht sind, aufstellen sollten. Ein führender Berater der amerikanischen Ölgesellschaften, Walter Levy, hat dazu mit Hinweis auf den Nahen Osten schon 1979 erklärt: »Vor allem glaube ich, daß unser Land nicht reich genug ist, eine Art von Marshall-Plan für das Gebiet aufzustellen.« — Der Marshall-Plan war seinerzeit nur möglich 1. aufgrund der Riesengewinne, die die USA während des 2. Weltkrieges mit den Rüstungslieferungen an die gegen Deutschland kriegsführenden Länder gemacht hatten, und 2. weil die Marshall-Plan-Gelder im kriegszerstörten, aber kapitalistisch hochentwickelten Westeuropa als Zündung für einen neuen kapitalistischen Aufschwung wirkten. Beide Voraussetzungen fehlen heute im Nahen Osten.

Die Gegensätze unter den ölproduzierenden Ländern des Nahen Ostens

Unter den ölproduzierenden Ländern des Nahen Ostens findet ein Konkurrenzkampf um Preis und Absatz des Erdöls statt. »Amerika hat beschlossen, daß arabische Länder, die mit ihm befreundet sind, die größtmögliche Menge Erdöls zu niedrigsten Preisen produzieren sollen, damit die Staaten kein libysches oder algerisches Erdöl kaufen.« (Khadafi in einer Rede zum 12. Jahrestag der libyschen Revolution am 1. 9. 81.)

Schon Präsident Carter hatte erklärt, wie wichtig es sei, daß die Nationen dieses Gebietes »wissen, daß wir ein wirkliches Interesse, ein wirkliches nationales Interesse an der Stabilität und dem Frieden in dieser Region haben — besonders für den Nachschub von Öl, die Wege, über die das Öl an uns selbst geliefert wird und zu unseren Freunden und Alliierten in der Welt.« (Time 12. 3. 79) Jetzt ist das Gebiet am Indischen Ozean, am Persischen Golf und am Roten Meer zu einem militärischen Aufmarschgebiet der Amerikaner geworden. Die Kontrolle dieser Meere ist zur Beherrschung der Ölquellen und Transportwege in der arabischen Welt für die USA wichtig.

Die Ausgaben für das Militär sind (pro Kopf gerechnet) im Nahen Osten 5mal größer als die in Europa. In Israel, Ägypten, Syrien, Irak, Saudi-Arabien, Libyen und Jordanien hat die Zahl der Panzer 17 000 erreicht. (1973 waren es 3000 und 1977 12 000). Die Luftstreitmacht verfügt über 3000 Maschinen (1973: 2000 und 1977: 2200). Die Zahl der Boden-Boden-Raketen beträgt 220 (1973: 30 und 1977: 65). — Israel allein hat 3500 Panzer und 600 Kampfflugzeuge (Westdeutschland zum Vergleich: 3700 Panzer und 550 Kampfflugzeuge); Ägypten: 1700 Panzer und 300 Flugzeuge. Ägypten erhält jährlich 800 Millionen Dollar von den USA zur Unterhaltung — es fordert 1,5 Milliarden Dollar, d. h. ebensoviel wie Israel von den USA erhält. Die starke Zunahme der Waffen ist nicht Ursache der Kriegsgefahr, sondern spiegelt die ständig steigende gesellschaftliche und politische Spannung wider.

1967 war die Kontrolle über das Rote Meer für die arabischen Staaten von Bedeutung für den gemeinsamen Kampf gegen Israel. Dann wurde es jedoch für die konservativen arabischen Staaten des Nahen Ostens (wie Saudi-Arabien, Ägypten, Sudan) wichtig, um die Revolution in Äthiopien und Jemen zu bekämpfen. Heute ist das Rote Meer zum Aufmarschgebiet der USA geworden. Das zeigte das Manöver der »Schnellen Eingreiftruppe« der USA Ende 1981, das sich von Ägypten über Sudan, Somalia bis Oman erstreckte. Das zeigt aber auch die ständige Stationierung von Teilen eben dieser Eingreiftruppe in der Pufferzone auf dem Sinai seit März 1982 — unter dem Deckmantel der »internationalen Friedenstruppe«!

¹ In Camp David zwang der amerikanische Präsident Carter Israel 1978 zu einem Abkommen mit den USA und Ägypten, das die Rückgabe des Sinai an Ägypten und die gegenseitige Anerkennung vorsah. In eine Pufferzone zwischen Israel und Ägypten sollte eine »internationale Friedenstruppe« unter Leitung der USA einziehen. Dies Vorhaben wurde erfüllt. Dem Abkommen sollten sich bald andere arabische Staaten wie Jordanien und Saudi-Arabien anschließen. Das Vorhaben erfüllte sich nicht. Vgl. dazu den Artikel »Amerikanischer Frieden auf Erden«, Arpo 5/78.

Die Revolution in Äthiopien

Libyen hat Äthiopien nach dem Sturz des Feudalregimes unter dessen Kaiser Haile Selassie durch die äthiopische Armee und später in der weiteren Entwicklung die äthiopische Revolution unterstützt, während Saudi-Arabien mit und durch Ägypten und den Sudan die Gegner der Revolution in Äthiopien unterstützte.

1974 kam der DERG (Koordinationskomitee der bewaffneten Kräfte) in Äthiopien zur Macht. Eine von der kaiserlichen Herrschaft lange verschwiegene Hungerkatastrophe in den Jahren 1972-74, die Hunderttausenden armer Bauern das Leben kostete, hatte das Feudalregime endgültig zerrüttet. Die entscheidende Maßnahme des DERG war dann 1975 die Verkündung der Landreform. *„Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Landreform eine bedeutende und manchmal dramatische Steigerung des Lebensstandards für Millionen äthiopischer Bauern bewirkt hat.“*²

Die Gegner der äthiopischen Revolution fürchteten deren Übergreifen auf ihre bzw. die Nachbarländer, nachdem schon das Numeiri-Regime im Sudan seit langem sich gegen die innere Opposition nur mit massiver ägyptischer Militärhilfe behaupten konnte. Ägypten seinerseits ist auch durch innere Konflikte bedroht und sucht USA-Hilfe zur Sicherung seiner Existenz.

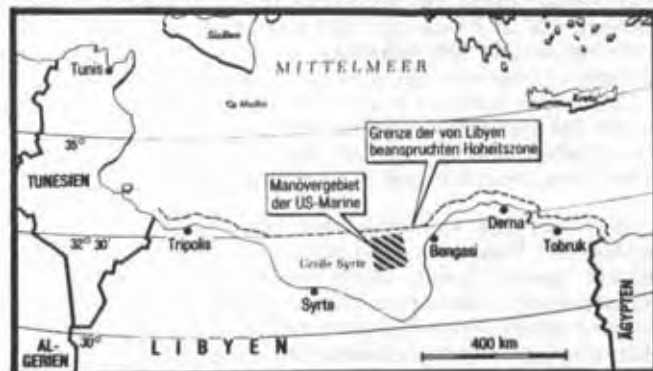
Im nachrevolutionären Bürgerkrieg in Äthiopien unterstützten die äußeren Gegner 1976 und später die eritreische Unabhängigkeitsbewegung, finanzierten den Krieg Somalias gegen Äthiopien und dessen Versuch, den Ogaden von Äthiopien abzutrennen, und alle anderen Loslösungsbestrebungen in Äthiopien, die in den verschiedenen Landesteilen

² *„Ethiopia. Empire in Revolution“*, M. u. D. Ottaway, New York, 1978, S. 182.

Der libysche »Angriff« – eine amerikanische Herausforderung

»Newsweek« berichtete in einer kleinen Notiz vom 24. 8. 1981 über die Vorbereitung des »Zwischenfalls« im Golf von Sidra:

»Nach Monaten der Debatte darüber, wie Muammar Kaddafi neutralisiert werden kann, will die Reagan-Regierung diese Woche ihre erste Herausforderung an den libyschen Staatsmann richten. Nach Anweisungen von Präsident Reagan hat Verteidigungsminister Caspar Weinberger die 6. Flotte beauftragt, Manöver an der libyschen Küste im Golf von Sidra durchzuführen, den Kaddafi als libysches Territorium beansprucht. Die Vereinigten Staaten erkennen den Anspruch Libyens nicht an und wollen Kaddafis Reaktionen – und die seiner Verbündeten in Moskau – testen, indem sie Kriegsübungen im Golf vornehmen. Um sicher zu gehen, daß die Welt das mitbekommt, hat die Flotte Kapitäne und Piloten in der Region gewarnt, daß 3200 Quadratmeilen des Golfes in die Feuerzone einbezogen sind. US-Piloten und -seeleute haben Order, auf nichts anders zu schießen als auf



Übungsziele – es sei denn, daß auf sie gefeuert wird. Washingtons Behörden wollen ebenfalls herausfinden, wie Kaddafi auf etwas reagiert, das sie als ein zufälliges Zusammentreffen darstellen: ägyptische Truppen werden zur selben Zeit Manöver entlang der libyschen Grenze abhalten.«

und Provinzen von den feudalen Gegnern der Revolution getragen wurden. Obwohl die Regierung Somalias sich »marxistisch« nannte, leistete Somalia aktiven Beistand gegen die äthiopische Revolution.

Saudi-Arabien ermunterte den Sudan, endgültig mit der SU zu brechen mit einem Angebot, 200 Millionen Dollar zum Einkauf von Waffen im Westen zur Verfügung zu stellen, nebst ausgedehnter finanzieller Wirtschaftshilfe. Dieselbe Politik verfolgte Saudi-Arabien in Ägypten und Somalia. Somalia bekam von Saudi-Arabien Hunderte von Millionen Dollars, um es aus dem sowjetischen Einfluß herauszulösen. Im Verlauf der verschiedenen Etappen der äthiopischen Revolution unterstützte Saudi-Arabien immer die konservative, beherrschende Fraktion im DERG gegen die sozialrevolutionäre, progressive, die unter dem Druck der Probleme des Landes und der erwachenden Massen, vor allem der Bauern, sich radikalisierte.

Die Entwicklung in Äthiopien widerlegt die Behauptung, daß die SU die Revolution im Nahen Osten schürt. Russen und Kubaner hatten zu Somalia und Äthiopien gute Beziehungen. Die SU und Kuba haben lange Zeit versucht, im Streit zwischen den beiden Ländern zu vermitteln. Das wiederum wurde von den westlich orientierten Ländern unter Führung Saudi-Arabiens torpediert. Diese weckten bei den Somalis die Hoffnung, daß Äthiopien in den Kämpfen der Zentralregierung gegen die Loslösungsbestrebungen der verschiedenen Provinzen zerfallen würde und Somalia dann den Ogaden in sein Staatsgebiet eingliedern könne. Zunächst schien diese

Aus dem Bericht einer Genossin, die Libyen kürzlich besuchte.

Libyen war Kolonialland unter italienischer Herrschaft. 1952 wurde es zur unabhängigen Monarchie erklärt. Amerikaner und Briten handelten schon vor der offiziellen Unabhängigkeit aus, wieviel Libyen für die Stationierung von Militärbasen erhalten sollte. Die USA zahlten 2 Mio. Dollar pro Jahr. Ende der 50er Jahre wurde dann Erdöl gefunden. Multinationale Konzerne begannen, Libyen unter sich aufzuteilen. Der neue Reichtum wurde weder für die Infrastruktur noch für die Landwirtschaft oder gar in die Errichtung einer eigenständigen Wirtschaft investiert. Einen geringen Teil der Einkünfte erhielt die Elite in Libyen, der Rest floß ins westliche Ausland. 1969 war in Libyen nichts als Bohrtürme und Transportwege für das Erdöl.

Daß die Entwicklung nach der Revolution anders verlief, ist darauf zurückzuführen, daß das Erdöl zu 3/4 verstaatlicht wurde und die Gesellschaft durchgreifend verändert wurde. Auf dem Weg, den Libyen zu beschreiten sich vorgenommen hat, liegen jedoch Hindernisse. Die bedeutendsten sind: ein hoher Arbeitskräftemangel, zum einen dadurch bedingt, daß Libyen nur drei Mio. Einwohner hat, wovon die Hälfte unter fünfzehn Jahre alt ist, zum anderen gibt es zu wenig ausgebildete Fachkräfte im Land. Das brachte Libyen einen Ausländeranteil von 34,4 % an der Erwerbstätigenquote ein. ...

Erst in den letzten 13 Jahren wurde damit begonnen, ein Ausbildungssystem zu entwickeln. 1950 gab es nur 9 Abiturienten, und 90 % der Libyer waren Analphabeten. Heute ist diese Zahl auf unter 50 % gesenkt worden.

Eine andere große Schwierigkeit ist die Importabhängigkeit. Besonders auf landwirtschaftlichem Gebiet gibt es Projekte, die Libyen wenigstens von Nahrungsmittelimporten unabhängig machen sollen. Da Libyen nur über wenig kultivierbaren Boden verfügt, ist es gezwungen, das Unmögliche möglich zu machen und Nahrung in der Wüste wachsen zu lassen. ...

Die medizinische Versorgung der Bevölkerung wurde so ausgebaut, daß sie mit europäischen Verhältnissen vergleichbar ist. Wird in Libyen jemand so schwer krank, daß im Lande selbst nicht mehr geholfen werden kann, so wird ein Krankenaufenthalt im Ausland finanziert.

Vor der Revolution gab es nur eine Universität in Tripolis mit Zweigstelle in Benghazi. Daraus wurden zwei eigenständige Universitäten. Die Fakultäten bemühen sich, die Lehrinhalte am Bedarf der Gesellschaft zu orientieren. ...

Rechnung auch aufzugehen. Die Äthiopier mußten 1977 schwere militärische Rückschläge hinnehmen in der Abwehr der westsomalischen, eritreischen und anderer Loslösungsbe-
wegungen. Erst die Mobilisierung der äthiopischen Bauern-
massen, die wiederum nur durch die radikale Landreform
möglich war, schaffte die Wende. Die SU, die aus ihrer eigenen
Revolution ähnliche Erfahrungen wie Äthiopien hatte,
entschied sich für die Unterstützung der äthiopischen
Revolution.

Unter Kaiser Haile Selassie unterhielten die USA in
Äthiopien ihre größte Militärbasis in Ostafrika. Die USA hatten
— nach dem Vietnamkrieg — Äthiopien am Roten Meer eine
ähnliche Rolle zugeordnet wie sie der Iran unter dem Schah am
Persischen Golf spielte: militärische Regionalmacht zur
Niederhaltung sozialrevolutionärer Bewegungen. **Der innere
revolutionäre Prozeß Äthopiens** hat diese Pläne ereitelt und
dazu geführt, daß Äthiopien stattdessen ein enger Verbünde-
ter der SU wurde!

Kubaner und Russen hatten sehr lange auch gute
Beziehungen zur eritreischen Bewegung gehabt. Es sind
ihnen in linken Kreisen der BRD (die den DERG als
„faschistisch“ bezeichneten) Vorwürfe gemacht worden, weil
sie die eritreische Bewegung zum Kompromiß mit der
Zentralregierung zu bewegen versuchten. Der Kompromiß
mißlang, nicht zuletzt deshalb, weil ein Teil der eritreischen
Bewegung von Saudi-Arabien finanziert und mit dem Sudan
militärisch verbunden und daher auch politisch von diesen
abhängig war. Somalia erhält jetzt massive finanzielle und
militärische Unterstützung aus den USA.

Libyen wird Ziel amerikanischer Aktivitäten

Libyen ist wie Äthiopien (und neuerdings auch Ghana) in
einem Prozeß der sozialen Revolution, der verbunden ist mit
seinem antiimperialistischen Kampf. Die Öleinkünfte Libyens
aus der zu einem großen Teil in amerikanischen Händen
liegenden Ölförderung kamen anders als in Saudi-Arabien
nicht in erster Linie einem weitverzweigten Königshaus und
den Feudalherren zugute, sondern — nach der Vertreibung
des westlich orientierten Königshauses 1969 in der libyschen
Revolution — der Bevölkerung und der wirtschaftlichen
Entwicklung des Landes.³ Der amerikanische Imperialismus
und seine Verbündeten versuchen, die Ausbreitung der
Revolution in Nordafrika und der arabischen Welt aufzuhalten.
Dazu ist es notwendig, die Verbindung dieser Länder
untereinander und zu den sozialistischen Staaten, vor allem
der SU, abzuschneiden. Das ist der Hintergrund der
westlichen Propaganda von den kubanischen und russischen
Beratern, die angeblich die Revolution schüren.

Die »öffentliche Meinung« des Westens stellt Khadafi gerne
als Drahtzieher der internationalen Terroristen hin. Demge-
genüber werden die Amerikaner und ihre Verbündeten zu
Hütern der Freiheit und Kämpfern gegen den Terrorismus
erklärt. Libyen — ein Land mit knapp 3 Millionen Einwohnern

³ Bau eines Straßennetzes von 4000 km, Bau einiger tausend Wohnkom-
plexe und sozialer Einrichtungen, Bau einer Reihe von Häfen, Erweite-
rung bestehender Hafenanlagen, Errichtung einer Werft für Schiffsneu-
bau und Reparaturen, Gründung einer Akademie für Seeverkehr, ver-
stärkte Bohrung von Wasserbrunnen, Erzeugung, Errichtung von
Betrieben für Konsumgüter, für Bau von Fertigbauwohnungen, für Bau-
stoffe, landwirtschaftliche Projekte und Ausbau des Gesundheitswesens.

*Studienplätze werden nach gesellschaftlichen Ansprüchen
eingesetzt. Das obligatorische Stipendium verpflichtet den
Studenten, sich an Alphabetisierungskampagnen, Auffor-
stungsprojekten und anderen Arbeiten zu beteiligen.*

*Der Anteil der Frauen an den Universitäten ist ständig im
Steigen, variiert aber von Fachbereich zu Fachbereich, der
Durchschnitt liegt derzeit bei 30%. Die tradierte Rolle der Frau
ist ständig im Wandel. Viele Frauen beteiligen sich am Aufbau
des Landes. Forderungen wie »Hausfrauen an die Waffen«, ein
Vorschlag der Studentinnen, sind Alltag. Ob eine Frau auch
noch nach ihrer Heirat berufstätig bleibt, hängt in erster Linie
vom Bewußtseinsstand ihres Mannes ab. Nach der »Dritten
Universaltheorie« Gadhafis liegt die Mutterrolle in der Natur
der Frau. Arbeitet sie jedoch trotzdem — die Mehrzahl der
Frauen, die wir getroffen haben, haben sich dafür entschieden
— so übernehmen Familienangehörige oder Betriebskinder-
gärten teilweise ihre Aufgaben.*

*Das politische System der Volksdjamahiria wird von Volks-
kongressen, Volkskomitees, Berufsverbänden und anderen
Gruppierungen getragen. Parteien gibt es nicht in Libyen,
denn nach der Theorie Gadhafis gelten Parteien als Zer-
störer der Volksherrschaft und führen zur Zersplitterung der
Gesellschaft...*

*Libyen kennt heute keine Lohnarbeiter mehr, alle am
Produktionsprozeß Beteiligten sollen als Partner zusammen-
arbeiten. Ob dieses Ideal in der Wirklichkeit funktioniert,
konnten wir nicht feststellen. Unser Eindruck war, daß die
Machtbefugnisse nicht immer gleich verteilt sind...*

*Das Volk soll die Macht, den Reichtum und die Waffen
haben. Jeder Libyer soll in der Lage sein, sich selbst zu
verteidigen. Die militärische Ausbildung beginnt schon in der
Schule. Die reguläre Armee und die Polizei sollen so über-
flüssig gemacht werden.*

*Obwohl wir keine Armut beobachten konnten, sind soziale
Unterschiede bemerkbar...*

*Die Libyer konsumieren viel und gerne, besonders attraktiv
sind Waren aus dem Westen, aber das scheint verständlich bei
einem Volk, das über Generationen hinweg das Notwendigste
entbehren mußte...*

*Will Libyen langfristig gesehen auch ohne Einnahmen aus
der Erdölproduktion überleben, muß es sich industrialisieren
und seine Landwirtschaft ausbauen. Dabei müssen beide
Sektoren kapitalintensiv arbeiten, der Energiebedarf wird
zunehmen. Libyen will sich aber nicht alleine auf das Erdöl
verlassen, es setzt auf die Kernforschung, denn der Energie-
träger Atomkraft ist — so sagen die Libyer — beim gegen-*

*wärtigen Stand der Forschung am effizientesten. Ein weiteres
Argument für die Atomenergie ist, daß sich das Land im
gegenwärtigen politischen Klima bedroht fühlt, wenn es nicht
über dieselben Waffen verfügt wie seine Gegner. In diesem
Zusammenhang sind auch die Grenzstreitigkeiten mit dem
Tschad zu sehen, denn dort befinden sich reiche Uranvor-
räte...*

*Der Schwerpunkt der libyschen Wirtschaft liegt im Bereich
der Petrochemie und des Baugewerbes. Großtechnologische
Anlagen wurden teilweise schlüsselfertig aus Europa bezogen.
Diese Anlagen produzieren manchmal nur 30% ihrer Nenn-
leistung und gehen sowohl an den Bedürfnissen des Binnen-
marktes als auch des Weltmarktes vorbei. Hier wird die
Technologiegläubigkeit der Libyer sichtbar. Alles, was
modern ist und aus dem Westen kommt, ist gut...*

*In dieser Konzeption hat ein eigenständiges Handwerk
keinen Platz. Es ist damit zu rechnen, daß Libyen mit der
bereits begonnenen Verstaatlichung kleinerer und mittlerer
Betriebe in Zukunft auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen
wird. Durch den Importstopp für PKW's im Jahre 1980 wurden
die ausländischen Automobilhersteller zur Errichtung neuer
Werkstätten und Ersatzteillager gezwungen. Diese Maßnahme
dürfte aber nicht die zahlreichen kleinen Reparaturbetriebe
ersetzen.*

*Im Bereich des Handels treten ähnliche Probleme auf. Was
auch immer in den Straßen von Benghazi, Tripolis oder Sabha
orientalisch gewesen sein mag, viel davon übriggeblieben ist
nicht. In den Vorstellungen eines europäischen Touristen trifft
den orientalischen Charakter am besten der Basar. Dem
bunten Treiben und lauten Feilschen wurde 1978 mit der
Verstaatlichung des Handels ein Ende bereitet. Für den Ver-
braucher heißt das, er geht in ein Warenhaus und kauft dort zu
festgelegten Preisen ein, meist importierte Waren, seien es
Spaghetti oder Videogeräte. Diese Warenhäuser entsprechen
weder den Gewohnheiten der Käufer noch denen der Ver-
käufer...*

*Aber warum, so sagen die Libyer, sollen wir die
überkommenen Handelsstrukturen beibehalten, nur damit die
romantischen Vorstellungen einiger europäischer Touristen
nicht enttäuscht werden? Auch in Europa brachte die Indus-
trialisierung eine Konzentration im Handel mit sich. Darüber
hinaus will man den Händlern zwar ein festes Einkommen
sichern, der besitzenden Händlerschicht soll aber die Mög-
lichkeit genommen werden, einen ungerechtfertigt hohen
Aufschlag für die Waren einzutreiben. Die Libyer sehen darin
eine Form der Ausbeutung...*

— soll, so die Darstellung der USA im vergangenen Jahr, die amerikanische Flotte überfallen haben; diese habe daraufhin in »Notwehr« 2 libysche Flugzeuge abgeschossen. Der Abschub fand in der Großen Syrte (Golf von Sidra) statt, die auf drei Seiten von libyscher Küste umgeben ist. Beide Flugzeuge wurden im Verlauf eines »Manövers« der 6. amerikanischen Flotte in diesem Gebiet abgeschossen.

Die Stoßrichtung der USA richtet sich gegen Libyen und dessen Verbündete in Afrika und im Nahen Osten. Wie weit fortgeschritten die psychologischen und technischen Vorbereitungen sind, belegt ein Zitat aus der »Times« (in der »Welt« vom 10. 12. 81 wiedergegeben): »Er (Khadafi) mag ein Attentat gegen sich selbst befürchten — obwohl seine ostdeutschen Sicherheitsberater dies nach allgemeiner Ansicht äußerst schwierig gemacht haben. Er befürchtet fast sicher eine Invasion seines Landes durch Ägypten mit amerikanischer Ermutigung. Er war zweifellos durch das Zurückziehen von Exxon unter Druck der Regierung der Vereinigten Staaten aus seinem Land⁴ sowie durch die Senkung der Öleinkommen infolge der gegenwärtigen Übersättigung in der Welt und die daraus folgende Verlangsamung der libyschen Wirtschaft bestürzt. Das bedeutet nicht, daß es für den Westen klug wäre, zu versuchen, ihn zu stürzen, ob nun durch eine offene Aktion oder durch die Unterstützung eines ägyptischen Angriffs (den Präsident Mubarak ohnehin wahrscheinlich nicht bereit wäre zu unternehmen). Der Einwand gegen einen solchen Weg (selbst wenn man ethische Gründe wegläßt) ist, daß die Folgen eines Erfolges ebenso schwierig vorauszusagen sind und fast ebenso wahrscheinlich für den Westen nachteilig wären, wie die Folgen eines Mißerfolges.« — Kommentar der »Welt« in derselben Ausgabe: »... die Reagan-Administration hat entschieden, die tausend Gründe des Abgelenktseins beiseite zu schieben und sich dem (libyschen) Problem frontal — das kann auch heißen konfrontal zuzuwenden. . . Das Destabilisierungspotential (des Oberst Khadafi) . . . hat in der Vergangenheit ausgereicht, in 22 Ländern Afrikas und des Mittleren Ostens für Einsturzgefahr zu sorgen. . . Unter Anführern wie Oberst Khadafi erübrigt sich das Erklären von Kriegen: Man ist in den permanenten terroristischen Krieg eingetreten.« Zu den Russen und Kubanern kommen die Libyer als »Anstifter« hinzu.

Militärisch wäre die Liquidierung Khadafis für die Amerikaner kein unlösbares Problem. Die Schwierigkeit liegt für sie darin, daß wie auch immer die »Konfrontation« ausgehen mag, Khadafi zum Idol des Widerstandes bei den Massen des Nahen Ostens und Afrikas werden könnte und die weiteren Folgen für die USA und den Westen ungewiß sind.

Die USA können ihre Verbündeten im Nahen Osten nicht einigen

Israel war nach dem Ende des 2. Weltkrieges das militärische Hauptmittel der USA und des Imperialismus, die strategisch wichtige Erdölregion des Nahen Ostens zu kontrollieren. Diese Aufgabe kann Israel schon lange nicht mehr erfüllen. Die USA haben deshalb verschiedentlich versucht, eine Übereinkunft zwischen Israel und ihren hauptsächlich arabischen Verbündeten Ägypten und Saudi-Arabien herbeizuführen. Die Abmachung von Camp David ist in diesem Sinne gescheitert.

Camp David war anders als für Ägypten für die meisten arabischen Staaten nur von dem Gesichtspunkt aus wichtig: Was wird aus dem Palästinenserproblem? Sadat ist daran gescheitert, daß er die Hoffnungen, die er bei Abschluß des Friedensvertrages mit Israel in »Camp David« dem ägyptischen Volk machte — mit dem Frieden komme auch das Ende des Elends — nicht erfüllen konnte. Der ägyptische Kompromiß mit Israel stieß daher auf die wachsende Opposition bei den konservativen Schichten (Moslem-Brüderschaft), die sich zu Sprechern der breiten Massen in den Städten und auf dem Lande machten. Kommunisten und Sozialisten sind in Ägypten verboten.

⁴ Daß »nationale« Interessen nicht zählen, wenn Profitinteressen auf dem Spiel stehen, zeigt die Bemerkung eines westdeutschen Bauleiters: »... auch die amerikanischen Ölgesellschaften fördern ihr Öl dort weiter, wenn auch seit Ende letzten Jahres vor allem mit Personal aus anderen Nationen...« — (»Auf den internationalen Baustellen in Gaddafis Reich«, FAZ 10. 5. 1982).

Kurz vor seiner Ermordung ließ Sadat als Demonstration seiner »Stärke« Tausende von Oppositionellen verhaften: Moslebrüder, die ihm einst selbst zur Macht verholfen hatten, aber auch Kommunisten. Die Attentäter Sadats kamen aus der Armee, auf die sich als Wehrpflichtsarmee die Unruhe aus der Bevölkerung leicht ausbreitet. Der Nachfolger Sadats, Mubarak, hat als eine seiner ersten Regierungshandlungen die führenden Moslebrüder aus der Haft wieder entlassen. Bald darauf jedoch bestätigte er die Todesurteile gegen die Sadat-Attentäter, um die Opposition wieder einzuschüchtern. Der bekannte ägyptische Journalist Heykal warnte Mubarak mit dem Hinweis darauf, daß »die Mörder Sadats ... wegen der Kühnheit ihrer Tat und ohne Berücksichtigung ihrer Gründe und des Opfers. . . zu Volkshelden« geworden seien (FAZ, 29. 3. 82).

Die jüngst gestellte Forderung Israels, daß die weiteren Verhandlungen über die Autonomie der Palästinenser in Jerusalem stattfinden müßten, der Hauptstadt Israels, und daß Mubarak zu den Verhandlungen dorthin kommen müsse, gleicht angesichts der politischen Lage im Nahen Osten der Aufforderung an Mubarak, das nächste Opfer eines Attentats zu werden.

Das tödliche Dilemma der arabischen Feudalstaaten

In seinem letzten Interview (im »Spiegel«) vor seiner Ermordung hat Sadat auf die Frage, warum denn die Golf-Staaten sich von den Amerikanern nicht beschützen lassen wollten, geantwortet: »Das ist ja das Furchbare. Wenn es hart auf hart geht, rechnen sie mit dem Schutz der Amerikaner. Aber sie wagen nicht, das offen zu sagen, weil sie Angst vor den Palästinensern und den Syrern haben. Dabei ist die Lage am Golf sehr gefährlich. Wer will denn verhindern, daß die Perser morgen die saudi-arabischen Ölquellen bombardieren, die doch nicht viel weiter entfernt liegen als die Kuwaits.« Dabei gilt die eigentliche Furcht nicht den persischen Bomben, sondern der inneren Opposition in allen Staaten am Persischen Golf. Die Wende im iranisch-irakischen Krieg zugunsten des revolutionär brodelnden Iran bedeutet eine große Ermutigung für die armen Massen in diesen Staaten: Vor dieser Gefahr zittern Saudi-Arabien und die Golfstaaten.

Sadats Tod zeigt den arabischen Feudalherrschern, welches Ende jedem von ihnen bevorsteht, wenn er sich zu offen mit den USA oder Israel einläßt. Die innere Lage Saudi-Arabiens und der meisten Golfstaaten zwingt deren herrschende Klassen, sich nicht offen mit den USA zu solidarisieren und vorsichtig zu sein, wenn es darum geht, mit den USA verbündete Truppen auf ihrem Gebiet zu stationieren. Der Aufstand in der Moschee in Mekka hat gezeigt, welche Gefahren den feudalen Regimes im Nahen Osten drohen.

Die Gefährdung der feudalen Regime im Nahen Osten ist die Folge des Eindringens des Imperialismus in diese für den Imperialismus wertvollen Erdöl-Gebiete. Mit seinem Eindringen zerstörte der Imperialismus die jahrhundertalten traditionellen Lebensgewohnheiten und löst die überkommenen feudalen und familiären Bindungen allmählich auf. Alkohol, Vergnügungsorte, Prostitution sind nur die äußeren Erscheinungsformen dieser Entwicklung. Die Abwendung von westlichen Lebensformen ist Ausdruck des Widerstandes gegen den Imperialismus heute. Die Entwicklung wird dabei nicht stehen bleiben.

Der Rückgang der Erdölproduktion als Folge der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise und der Preisverfall wird auf die erdölfördernden Staaten nicht ohne Auswirkungen bleiben können. Was einst der »Segen« des Erdöls für viele Entwicklungsländer war, wird zum »Fluch« werden. Die steigenden Öleinnahmen hatten in vielen Ländern zur Folge, daß die Landwirtschaft vernachlässigt wurde und landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel eingeführt werden mußten. Mit den Öleinnahmen überschwemmten auch ausländische Industrien die ölproduzierenden Länder, ohne daß eine für eine selbständige Entwicklung notwendige Infrastruktur entstand. Die herrschenden Klassen dieser Länder sind sofort

Der Falkland-Konflikt: Unordnung im westlichen Lager!

Konnte der Falkland-Konflikt im ersten Augenblick seines offenen Ausbruchs noch als eine politische Komödie angesehen werden, so hat er sich inzwischen zu einem regionalen Konflikt gemauert, der insofern weltpolitische Konsequenzen hat, als er die wachsenden Widersprüche und Krisen im kapitalistischen Lager aufzeigt. Diese sind bisher mühsam und mit viel diplomatischem Geschick verdeckt und heruntergespielt worden, treten nun jedoch immer deutlicher zu Tage.

Zunächst wurde die tatsächliche Einflußlosigkeit der UNO als Instrument zur friedlichen Beilegung regionaler Konflikte und zur Verhinderung und Eindämmung von Kriegen deutlich.

Wie wenig die UNO als »Friedensinstrument« tatsächlich heute taugt, wurde zuletzt wieder deutlich, als israelische Panzer auf ihrem Einmarsch in den Libanon einfach durch die Linien der UN-Friedenstruppen hindurchführten, als ob diese gar nicht da wären. Weiterhin zeigen sich Risse innerhalb der NATO, insbesondere zwischen den westeuropäischen Mitgliedstaaten und Großbritannien, sowie zwischen der NATO insgesamt und den mit ihr verbündeten Staaten in Mittel- und Südamerika, insbesondere natürlich mit Argentinien selbst.

Die westeuropäischen NATO- und EG-Staaten, insbesondere die Bundesrepublik, müssen seit Beginn der militärischen Wiedereroberung der Inseln durch England wegen der ihnen von diesem aufgezwungenen Wirtschafts-Sanktionen gegen Argentinien um Kapitalanlage- und Absatzmärkte fürchten — und dies nicht nur in Argentinien selbst, sondern generell im lateinamerikanischen Raum. Die bedrohten Wirtschaftsbeziehungen mit Argentinien, gegen deren Gefährdung die deutschen Unternehmer in Argentinien bereits Sturm laufen — sie distanzieren sich in der Presse öffentlich davon und haben, wie Mercedes Benz Busse und Lastwagen, Güter gespendet —, verschärfen die Wirtschaftskrise hier.

Schwer zu übersehen sind die langfristigen Auswirkungen, die das von den NATO-Staaten, der EG und von den USA — von diesen auch militärisch — unterstützte Vorgehen Großbritanniens zur militärischen Rückeroberung der Inseln für die Beziehungen der NATO und der EG zu den Staaten Latein- und Mittelamerikas hat. Argentinien ist das einzige Land Südamerikas mit einer nahezu rein weißen Bevölkerung, ist ein Agrar-Staat mit gewaltiger Export-Kapazität an Fleisch und Getreide und zugleich mit einer vergleichsweise entwickelten Industrie, hat eine zahlenmäßig starke Arbeiterschaft und eine organisierte — wenngleich derzeit auch durch die Militärdiktatur unterdrückte — Gewerkschaftsbewegung. Es hat sich, bestimmt von der aus Europa stammenden Großgrundbesitzerklasse, traditionell immer Westeuropa, insbesondere Großbritannien, näher gefühlt als Lateinamerika und der Dritten Welt. Die Militäraktion der Briten auf den Malvinen mußte die von den USA abhängige Militärregierung als Angriff auf ihre eigene Position im Lande betrachten, und die nationale Begeisterung und antikolonialistische Stimmung der Massen ist sicher nicht nur auf die Propaganda der Militärs zurückzuführen.

Daß die USA sich gezwungen sehen, das Vorgehen des NATO-Partners Großbritannien gegen eine mit ihnen eng verbündete Militärjunta an der Flanke der NATO im Süd-Atlantik offen zu unterstützen, offenbart die zunehmenden Schwierigkeiten der imperialistischen Führungsmacht, ihren Führungsanspruch, ihre weltweite Vormachtstellung auch tatsächlich durchzusetzen. Das Milliarden-Rüstungsprogramm der Rea-

gan-Administration signalisiert, daß die Notwendigkeit des direkten militärischen Eingreifens an einem der sich entwickelnden regionalen Krisenherde demnächst nicht mehr zu umgehen sein wird, will das Kapital und die herrschende Klasse nicht weitere Einflußzonen an das sozialistische Lager verlieren. Auf den Falkland-Inseln werden noch britische (und auf argentinischer Seite französische) Waffen erprobt, im Nahen Osten können es schon bald amerikanische Truppen sein, die zum Einsatz kommen.

Nach dem Willen der NATO und besonders der USA hätte dieser Krieg eigentlich gar nicht stattfinden dürfen. Argentinien soll nach amerikanischen Vorstellungen gemeinsam mit Süd-Afrika und Neuseeland eine Führungsrolle beim Aufbau eines geplanten Südatlantischen Verteidigungs-Paktes nach NATO-Vorbild spielen. Die argentinische Militär-Junta hat in amerikanischen Diensten bisher eine hervorragende Rolle bei der Ausbildung von Terrorkommandos gegen die soziale Revolution in Mittelamerika gespielt. Es ist höchst fraglich, ob die USA sich dieser konterrevolutionären Unterstützung weiter wie bisher werden bedienen können. Die antikolonialistische Stimmung der argentinischen Massen, der sich die Generäle gegenwärtig bedienen, kann sich schnell gegen sie selbst richten, wenn die immensen Kriegslasten nach dem militärischen Ende des Konfliktes erst einmal zu einer weiteren massiven Verschärfung der Wirtschaftskrise führen.

Den USA wird es in Zukunft jedenfalls weit schwerer fallen als bisher, in Latein- und Mittelamerika, einer Region, die sie als ihren »Hinterhof« betrachten, gestützt auf Militärregierungen »Ruhe und Ordnung« aufrecht zu erhalten: »Ein Vertreter der peruanischen Mission in Buenos Aires prophezeit: Durch den Falkland-Krieg haben die Amerikaner den Bürgerkrieg in El Salvador verloren. Sie stehen heute allein in Salvador, selbst die Venezolaner bekommen kalte Füße. Wer will sich nach diesen Erfahrungen mit Washington noch an Reagans antikommunistischer Strategie beteiligen?« (Welt, 2. 6. 1982)

Argentinien: Der Krieg als innenpolitisches Ventil

Die argentinischen Generäle konnten und mußten aufgrund ihrer engen Zusammenarbeit mit der US-Administration und dem CIA davon ausgehen, daß die USA ihnen nach der Besetzung der Falkland-Inseln den Rücken gegenüber Großbritannien freihalten würden. Erstens wegen ihrer strategischen Position im Südatlantik, die sie zu einer dominierenden Großmachtrolle in Lateinamerika auszubauen gedachten. Dann wegen der mit der Kontrolle der Malvinen durch Argentinien gesicherten strategischen Zugangsposition zur Antarktis¹

„Helden“ sind arbeitslos

BUENOS AIRES, 18. Juni (AFP). Die zunächst als „Helden“ gefeierten 28 argentinischen Arbeiter, die im Auftrag eines Schrottunternehmens am 18. März dieses Jahres in Port Leith auf Südgeorgien eingetroffen waren und mit der Hissung der argentinischen Flagge den Falkland-Konflikt ausgelöst hatten, sind heute arbeitslos. Im Rahmen der monatlichen Informationen über die Arbeitslosenzahlen in Argentinien widmete ihnen die Presse in Buenos Aires am Freitag ihre Aufmerksamkeit. „Nach all den dort erlittenen Entbehrungen, nach unserer Gefangenschaft in Händen der Briten erfahren wir heute die unangenehme Nachricht, daß das Unternehmen auf unsere Mitarbeit verzichtet und uns nicht einmal für die vergangenen vier Monate bezahlt“, klagte den Presseberichten zufolge ein Vertreter der Arbeiter.

FR, 19. 6. 82

¹ Militärstrategisch sind die Falkland-Inseln für die NATO als mögliche Raketenbasis wichtig, weil der Panama-Kanal im Kriegsfall eine ähnlich verletzliche Schifffahrtsstraße ist — wie der Suez-Kanal im Nahen Osten. Eine ständige militärische Präsenz Großbritanniens auf den Inseln wäre für dieses nicht nur eine höchst kostspielige Angelegenheit, sondern zugleich im Kriegsfall auch aufgrund der langen Transportwege eine unsichere Sache für die NATO. Hinzu kommt, daß die britische Marine in der NATO-Strategie eine wichtige Rolle im Nordatlantik zu spielen hat, wo es angeblich gilt, einem möglichen Vormarsch der roten Kriegsflotte der SU zu den atlantischen Versorgungslinien etwas entgegenzustellen.

einschließlich des damit verbundenen Zuganges zu auszubehutenden Rohstoffvorkommen (insbesondere werden unter dem Meeresboden um die Falklands riesige Erdöl-Vorkommen vermutet, die erst ansatzweise durch internationale und vor allem US-Konzerne erkundet sind). Schließlich wegen ihrer — wie bereits erwähnt — »hervorragenden Verdienste« bei der brutalen Unterdrückung der sozialrevolutionären Bewegung im Lande selbst und in Zentralamerika.

Die argentinischen Generäle haben angesichts einer sich zum Kollaps zuspitzenden Wirtschaftskrise (immense Auslandsschulden, offiziell eine Inflationsrate von 140 % und 12 % Arbeitslose) die Flucht in ein militärisches Abenteuer gesucht. Das Risiko erschien ihnen nicht nur kalkulierbar, sondern gleich Null. Daß es der Reagan-Administration nicht gelungen ist, die Briten entgegen ihren eigenen und den übergeordneten Interessen des imperialistischen Lagers von der militärischen Rückeroberung abzuhalten, ist ein Indiz für zunehmende Zersetzungserscheinungen innerhalb des »Bündnisses der Staaten der Freien Welt«. Die konservative britische Regierung gerät — ganz ähnlich wie die Generäle jenseits des Atlantiks — unter wachsenden innerpolitischen Druck und gedenkt ihr Ansehen durch einen militärischen Sieg gegen eine »Diktatur, die die Menschenrechte, die Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht der Völker« unterdrückt, aufzupolieren.

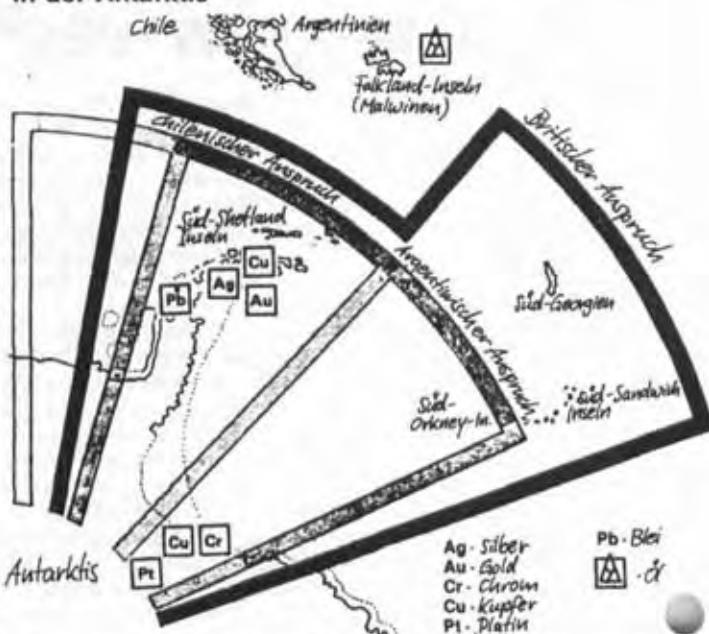
Daß mit Ausnahme von Chile (das Grenzstreitigkeiten mit Argentinien hat) und Kolumbien (das seinerseits mit dem Argentinien freundlich gesonnenen Venezuela im Streit um Gebiete liegt) alle lateinamerikanischen Staaten den argentinischen Anspruch auf die Falklands/Malvinen unterstützen, zeigt an, wie instabil und schwer kontrollierbar die Verhältnisse für die USA in dieser Region geworden sind. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Argentinien und der SU werden ausgeweitet, und die Militär-Junta hat ihren Außenminister zur Konferenz der »Blockfreien« nach Havanna geschickt. Kuba, aus US-amerikanischer Sicht der »Unruheherd Nr. 1«, kann seine relative außenpolitische Isolierung in der Region durchbrechen.

Seit der Niederschlagung der von Kuba unterstützten Versuche, nicht nur in Argentinien bewaffnete Volksaufstände durchzuführen, sondern die Revolution auch nach Uruguay, Kolumbien, Bolivien und in andere lateinamerikanische Staaten »hineinzutragen«, seit dem blutigen Militär-Putsch in Chile gegen die sozialistische Regierung Allende, seit der brutalsten Unterdrückung und Folterung der oppositionellen und revolutionären Massen in allen latein- und mittelamerikanischen Staaten, die mit Unterstützung und Duldung der Reagan-Administration durchgeführt werden, verändern sich nunmehr die Kräfteverhältnisse in der Region deutlich zum Nachteil der USA. Hatte der frühere US-Präsident Carter sich gegenüber den latein- und mittelamerikanischen Diktatoren noch als Menschenrechts-Apostel aufgespielt, sie zu innenpolitischen Zugeständnissen veranlassen und so der drohenden sozialen Revolution zuvorkommen wollen, versuchte es die Reagan-Administration seit ihrem Amtsantritt mit offener Unterstützung aller Militärregierungen in der Region gegen die »kommunistische Unterwanderung«. Doch konnte sie selbst dadurch nicht mehr die Revolution in Nicaragua und ihr Ausstrahlen eindämmen. Es hat sich in den letzten Jahren in den Ländern des Subkontinents angesichts des sozialen Massenelends und der politischen Unterdrückung derart viel Sprengstoff angehäuft, daß die Generalsregimes außenpolitische Erfolge suchen müssen, um sich an der Macht zu halten und die Herrschaft der Kapitalistenklasse aufrechtzuerhalten. Dies gilt in besonderem Maße für Argentinien, und die Besetzung der Falkland-Inseln ist so nur die Spitze eines Eisberges.

Die USA hatten der jetzigen Junta unter dem Armeeführer Galtieri noch zum erfolgreichen Putsch gegen seinen Vorgänger Viola verholfen (der den außenpolitischen Handlungsspielraum gegenüber den USA vergrößern und innenpolitisch gewisse Zugeständnisse machen wollte), um so die Südflanke der NATO im Atlantik abzusichern. Jetzt kann die Stellung der Junta — insbesondere nach der militärischen Niederlage und bei noch mehr Opfern und Lasten für die Bevölkerung — erneut völlig unhaltbar werden.

Der Zeitpunkt eines direkten militärischen Eingreifens der USA auf dem eigenen Kontinent rückt näher.

Gebietsansprüche und Mineralvorkommen in der Antarktis



Die Kontrolle über die Falklandinseln hat Bedeutung wegen des Zugangs zur mineralreichen Antarktis, wenn das Friedensabkommen über die Antarktis zwischen den USA, Großbritannien, der Sowjetunion und Norwegen 1991 ausläuft.

Was nützt es der Reagan-Administration, wenn jede argentinische Regierung nach Falkland auf ihre Unterstützung zur vorläufigen Aufrechterhaltung von »Ruhe und Ordnung« angewiesen sein wird, wenn die Sicherung der ökonomischen Interessen der US-Konzerne ihre Truppen in bewaffnete Auseinandersetzungen mit den Volksmassen selbst hineinzwingt? Aus diesen Widersprüchen gibt es für die bürgerliche Klasse auf die Dauer kein Entrinnen.

Indem die argentinischen Generäle sich der anti-kolonialistischen Gefühle der Massen bedienen, mußten sie zugleich den innenpolitischen Handlungsspielraum der Kirche, der bürgerlichen Oppositions-Parteien und vor allem der Gewerkschaften erweitern. Die Gewerkschaften, insbesondere der wiedererstarkende nationalistische und sozialreformerische peronistische Flügel, der der stärkste ist, treten zwar auf ihren Kundgebungen wie alle anderen für die Malvinen ein, fordern aber zugleich auch innenpolitische Veränderungen. Selbst die Verschleppung und Tötung Hunderter und Tausender von Arbeitern und Gewerkschaftern seit dem Militärputsch von 1976, die Auflösung der zentralen Gewerkschaft CGT und der sozialen und kulturellen Einrichtungen der Gewerkschaften, das Verbot jeglicher politischer Betätigung der Gewerkschaften und die Kontrolle der Gewerkschaftsfinanzen durch den Staat haben den Peronismus nicht auszurotten vermocht. Er ist die typisch argentinische Erscheinungsform einer gegen die beherrschende Stellung ausländischen Kapitals und ihre verheerenden Auswirkungen gerichteten sozialen und politischen Massenbewegung der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums.

Nur »drei Tage vor der Besetzung der Inseln durch argentinische Truppen (2. April) erlebte Buenos Aires die blutigsten Arbeiter-Demonstrationen während der 6jährigen Militärherrschaft. Hunderte von Demonstranten wurden verletzt, mehr als tausend festgenommen. Die Invasion führte dann zu einem vorübergehenden Burgfrieden zwischen Gewerkschaften und Regierung... Argentinien's Industrie hat die Radikalkur (zur Erklärung: Die Industrie sollte durch weitere Privatisierung staatlicher Unternehmen, durch Abbau der hohen Schutzzölle zur internationalen Konkurrenzfähigkeit gezwungen und ausländischen Konzernen der argentinische Markt noch weiter als bisher geöffnet werden) nicht verkräftet. Das Ausland überflutete den Binnenmarkt mit besseren und

mitunter auch billigeren Waren, viele Unternehmer konnten sich nicht schnell genug umstellen. Die Deutschen lieferten Bier, die Franzosen Käse, die Südafrikaner Tonic-Water, die Amerikaner Jeans, die Italiener Spaghetti. Während die Regale der Geschäfte prall gefüllt waren, erlitt die heimische Industrie eine beispiellose Konkursserie, die noch heute anhält. Im April mußten weitere 212 Firmen schließen, 90 mehr als im gleichen Monat des vergangenen Jahres. Mit jeder geschlossenen Firma wuchs die Zahl der Arbeitslosen...» (Welt vom 11. 5. 1982).

Die Demonstrationen vom 2. 4. waren nicht die ersten, nur die heftigsten und größten der letzten 6 Jahre. In dieser Misere suchte die Militärregierung einen Ausweg, indem sie einen 150 Jahre alten Konflikt mit der Kolonialmacht England aufgriff.

England und Argentinien in der Geschichte

Die historische Rolle des englischen Imperialismus in Argentinien kann kurz so umrissen werden:

1806 — dringen englische Truppen in Buenos Aires ein, das immer noch ein Teil des spanischen Kolonialreiches ist. Spanien verteidigt seine Kolonie nicht, aber ein Volksaufstand gegen die englischen Eindringlinge bricht aus. 1807 — neue englische Invasion. Argentinien hat inzwischen eigene Truppen organisiert, die die Engländer besiegen. 1833 — England besetzt die Malvinen. 1845—1847 — England erklärt Argentinien den Krieg, um dem Land die »Handelsfreiheit« (Freihandel) aufzuzwingen. Verschiedene Episoden wie Blockade, Landungsversuche usw. enden mit einem englischen Rückzug. Argentinien zu einer englischen Kolonie zu machen war abgewehrt. An die Stelle der »Kanonendiplomatie« trat jetzt die »Gelddiplomatie«.

Von 1854—1947 ist England die »Macht hinter der Macht« in Argentinien. Das heißt die argentinische Wirtschaft ist unter englischer Kontrolle: Eisenbahnen, Elektrizitätsnetz, Telefonnetz, Schlachthäuser, die Handelsflotte sind Eigentum englischer Unternehmer.

Geschäfte nach allen Seiten

Während die Regierung der Vereinigten Staaten zur Zeit des Malvinen-Konfliktes Hilfsgüter an Großbritannien lieferte, unterstützten amerikanische Konzerne die Kriegsführung der argentinischen Regierung.

Zwei Tage nach dem Untergang der »Sheffield« schenkte die in Argentinien ansässige Ford-Motor-Company 60 Laster für die militärische Ausrüstung der argentinischen Armee: »Diese Einheiten, mit denen die Ford-Motor-Company den bewaffneten Kräften hilft, stellen einen der Wege dar, auf dem unsere Gesellschaft in einem für das Land entscheidenden Augenblick Anteil nehmen will«, heißt es in einer Erklärung.

Die amerikanische Handelskammer in Buenos Aires, die 500 US-Gesellschaften und Unternehmungen vertritt, sandte am 12. Mai ein Telegramm an Reagan, in dem sie die britischen Maßnahmen verurteilte in »einem Gebiet, dessen Einwohner von den Briten auf eine Art behandelt wurden, die in den USA eine Verletzung der Menschenrechte gewesen wäre.« Die 20 Mitglieder des Vorstandes dieser Kammer — Vertreter von Konzernen wie Exxon, Coca-Cola, Citybank, Goodyear usw. — erklärten in einem Schreiben an Reagan, das britische Unternehmen auf den Malvinen sei eine »böswillige Sache«.

40% aller ausländischen Investitionen in Argentinien kommen aus den USA (Ende 1980 betragen sie 2,4 Milliarden Dollar). Von den 34 Milliarden Dollar Schulden, die Argentinien an das Ausland hat, schuldet es 9 Milliarden an Banken der USA.

Darin ist auch der Grund dafür zu suchen, daß die argentinische Militärregierung keinerlei Boykottmaßnahmen gegen amerikanische Firmen unternommen hat, obwohl die US-Regierung Großbritannien militärisch unterstützte. Die enge Zusammenarbeit zwischen den amerikanischen Firmen und der argentinischen Militärregierung war besonders seit der Bekämpfung der Guerillas in Argentinien außerordentlich intensiv. ■

Schon vor und während des 2. Weltkrieges jedoch bereitete sich jene Entwicklung vor, die dann 1946 mit dem General Peron die nationalistisch gesinnten Militärs an die Macht brachte mit dem Schlagwort: »Imperialismus oder Souveränität!« Hierbei wurde deutlich, daß die Streitkräfte in einem Land wie Argentinien naturgemäß an die Stelle einer schwachen nationalen Bourgeoisie treten und diese ersetzen müssen, wenn der Einfluß des ausländischen Kapitals zurückgedrängt, die von England kontrollierte Wirtschaft des Landes verstaatlicht und so eine nationale kapitalistische Basis aufgebaut werden sollte. Die anti-englische Stimmung der unteren Mittelklasse, der Arbeiterklasse und der Streitkräfte, die sich aus der Mittelklasse rekrutierten und für diese zum Hebel ihres eigenen sozialen Aufstiegs wurden — gegenüber der traditionell englisch-freundlichen Einstellung der landbesitzenden argentinischen Oberklasse, die nie eigene Aktivitäten zum Aufbau einer Industrie unternahm, sondern von Agrar-Exporten nach England lebte —, hatten die Engländer 1932 selbst provoziert. Auf der Commonwealth-Konferenz in Ottawa wurde Kanada, Südafrika und anderen Vorzugszölle eingeräumt, nicht aber Argentinien. Der dadurch noch beschleunigte wirtschaftliche Niedergang seit der Weltwirtschaftskrise schuf den Boden für die weit in die Mittelklasse hineinreichende nationalistische Massenstimmung, die 1946 gegen den Willen der USA die Machtübernahme der Militärs unter Peron ermöglichte.

Zwar blieben die Malvinen im Besitz Englands und somit Symbol der Herrschaft des Imperialismus; das jedoch konnte Peron 1948 mehr als wettmachen durch den Kauf der Eisenbahnen von England — dem Symbol der britischen Wirtschaftsmacht. England schuldete Argentinien für Lebensmittellieferungen während des 2. Weltkrieges über 100 Millionen Pfund, und Argentinien kaufte außer der Eisenbahn auch noch das gesamte Telefonnetz, die Handelsflotte, Beteiligungen am Luftverkehr, das Versicherungswesen, Schlachthäuser usw.

1955 wurde das Regime Perons durch einen Militärputsch, von den USA unterstützt, gestürzt, wobei man sich noch auf die von England ausgerüstete argentinische Marine stützen konnte. Die Periode der Schaffung einer nationalen kapitalistischen Grundlage durch die Streitkräfte wurde beendet, das Land erneut ausländischem Kapital eröffnet, wobei diesmal die USA die Stelle der alten Kolonialmacht England einnahm.

Auch für die Thatcher-Regierung: Der Krieg als Ablenkungsmanöver

Welche Gründe haben nun die konservative Regierung Thatcher veranlaßt, die britische Flotte in Marsch zu setzen, um die Inseln zurückzuerobern? Auch hier sind es im wesentlichen innenpolitische Gründe, die letztlich das außenpolitische Abenteuer erzwingen. Von dessen siegreicher Beendigung versprechen sich die immer stärker werdenden »Falken« im Lager der Konservativen ein Verstummen der Kritik an der verheerenden Auswirkung ihrer Wirtschaftspolitik des Gesundshrumpfens um jeden Preis und einen glänzenden Wahlsieg bei den nächsten Parlamentswahlen. Die Kritiker kommen nicht nur aus den Reihen der Gewerkschaften und der Labour-Party, sondern auch aus den Reihen der eigenen Partei, aus dem Unternehmerlager und Bankierskreisen. Diese Kritik soll mit der Beschwörung der Traditionen und chauvinistischer Propaganda aus den »besten Zeiten« des britischen Weltreiches, mit Parolen gegen die argentinischen Unternehmungen usw. zum Verstummen gebracht werden. Die britische Regierung macht sich selbst zur »Vorkämpferin für Demokratie und Menschenrechte gegen die Diktatur«. Das vielbeschworene Selbstbestimmungsrecht der Falkländer endet allerdings bereits damit, daß sie Staatsbürger 2. Klasse insofern sind, als sie nur dann in England Aufenthaltsrecht besitzen, wenn wenigstens der Großvater oder die Großmutter in England gewohnt hat. Und was ist eigentlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten und von britischen Truppen terrorisierten Katholiken in Nordirland?

Mit Hilfe der rechten Massenpresse (THE SUN) wurde eine regelrechte Kriegshysterie entfacht, begleitet von einer Hetzkampagne gegen diejenigen, z. B. in den Gewerkschaften und in der Labour-Party, die die Politik der Regierung kritisieren, weil sie wissen, daß die Rechnung innenpolitisch präsentiert werden wird. Von dieser bisher für das NachkriegsEngland bei-

spiellosen Beschimpfungskampagne werden auch bisher so allseits geachtete Institutionen wie die BBC und die liberale Tageszeitung »Guardian« nicht ausgenommen, weil sie angeblich einseitige und zu argentinienfreundliche Informationen bringen, obwohl sie heute nichts anderes tun, als das, wofür sie bisher auch das bürgerliche Lager immer gelobt hat, nämlich möglichst umfassend und differenziert zu berichten.

Gefragt sind Siegesmeldungen von der Front und möglichst das Herunterspielen eigener Verluste, weil das u. U. zu einem Umkippen des patriotischen Siegeswillens führen könnte. Die Rechnung geht eben nur solange auf, wie gesiegt wird, und solange soll die Presse als Kriegsberichterstattung »gleichgeschaltet« werden. So schnell wirft die bürgerliche Klasse in der Krise die von ihr selbst mit Worten so hoch gelobten demokratischen Traditionen über Bord, wenn es darum geht, sich durch ein spätkolonialistisches Abenteuer im Innern den Weg zu bereiten für die bevorstehenden scharfen Auseinandersetzungen mit der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften, denen das Rückgrat gebrochen werden muß, wenn die Klassenherrschaft auch in Zukunft aufrechterhalten werden soll. Durch den Krieg wächst ja bereits der Einfluß des Militärs auf die Politik ständig, und die politischen Entscheidungen werden im »Kriegskabinett« (wie zu Churchills Zeiten) gefällt. Das Parlament kann über alle Parteigrenzen hinweg nur noch zustimmen, und die 39 Labour-Abgeordneten, die sich neulich gegen das militärische Vorgehen aussprachen, gelten als »Vaterlandsverräter«.

So zugespitzt sind mittlerweile die durch das Kriegsabenteuer vorübergehend verdeckten Klassengegensätze, daß die Mittelklassen politisch zwischen den Fronten der herrschenden Klasse und der Arbeiterklasse zerrieben werden. Das Kleinbürgertum orientiert sich zunehmend politisch nach rechts zu den Scharfmachern in der Konservativen Partei, die demnächst dann den innenpolitischen Hauptgegner Gewerkschaften für die Wirtschaftsmisere verantwortlich machen werden und dabei fest auf die Zustimmung der enttäuschten kleinbürgerlichen Schichten, von Teilen der Arbeitslosen und der entwurzelten Jugendlichen ohne Perspektive rechnen — deren ohnmächtige Wut sich ja kürzlich in den Städten in Straßenschlachten mit der Polizei, in Brandstiftungen und Plünderungen entlud.

Für eine Partei nach sozialdemokratischem Vorbild, die von bürgerlichen Abwanderern aus der Labour-Party gegründete SDP, deren Grundlage eigentlich nur der reformerische soziale Ausgleich zwischen den Klassen sein kann, hat der Abschied von der politischen Bühne des Landes begonnen, noch bevor sie richtig angefangen hat. Konnte sich die SDP, die mit den Liberalen ein Wahlbündnis für die nächsten Parlamentswahlen eingegangen ist, kurzfristig und nach ersten Erfolgen bei Nachwahlen zum Unterhaus noch gute Chancen ausrechnen, so kann man das alles mittlerweile getrost als erledigt betrachten. Bei einer Nachwahl in einem Süd-Londoner-Wahlbezirk, der seit 8 Jahren von der Labour-Party gehalten wurde, stellte sich der bisherige Labour-Abgeordnete seinen Wählern nun als aufrechter SDP-Mann erneut zur Wahl. Ergebnis: Der Wahlkreis fiel mit überwälti-

gender Mehrheit an die Konservativen, die Labour-Party hingegen landete ganz weit abgeschlagen noch hinter der SDP auf dem dritten Platz. Wo es keine politische Mitte mehr gibt, da braucht es auch keine sozialliberalen Parteien mehr. Für die Labour-Party, die die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft parlamentarisch repräsentiert, brechen ganz schwere Zeiten an. Gefragt sind Bilder von weinenden, aber tapferen Kriegerwitwen, Siegesmeldungen etc. Begeisterung lösen auch in der Presse veröffentlichte Aussagen von Stewardessen des mit Jubel empfangenen, von Falkland zurückkehrenden Luxus-Dampfers »Queen Elizabeth« über die »phantastischen englischen Jungs« aus. Das Schiff war kurzfristig zum Truppentransporter umfunktioniert worden.

Nur vordergründig geht es in diesem Konflikt darum, dem »Aggressor« Argentinien zu beweisen, »that aggression doesn't pay« (daß Aggression sich nicht auszahlt). Tatsächlich sollen — und das ist bisher auch gelungen — unter dem Deckmäntelchen der »Verteidigung der Freiheit« die alten kolonialistischen Haßgefühle des britischen Spießers aus der Zeit des Empire zum Leben erweckt werden. Schon bezeichnet man die Ablehnung der 39 Labour-Abgeordneten im Parlament als »Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Truppe.« Sozialisten, Gewerkschafter, werden »zu vaterlandslosen Gesellen«. Konnte die herrschende Klasse jedoch in früheren Zeiten einige Brosamen von ihren aus den Kolonien herausgeholtten Profiten auf den Tisch der Arbeiteraristokratie fallen lassen, so kann in Zukunft nur noch die Wut der von verschärfter Ausbeutung, von sozialem Abstieg, von Arbeitslosigkeit Betroffenen auf innenpolitische Sündenböcke gelenkt werden. »Geeint« bleiben kann die »Nation« nur für die Dauer des Krieges. Wie schnell die Stimmung — zumindest bei der kämpfenden Truppe — umschlagen kann, zeigt folgende Episode: »So berichtet beispielsweise der angesehene Korrespondent des Londoner EVENING STANDARD, Max Hastings, von einer Begegnung mit einem britischen Offizier nach der Eroberung von Goose Green. Hastings hatte soeben auf seiner Schreibmaschine den Satz formuliert: 'Während man zu Hause nur den Schmerz über die britischen Verluste empfindet, haben wir hier wenigstens die Genugtuung, an etwas beteiligt zu sein, was zutiefst lohnend und notwendig ist', als sich ein britischer Offizier über seine Schulter lehnte und feststellte: 'Sie wissen genau, daß das nicht stimmt. Eine Menge Leute fragen hier, ob diese verfluchten Inseln den Preis wert sind, den wir für sie zahlen.'« (Welt vom 3. 6. 1982)

Die Aktivisten, die im Stahlgewitter bzw. im Krieg einen Ausweg sehen, sind im Aufwind, solange sie Siege melden können. Das erinnert uns an jene Militärs aus dem 1. Weltkrieg wie Hindenburg, dem der Krieg wie eine Badekur vorkam — solange es Siege zu feiern gab. Auch aus dem 2. Weltkrieg kennen wir ähnliches: Nichts hat den Widerstand gegen die Kriegspolitik der Nazis mehr gelähmt, als die von Engländern, Franzosen und Amerikanern zugelassenen »Siege« der deutschen Armee: Österreich, CSSR und Polen. Was aber wenn die Siege ausbleiben, wenn Mißerfolge die nur notdürftig durch die Kriegsabenteuer nach außen verdeckten und unterdrückten Klassengegensätze verstärkt aufbrechen lassen?

Die durch die Wirtschaftskrise hervorgerufenen Widersprüche im kapitalistischen Lager drängen nach einem Ausweg. Die forschen Töne Reagans gegen die sozialistischen Staaten, der Versuch, die SU und die sozialistischen Staaten durch Rüstungswettlauf ökonomisch kaputt zu machen, hat sicherlich seine Auswirkungen gehabt, jedoch nicht nur für das sozialistische Lager, auch für die USA. Jetzt wendet die amerikanische Regierung und fordert die SU zu Verhandlungen auf. Es ist richtig, daß die SU zu diesen Verhandlungen bereit ist, aber es wäre Selbstmord, würde die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern sich von den amerikanischen Friedensschalmeien betäuben lassen. Das kapitalistische Lager unter Führung der USA muß eine Atempause einlegen, um im eigenen Lager Ordnung zu schaffen.

Denn nur wenn die USA die Konflikte im eigenen Lager unter Kontrolle und zur »Lösung« gebracht hat, kann es den »Lebensraum« dort suchen, wo ihn auch der deutsche Imperialismus im Zweiten Weltkrieg suchte, nachdem er sich im übrigen Europa den Rücken freigemacht hatte. **Dabei** ist England für die USA und das kapitalistische Lager unvergleichlich wichtiger als Argentinien. ■

Der Faschismus in Deutschland

Band 1

Analysen, Kommentare und Berichte der KPD-Opposition aus der Zeit zwischen 1928 und 1933. Nachdruck der 1973 bei EVA erschienen Ausgabe, **erweitert** um zwei neue Abschnitte:

VII. Faschistische Parolen und Schlagworte

VIII. Kommentare, Berichte und Notizen

293 Seiten, Klebebindung

DM 12,-

GESELLSCHAFT
ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS DER
ARBEITERBEWEGUNG e.V.

Postfach 15 02 47 · 2800 Bremen 15

Notwendige Fakten zum Verständnis der polnischen Entwicklung Teil 1

Vorbemerkung: In den ersten Monaten dieses Jahres war ein polnischer Freund in Hamburg und berichtete im kleinen Kreis über Geschichte und heutige Situation Polens. Aus der Tonbandaufzeichnung der Gespräche wurden seine Antworten auf unsere (nicht wiedergegebenen) Fragen zum vorliegenden Text zusammengestellt. In dieser Ausgabe bringen wir den 1. Teil des Gesprächs, das vor allem auf die Entwicklung Polens vor der Entstehung von Solidarnosc eingeht.

Die Redaktion.

Vor dem 2. Weltkrieg

Zunächst einiges zu den Ursachen der zurückgebliebenen ökonomischen Entwicklung Polens nach dem 2. Weltkrieg:

Eine der Hauptursachen ist in der Teilung Polens zu suchen. Der Lebenslauf und die Entwicklung Polens sind 150 Jahre lang durch die Teilung faktisch unterbrochen gewesen. Polen war bis zum Ende des 1. Weltkrieges in drei Teile geteilt, die jeder für sich immer mehr mit den verschiedenen gesellschaftlichen Strukturen der Teilungsländer zusammenwuchsen. Die Integration der unter 3 Staaten geteilten Teile Polens desintegrierten Polen selbst. Die Politik der Teilungsmächte war unterschiedlich: Das zaristische Rußland betrachtete seinen polnischen Teil an der Weichsel als militärisches Vorfeld des Kampfes gegen Preußen. Dort wurde keine Industrie gebaut. Der österreichische Teil Polens ist verbunden mit dem Begriff des »galizischen Elends« in der verfallenden österreichisch-ungarischen Monarchie, während der preußische Teil zu den fortgeschrittensten polnischen Gebieten zu rechnen ist. Das muß aber auch relativ gesehen werden. Auch im preußischen Gebiet herrschten — so z.B. für die handwerklich geschulte Bevölkerung — sehr viel schlechtere Lebensbedingungen als für die im deutschen Reichsgebiet. Aus Gründen des Hungers sind viele Polen aus dem preußischen Teil ins Ruhrgebiet und andere industrielle Bezirke ausgewandert und nach Frankreich. Aber im Vergleich zu den Menschen, die in Südostpolen lebten, waren die im preußischen Gebiet »reich«. Im preußischen Teil befanden sich die wertvollen Rohstoffgebiete, besonders in Schlesien; da waren die materiellen Verhältnisse schon deshalb besser. Doch: diese **damaligen** deutschen Ostgebiete waren Randgebiete im Deutschen Reich, und sie waren **im Deutschen Reich unterentwickelt**.

Die industrielle Revolution in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts hat Polen nicht berührt. Polen war nicht da. Ohne Industrie und Technik gibt es keine kulturelle Weiterentwicklung, keine technische Kultur und keine organisierte Arbeiterklasse. Sie sind der Motor der gesellschaftlichen wirtschaftlichen und kulturellen Weiterentwicklung. Der erste Weltkrieg hat in Polen schon schreckliche Spuren hinterlassen, weil die Fronten 6 mal durch das Land hin und her gegangen sind. Nach dem 1. Weltkrieg wurde Polen ein Staat, in der Größe von heute mit 36 Millionen Einwohnern. Jedoch gehörten 12 Millionen davon nationalen Minderheiten an, die leicht von außen gesteuert werden konnten. Die Deutschen in Polen konnten aus Berlin gesteuert werden, dann gab es ca. 3 Millionen Ukrainer, die für eine selbständige Ukraine eintraten, 1 Million Weißrussen und ebensoviele Juden, die fast ausschließlich zu den armen Volksschichten zählten. Ein Drittel der polnischen Bevölkerung waren Analphabeten. In dieser Zeit zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg hat Polen nur ganz wenig die Produktionskapazität von vor dem ersten Weltkrieg überschritten. Dieses Land war unterentwickelt. Es wurde vor dem 2. Weltkrieg nur sehr wenig gebaut, so u.a. der Hafen in Gdingen, weil der Zugang zur Ostsee und zum Hafen in Danzig vom Deutschen Reich abhängig blieb — das polnisch-deutsche Verhältnis war oft gespannt. 1936 hat Polen begonnen, einen zentralen Industriebezirk zu schaffen (COP).

Der 2. Weltkrieg und die Folgen

Dann kam der 2. Weltkrieg. Die zahlenmäßigen Verluste sind bekannt, aber man muß sich einmal das Ausmaß klar machen: 1/5 der Bevölkerung ermordet — das sind über 6 Millionen Menschen, besonders schwere Verluste gab es unter der Jugend, der Intelligenz und der Arbeiterklasse, von dort kam der Widerstand gegen die deutsche Okkupation. Diese Bevölkerungsschichten wohnten in den Städten. Die Nazis versuchten diese Schichten führerlos zu machen, zu enthaupen, der Kopf mußte ab. Das Ziel des »Herrenvolkes« war es: Sie wollten Polen zu einem Volk von Idioten machen. Alle Schulen wurden geschlossen. Die Polen haben zwar in der Widerstandsbewegung geheime Schulen geführt, aber das ist nicht zu vergleichen mit einem normalen Schulbetrieb. Dann die materiellen Verluste: 38 % des Nationalvermögens waren zerstört, das ist an sich schon viel, aber auf ein armes Land angewendet, hat es viel schlimmere Auswirkungen als für ein reiches Land. Ein reiches Land kann die Folgen schneller überwinden.

Mit der Vertreibung der deutschen Besatzungsmacht kam die Revolution: Sie war zwar keine erste Liebe, war aber fast ohne Blutvergießen abgelaufen, obgleich es Bruderkämpfe gab zwischen den Kommunisten und den Resten der Heimatarmee, aber diese Kämpfe dauerten eine relativ kurze Zeit, 2—3 Jahre. Es war eine Revolution, in der auf einmal alles gemacht werden mußte. In diesen 37 Jahren, die seitdem vergangen sind, wurde Polen sehr hoch entwickelt, zu einem der höchst entwickelten Länder Europas. Das klingt fast komisch, wenn man jetzt über die polnische Misere redet. Aber die Infrastruktur ist da, Polen ist eine gebildete Nation, hat eine gebildete Arbeiterklasse usw. Allerdings einige andere Dinge müssen noch geschaffen bzw. verankert werden. Die 37 Jahre sind keineswegs verloren.

Die kommunistische Partei

Wie stand es 1945 mit der Partei? Kommunist zu sein war vor dem Krieg sehr schwer in Polen, nicht nur wegen der Polizeiverfolgungen. Die ganze Stimmung des polnischen Volkes war gegen die Kommunisten, aus einem einfachen Grunde: Polen hat immer schon Auseinandersetzungen mit Rußland gehabt, und dieses Rußland wurde auch der erste sozialistische Staat. In Polen verdächtigte man alle Kommunisten, Agenten der Russen zu sein, und dieses Mißtrauen ist bis heute gewissermaßen noch da. Jeder, der Kommunist war, war zuerst verdächtig, ein russischer Agent zu sein.

In Polen gehörte die Masse der Juden zu den ärmsten Schichten — es gab auch wenige reiche Juden — und somit zu den Anhängern der sozialistischen Bewegung. Es gab in Polen eine jüdisch-sozialistische Partei: »Bund«. Ziemlich viele Juden waren Kommunisten. Wie in der BRD Vorbehalte gegen die ausländischen Arbeiter vorhanden sind, so gab es auch in Polen Vorbehalte gegen polnische Kommunisten und jüdische Kommunisten aus der jüdischen Minderheit. Es gab Unwille, Unmut und auch Antisemitismus gegen jüdische Kommunisten. Aber viel mehr war es der Verdacht, russische Agenten zu sein, und das hat auch Auswirkungen gehabt nach dem 2. Weltkrieg.

Viele Juden in Polen haben gewußt, was der 2. Weltkrieg für sie bedeuten würde und was sie von der deutschen Okkupationsmacht zu erwarten hatten. Sie sind nach dem Osten geflüchtet. Im Osten ist die zweite polnische Armee entstanden (die erste war 1939/40 im Westen). Die Juden, die in den Lagern Rußlands waren, haben sich neben polnischen Freiwilligen zur Armee gemeldet, und, da sie früher meistens Sozialisten und Kommunisten gewesen waren, sind sie in verschiedenen Apparaten, in Militär, Partei etc. aufgestiegen und sind dann mit der russischen Armee zurückgekommen

nach Polen. Da ist es wieder zu gewissen Spannungen gekommen zwischen denjenigen Kommunisten, die mit der Roten Armee aus dem Osten zurückkamen, und denen, die im Lande geblieben waren (Gomulka z.B.). Diese hatten die Okkupationszeit im Lande mit dem polnischen Volke miterlebt. In Polen waren meistens **polnische** Kommunisten (hier ist nur die nationale Zugehörigkeit gemeint), und aus der SU kamen ziemlich viele Polen jüdischer Abstammung. Das ist der **sogenannte** »Antisemitismus«, von dem heute so oft geredet wird, der mit Antisemitismus fast nichts zu tun hat. Es gibt natürlich auch Antisemitismus in Polen, aber nicht unter Kommunisten. Der Partei- und Staatsapparat war zuerst mit solchen Kommunisten besetzt, die mit der Roten Armee gekommen waren. Sie waren bei den Russen besser angesehen und galten ihnen als zuverlässiger als die, die in Polen geblieben waren. Die wichtigsten Posten in Partei, Regierung, Sicherheitskräften, Auslandsposten usw. waren mit polnischen Kommunisten besetzt, die aus der SU gekommen waren. So waren z.B. 80 % der polnischen Generäle jüdischer Abstammung, für eine relativ kleine Minderheit eine relativ große Zahl. Die Spannung war da und hat sich auch auf die Partei ausgewirkt.

Dann war da die Bestrebung der Kommunisten, die Arbeiterbewegung zu vereinen. Die zwei Arbeiterparteien wurden vereinigt. 1936 war die KP Polens von der Komintern aufgelöst worden. Formell existierte die KP Polens gar nicht. In der Besatzungszeit hatten die polnischen Kommunisten die PPR (Polnische Arbeiterpartei) gebildet und die vereinigte sich 1949 mit der polnischen sozialistischen Partei (PPS). So entstand die PVAP. Zur selben Zeit hat man ein parlamentarisches Modell entwickelt, als verbündete Parteien wurden noch zwei andere Parteien zugelassen: die vereinigte Bauernpartei und die Demokratische Partei. (Heute umfaßt diese in der Hauptsache Handwerker, kleine Betriebsinhaber, Intellektuelle.)

Die große Mehrheit der polnischen Bevölkerung (vor allem in den Städten) war westlich orientiert, aber Freiheit und Rettung vor dem deutschen Faschismus sind 1944/45 vom Osten gekommen. Zugleich damit sind auch die polnische Armee und die neue Gesellschaftsordnung gekommen. Es ist kein Geheimnis, daß sie unbeliebt waren. Damals geschah aber etwas typisch Polnisches! Polen hatte riesig große Aufgaben, das Land war total kaputt, außer zwei Städten — Kattowitz und Krakau, in der letzteren gibt es heute noch echte, nicht restaurierte Renaissance — waren alle größeren Städte Polens zu 80—95 % zerstört. In der Altstadt von Warschau z.B. stand nach dem Krieg kein einziges Haus mit mehr als einem Stockwerk. Warschau selbst war total (93 %) zertrümmert, und es ist jetzt vorbildlich wieder aufgebaut. Damals, 1945/46, überlegte man laut, ob es nicht besser sei, die Hauptstadt ganz neu aufzubauen an anderer Stelle — so etwa wie Brasilia. Man hat sich aber eindeutig für den Wiederaufbau entschieden. Diese und andere Aufgaben waren der Ausgangspunkt, der alle Polen vereinigte. Alle fühlten sich einig mit der regierenden Partei in der nationalen Aufgabe des Wiederaufbaus Warschaus und der anderen Städte Polens, der Ansiedlung von Polen in den wiedergewonnenen Westgebieten. Diese riesigen Aufgaben mobilisierten alle Polen; die PVAP regierte. Viele, die keine Kommunisten waren, erklärten vor allem den kommunistischen Führern, die im Lande gegen die Okkupation gekämpft hatten, daß sie zwar keine Kommunisten seien und daß sie das, was in Polen in den Jahren vorher geschehen war, nicht billigten; aber die Aufgabe sei riesengroß und sie seien bereit mitzumachen und sich loyal zu verhalten. Auf diese Weise ist die nationale Einigkeit entstanden. Das ermöglichte den Aufbau Warschaus, der Städte, des Landes, der Industrie usw.

Die Landwirtschaft

Die Schicht der Kapitalisten und Großgrundbesitzer in Polen war schon vor dem 2. Weltkrieg sehr klein. Polen ist immer ein armes Land gewesen. Die Form der Demokratie, die nach Polen kam, wurde begrüßt. Jedoch da begannen durch das System bedingte Fehler. Eine Spezialität Polens sind die verschiedenen Gesetzgebungen der Teilungsmächte gewesen. Nur im preußischen Teil Polens konnte man den Bauern-

hof nicht zwischen den Kindern teilen. Waren 5 Kinder z.B. da, konnte nur eines den Hof bekommen, die anderen gingen in die Städte, arbeiteten dort in Handwerk und Industrie oder gingen ins Ausland. Im preußischen Teil Polens gab es daher auch die gesundeste Landwirtschaft, weil die Teilung durch Gesetz unmöglich gemacht wurde. Im russischen Teil und besonders in Galizien (dem polnischen Elendsgebiet) teilten 5 Kinder den Bauernhof unter sich. So hatten wir als Folge davon 3 Millionen Bauernhöfe, die meistens nur 1 ha groß sind. Jetzt kam nach dem 2. Weltkrieg die Zwangskollektivierung. Sie endete 1956 mit einer Pleite, 2,5 Millionen Polen aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten mit schwarzer, guter Erde kamen in die ehemaligen deutschen Ostgebiete, wo sie ganz andere Bodenverhältnisse und Wetterverhältnisse vorfanden, als sie gewohnt waren. Dort wurden landwirtschaftliche Maschinen gebraucht, agrotechnische Bildung war notwendig, aber die fehlte diesen Polen. Im Zwischenkriegspolen waren 6 Millionen Menschen auf dem Lande bodenlos geworden und arbeiteten als Hilfskräfte. Sie träumten davon, endlich auch ein Stück Boden zu bekommen. In Polen kann man mit staatlichem Zwang nichts erreichen, das ist historisch bedingt. Was einstmal eine Tugend im Kampf gegen die Teilungsmächte war, wurde jetzt zur Schwäche. Als Folge der zwangsweisen Kollektivierung wurde nur soviel Boden bearbeitet, wie zum eigenen Lebensunterhalt genügte. Eine der ersten Maßnahmen Gomulkas war 1956 die Zurücknahme der Zwangskollektivierung. Geblieben sind nur die landwirtschaftlichen Betriebe und Genossenschaften, die sich auf freiwilliger Basis zusammenschlossen. In den ehemals preußischen Gebieten klappte es mit der Genossenschaftsbildung besser als in den anderen Gegenden. Wieder gab es in Polen 3 Millionen Einzelbauern.

Wenn man über die landwirtschaftliche Misere in Polen redet, darf nicht vergessen werden, daß man versuchte — weil man die nationalen Traditionen der Polen übersah — zur Unterstützung der staatlichen Güter und der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die übrig geblieben waren, Bauernzirkel zu schaffen. Das bedeutete, daß jeder zwar Privateigentum hatte, aber der größere Teil des Bodens gemeinsam bearbeitet wurde. Dafür bekamen sie auch größere Kredite und Privilegien, Düngemittel, Zuschüsse, wenn sie unrentabel waren. Die anderen Bauernhöfe bekamen diese Hilfe nicht. Das ist einer der Gründe dafür, daß Polen bis heute landwirtschaftliche Produkte importieren muß, obgleich Polen doppelt so viele Menschen ernähren könnte, wie es Einwohner hat.

Eine weitere Entwicklung. Man baute die Schwerindustrie auf und dafür brauchte man Arbeitskräfte. Wo sollte man die hernehmen? Vor dem Kriege wohnten 71% der Bevölkerung auf dem Lande, 29% in den Städten, doch der kleinere Teil der Stadtbevölkerung waren Polen. Die Mehrheit waren nationale Minderheiten: Juden, Deutsche, Ukrainer. Jetzt leben 59% der Polen in den Städten. Es fand eine große Wanderung vom Lande in die Städte statt, besonders die Jugend ging in die Städte. Auf dem Dorf blieben vor allem die älteren Leute zurück. Diese betrachteten die Landwirtschaft mehr als eine Art Altersversorgung. Wenn sie sterben, wird deren Land jetzt verpachtet und langsam werden die Höfe so wieder größer. Aber es fehlt an Arbeitskräften. Jetzt die Jugend aufs Land zurückzubringen ist sehr, sehr schwer.

Im deutschen Dorf ist das anders als auf dem polnischen. Im deutschen Dorf ist die Verbindung zur Stadt (Kino, Theater, Schwimmhalle, Sportplatz etc.) eine Kleinigkeit. Das alles aber ist in Polen auf dem Lande selten. Daher will die Jugend nicht mehr zurück aufs Land.

Ein Erneuerungsprozeß hat in den letzten zwei Jahren begonnen:

1. Alle Reserven werden jetzt für die Landwirtschaft eingesetzt, Investitionen nur noch für die Landwirtschaft. Traktoren, Düngemittel, Ersatzteile (einige polnische Betriebe dürfen nur noch Ersatzteile herstellen, denn einer der größten Mängel ist das Fehlen von Ersatzteilen). Viele Maschinen standen im vergangenen Sommer noch still, obgleich man sie dringend brauchte — nur weil Ersatzteile fehlten, mal fehlte eine Schraube, mal ein Reifen usw. Mit der Bereitstellung von genügend Ersatzteilen könnte man viel Geld sparen.

2. Die individuellen Bauern werden gleichgestellt mit den Genossenschaften und Staatsgütern. Keine Privilegien mehr an letztere. Obgleich es gute Ernten in den letzten Jahren (besonders Zuckerrüben) gab, galoppierte die Inflation.

Eine Form des Kredites ist: Der Bauer liefert Getreide, Fleisch etc. und bekommt dafür vom Staat Kreditscheine, die er 1983/1984 eintauschen kann gegen Industriegüter. Die Bauern sind interessiert daran, Waschmaschinen, Farbfernseher u. ä. zu kaufen, die es jetzt nicht gibt. Aber sie können in ein bis zwei Jahren beliefert werden, zu Preisen, die den heutigen entsprechen. Aber es sieht so aus, daß dennoch zu wenig Fleisch und Getreide vom Land kommt, obgleich es da ist. Dann kann es passieren, daß die Armee gezwungen ist, einzugreifen.

Wo fehlen jetzt die Arbeitskräfte? Die dogmatischen Vorstellungen mit dem Begriff von Kulakenwirtschaft haben sich in allen sozialistischen Staaten als unrealistisch gezeigt. Was kann man mit einem Hektar Land schon machen? Nichts. Es wird durch Landzuteilung an die Bauern jetzt kein Großgrundbesitz entstehen, aber 40 ha Land z. B. sind lebensfähig-Höfe mit 20 ha sind schon nicht mehr lebensfähig. In Deutschland arbeiten weit unter 10% der Bevölkerung auf dem Land, in Polen über 40%. In Deutschland sind Höfe von 600—2000 ha lebensfähig mit wenig Arbeitskräften auf dem Hofe.

Die Modernisierung der Industrie

Die Industrialisierung ist zustande gekommen. Einerseits mußte Polen modernisiert werden. Von wo konnten die für die Modernisierung notwendigen Güter gekauft werden? Vergessen wir nicht die Periode der Entspannung. Es entstand eine Aufgeschlossenheit der Gesellschaft nach allen Seiten. Modernisierung konnten die Polen im Westen kaufen. Da wurde übertrieben alles gekauft, und Polen wurde dadurch zu sehr abhängig gemacht von westlichen Importen. Das war auch verbunden mit der Art der Finanzierung.

Gierek versuchte in der Frage der Modernisierung in Polen alles auf einmal zu machen und hat sich übernommen. In ein und demselben Jahr wurde der Bau des Nordhafens angefangen, dann die Kattowitzer Hütte (größter Betrieb in Polen) mit 25000 Arbeitern, die Regulierung der Weichsel. Vergleicht man den Rhein z. B. mit der Weichsel, so sieht man, daß die Weichsel noch ursprünglich fließt. Gerade jetzt erst waren die großen Überschwemmungen weil die Weichsel noch nicht reguliert ist. Dann wurden im Osten Polens neue Steinkohlevorkommen entdeckt, Kohlezeehen wurden gebaut gleichzeitig mit Industrieanlagen, die die notwendige Energie liefern sollten. Polen nahm lange Braunkohle, weil riesige Vorräte an Braunkohle in Mittelpolen vorhanden sind. Was alles auf einmal angepackt wurde! — und alles gegen harte Devisen, um moderne Maschinen für diese Vorhaben zu kaufen.

Ein Beispiel, welche Fehler mit zentraler Planung verbunden sein können, ist die Kattowitzer Industrieanlage. Eine Eisenbahnlinie aus der SU nach Polen wurde gebaut. Es wurde begonnen, eine Autobahn zu bauen, eine Reihe von Strecken von Kattowitz in Richtung Warschau und nach anderen Landesteilen sind fast fertig. Gleichzeitig hat sich gezeigt, daß zu wenig Stahl, zu wenig Beton, zu wenig Facharbeiter vorhanden sind. Es wurden also sehr viele Investitionen gestoppt. Aber nach zwei Jahren stellt sich ein schrecklicher Fehler heraus. Man hatte vergessen, daß für die gestoppten Investitionen die Verträge weiterliefen mit westlichen Firmen. 8 Milliarden Mark, ein Drittel der ganzen Verschuldung für diese Unternehmen sind fast Schrott, weil man auch kaum etwas von den Gütern für andere Betriebe nutzen konnte.

Ein anderer Fehler: Ein Beschluß, für den der ehemalige Premier Jaroszewicz die Verantwortung trägt. Da Polen eine Großmacht ist in Bezug auf Steinkohlevorkommen und -förderung, durften die städtischen Betriebe nur für drei Tage Vorräte an Steinkohle haben. Nachschub konnte ja jederzeit kommen. Es war günstiger, die Kohle zu verkaufen ins Ausland, als zu lagern. Es ist 1979 zu dem Winter des Jahrhunderts in Polen gekommen — auch hier in Deutschland. Besonders in Nordpolen war es schlimm: 3 m hoher Schnee,

mindestens eine Woche lang die Kommunikation unterbrochen und lahmgelegt. Viele große und moderne Zuchtfarmen, die in Polen gebaut worden waren, gingen zugrunde. Ohne Energiezufuhr gibt es kein Leben. Viele Milliarden Schäden entstanden. Ein Fachmann, der nicht nur von oben Befehle entgegennimmt, sondern eigene Initiative entwickelt und Verantwortung auf sich nimmt, hätte so etwas nicht zugelassen. Er hätte gewußt, was möglicherweise kommen könnte und Vorsorge getroffen. So kommt es zu unwirtschaftlichem Handeln, ohne daß es gewollt ist.

Auf diese Weise entstand riesig große Verschuldung Polens im Westen. Gomulka war noch sehr sparsam gewesen mit Krediten, dennoch mußten auch die Kredite, die genommen wurden, unter seiner Regierung zurückbezahlt werden.

Wenn man von »privilegierten Schichten« spricht, dann sind das diejenigen, die auf die politisch und wirtschaftlich wichtigen Posten kommen. Da entsteht ein Teufelskreis, weil Treue zur Sache nicht Unfähigkeit ersetzen kann. Die »Treuen« kamen oft auf höhere Posten; wenn es mit ihrer Tätigkeit nicht klappte, auf einen anderen. So entstand ein gefährliches Monopol von Opportunismus. Die Partei ist die führende Regierungsmacht in Polen, aber unter undemokratischen Bedingungen und Fehlen der Voraussetzungen kann keine Demokratie entstehen. Obgleich es die drei obengenannten Parteien gab, war die PVAP die in der Wirklichkeit regierende Partei. Sie hatte ein Monopol — das hat zu verschiedenen Fehlern in der Parteispitze geführt. Die Wojwoden, die Botschafter, die Landräte waren meistens Parteileute. Das führte zu gewissen typischen Krankheiten, weil diese Leute oft vergaßen, was privat ist und was der Allgemeinheit gehört. Sommerhäuser wurden gebaut, Baumaterialien gestohlen, Gefangene für private Arbeiten eingesetzt mit symbolischer Bezahlung. Das hat böses Blut gemacht. Dazu die Mißwirtschaft. Die Leute schufteten, die Gewinne, die erwartet wurden, kamen nicht. Es fehlte die Kontrolle. Das führte zur Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Die Bevölkerung hätte die notwendigen Entbehrungen akzeptiert und hat sie auch noch bis vor zwei Jahren akzeptiert. Trotz Wut und Enttäuschung und Haß sind die Vorkommnisse der Korruption aber doch nur Randerscheinungen. Die privilegierte Schicht trennte sich mehr und mehr von der Bevölkerung.

»Jemand« muß aber leiten, eine gewisse Art der Umerziehung der Bevölkerung ist notwendig.

Die Jugend steuert jetzt in Richtung Konsumgesellschaft, hat Rechte, die sie in Anspruch nimmt, aber hat noch nicht gelernt, daß sie auch Pflichten gegenüber der Gesellschaft hat. Rechte und Pflichten bilden eine Einheit. Dann die ältere Generation: Sie hat es in Polen sehr schwer gehabt in ihrer Jugend und immer gehofft, daß sie es mal leichter haben würde. Die Jugend jetzt aber hat es relativ leicht gehabt und wird es daher schwer haben, wenn an sie die Anforderungen gestellt werden, die in und nach dem 2. Weltkrieg an die ältere Generation gestellt wurden. Die ältere Generation ist in diesem Sinne eine verlorene Generation, sie hat keine echte Jugend gehabt, sie hat nach dem Krieg immer wieder Kompromisse geschlossen, geschuftet, und fragt jetzt: was hat Polen als Nation davon gehabt? Das ist doch traurig, daß man keine Lebensmittel kaufen kann, weil Zinsen und Raten für die gemachten Schulden bezahlt werden müssen. Alles, was nicht dringend lebensnotwendig war, wurde und wird ins Ausland verkauft.

Jetzt kommen die Sanktionen, und wie die wirken, dafür nur ein kleines Beispiel: In Polen wurden Hühnerfarmen mit amerikanischer Lizenz gebaut. Da kann man die Hühner nur mit Mais füttern. Die Hühnerfarmen müssen geschlossen werden, weil Sanktionen Maiseinfuhr verhindern. Jetzt gibt es kein Hühnerfleisch mehr in Polen, nur noch Rindfleisch: 7 kg Fleisch pro Kopf jährlich weniger. Die Fehler auf ökonomischem Gebiet, in der Planung, dann die systembedingten Fehler, d. h. die besonderen Bedingungen des sozialistischen Aufbaus auf der 1945 von der Roten Armee geschaffenen Grundlage, sie wirken von oben nach unten und summieren sich zu großen Wirkungen, aus denen große Schäden erwachsen. Jetzt haben wir die Reformbestrebungen, wo die Betriebe sich selbst finanzieren und verwalten. Der Staat soll

planen nur im Sinne der gesamtgesellschaftlichen Schwerpunkte (abgesehen von Armee, Staatssicherheit usw.). Der Arbeiter war bisher nicht interessiert am Betrieb, denn ob er schuftete oder nicht, es kam nichts für ihn heraus.

Zu den Fehlern, die in Polen gemacht wurden: Polen hat in den letzten Jahren eine neue Möglichkeit gesehen in den selbstfinanzierten Investitionen. Es wurden Verbindungen mit westlichen Firmen hergestellt auf der Basis: das westliche Land baut für Polen auf seine Kosten Fabriken, Polen gibt Arbeiter und Materialien. (So wurden Hotels und Betriebe gebaut, z. B. Fiat). Polen bezahlt die Kredite durch die Produkte. Ein Teil geht auf den inneren Markt Polens, ein Teil geht ins westliche Land, ein dritter Teil wird von gemischten Firmen an dritte Länder verkauft. In einigen Fällen klappte es ganz gut. In einigen Bereichen aber (z. B. Elektronik) hat

sich gezeigt, daß noch eine ganze Generation nötig sein wird, bis die polnischen Arbeiter die Fähigkeiten und das Fingerspitzengefühl erworben haben werden, damit die polnischen Produkte auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein werden. Produkte, mit denen Polen seine Schulden bezahlen mußte, kamen zurück nach Polen. Man braucht für die modernsten Zweige der Industrie auf dem Weltmarkt eben Erfahrung.

Dann ist auch die Arbeitsorganisation wichtig, die Gestaltung der Löhne und Preise. Das ist in Polen noch wenig entwickelt und unvollkommen. Die Arbeitsproduktivität steht im Vergleich zum Westen zurück. Der polnische Arbeiter ist anerkannt als guter Arbeiter, besonders im westlichen Ausland. Nur im eigenen Land arbeitet er noch nicht so, weil in Polen die Arbeitsorganisation fehlt. ■

Zur Bonner Friedensdemonstration

Vom ersten Eindruck her glich die Demonstration am 10. Juni in Bonn der Demonstration im Oktober des vergangenen Jahres. Nur waren es diesmal noch weit mehr Menschen, die nach Bonn gekommen waren; obwohl »Fronleichnam« in Norddeutschland kein Feiertag ist und Arbeiter und Angestellte somit auf eigene Kosten teilnehmen mußten — sie mußten Urlaub nehmen, was in vielen Fällen auch Schwierigkeiten im Betrieb bedeutete.

Wie am 10. Oktober 1981 war die Demonstration mehr eine Masse von Individuen und kleinen Gruppen als ein organisierter Ausdruck verschiedener politischer Strömungen. Was diese Demonstration von der vorangegangenen unterschied, das waren zunächst die äußeren politischen Umstände, eine verstärkte gesellschaftliche Polarisierung: mit der Einladung des NATO-Rates und des US-Präsidenten durch die Bundesregierung wurde die Friedensbewegung gleichsam herausgefordert — von einer Bundesregierung, an die sie noch im Oktober 1981 mit Friedenswünschen appelliert hatte. Die BRD-Regierung bewies damit selber, daß sie eine aktive Rolle in der NATO spielt.

Teilen des bürgerlichen Lagers reichte es auch nicht mehr aus, mit den bisherigen Mitteln (Diffamierung durch Parteien und Presse oder Umarmungsversuche seitens SPD und F.D.P.) gegen die Friedensbewegung vorzugehen: sie mobilisierten selber, mit Berufung auf die »schweigende Mehrheit«. Daß am 5. Juni 50.000 CDU-Anhänger in Bonn und 30.000 bei der CSU in München für die Politik der NATO demonstrierten, darf nicht damit abgetan werden, daß dies von oben, also von der CDU-Führung, angeleitet wurde. Entscheidend ist, daß so viele bereit waren, für die NATO-Politik, und damit gegen die Friedensbewegung, auf die Straße zu gehen.

Mit dem Anwachsen der Friedensbewegung, die ja durch die Politik der USA und NATO selber Nahrung erhält, wachsen auch die gesellschaftlichen Gegenkräfte. Sie kommen vor allem aus den reaktionärsten Teilen des traditionellen Kleinbürgertums und der Mittelklassen, die schon aus ihrer gesellschaftlichen Stellung heraus nicht in der Lage sind, sich aus der bürgerlichen Abhängigkeit zu lösen und deswegen ihre Zukunft an der Seite des bürgerlichen Lagers suchen. Dies wird sich erst in dem Maße ändern, wie eine für die eigenen Ziele kämpfende Arbeiterklasse auch diese schwankenden Klassensplitter auf ihre Seite herüberziehen kann.

Kennzeichnend für diese Demonstration war, daß die CDU-Anhänger nicht für den »Nachrüstungsbeschluß« auf die Straße gingen, sondern ein allgemeines Bekenntnis für die NATO und die »Deutsch-Amerikanische-Freundschaft« ablegten. Die Reaktionen aus der CDU/CSU haben, früher und klarer als die Friedensbewegung selber, die objektiven Tendenzen in der Friedensbewegung erkannt — gegen die imperialistische NATO-Politik und die USA —; deswegen mobilisieren sie gegen die Friedensbewegung eine eigene »Friedensbewegung«. Umgekehrt versuchen SPD und FDP weiterhin, Teile der Friedensbewegung für sich zurückzugewinnen. Nur fällt das dann schwer, wenn allen voran die US-Regierung tagtäglich beweist, daß die Etappe der Entspannungspolitik unwiderruflich zu Ende ist — in der Politik gegen-

über der Sowjetunion (z. B. Ausweitung des Embargos), im Malwienkrieg und dem Krieg gegen die Palästinenser. General Bastian, zuerst mit viel Beifall begrüßt, erntete mit zunehmender Dauer seiner Rede Mißfallen, als er sich in Ratschlägen an die Bonner Politiker erging, wie Abrüstungsverhandlungen besser zu führen seien.

Innerhalb des bunten Meeres der Demonstrationzüge konnte man diesmal — anders als am 10. Oktober — mehr Parolen gegen die NATO-Politik in der Türkei, El Salvador usw. sehen. Auch auf der Kundgebung zeigte sich, daß sich die Friedensbewegung nicht mehr allein auf den Widerstand gegen den »Nachrüstungsbeschluß« beschränkt, obwohl dies



Wen besucht Mr. Reagan hier?

Er besucht **nicht** die Metalller, die bei VDM, Demag, Rockwell, Triumph in Frankfurt, bei Kreidler/Stuttgart, bei Videocolor/Ulm entlassen werden.

Er besucht **nicht** die Sekretärinnen, Sachbearbeiter, Buchhalter und Schreibkräfte, die in den Büros durch EDV wegrationalisiert werden.

Er besucht **nicht** die Sozialrentner, Behinderten, Fürsorgeempfänger und Arbeitslosen, deren Unterstützung laufend gekürzt wird.

Er besucht **nicht** die Jugendlichen, die nach der Schulzeit ohne Berufsausbildung und ohne Arbeitsplatz dastehen.

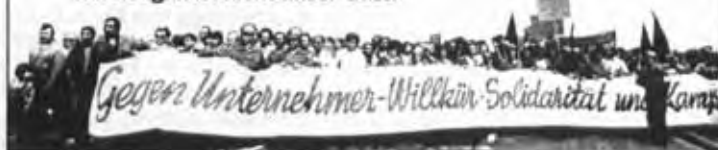
Er besucht die, die in allen diesen Auseinandersetzungen um unsere Arbeitsplätze und Lebensbedingungen **unsere Gegner** sind.

Er besucht die, die in der BRD ihre »freie Marktwirtschaft«, ihren Profit sichern wollen — **die Besitzer des »großen Geldes«**. Mit denen verbindet uns nichts.

Er will seine hiesigen Gastgeber auf Vordermann bringen. Wie schon so oft, sollen **wir** für ihre außenpolitischen Kriegsziele **das Kanonenfutter abgeben**.

Sind wir in der Lage, den Krieg in Innem, den »Klassenkampf von oben«, am Arbeitsplatz entsprechend zu beantworten, werden wir auch die Kraft entwickeln, den drohenden militärischen Krieg zu verhindern.

Mr. Reagan ist nicht unser Gast.



derzeit noch die allen gemeinsame Forderung ist. Unter diesen Bedingungen, einer verschärften gesellschaftlichen Polarisierung, ist es bereits ein Fortschritt in der Friedensbewegung, wenn so viele gegen den Reagan-Besuch und die NATO-Rats-tagung demonstrierten. Umgekehrt: Als der offizielle Vertreter der PLO (der noch am 10. Oktober 1981 nicht reden durfte!) die Ausrottung der Juden durch die Nazis verurteilte, gleichzeitig aber die Ausrottungspolitik Israels gegenüber den Palästinensern mit den Nazi-Methoden verglich, kam großer Beifall.

Natürlich spielte die Kundgebung für die Masse der Demonstranten keine wichtige Rolle (Dabeisein war erst einmal alles), auch muß man die Wortradikalität von Rednern wie Jo Leinen (BBU) nicht allzu ernst nehmen, aber diese Reden — der Beifall zeigte es — sind auch Ausdruck der Stimmung bei großen Teilen der Bewegung. Darin deutet sich an, daß vielen in der Friedensbewegung Unterschriftenlisten und reine Appelle nicht mehr ausreichen. Wie es praktisch weitergehen soll, darüber herrscht jedoch ebenso Unklarheit. Dieser Widerspruch wird sich in dem Maße verschärfen, wie nicht nur die Stationierungsvorbereitungen für Pershing II usw. vorangetrieben werden (was ja schon geschieht), sondern die Stationierung selber ansteht, nämlich bereits im nächsten Jahr.

Ein Trauerspiel war die Rolle des DGB: Auf Detlev Hensche vom Vorstand der IG Druck und Papier wurde von seiten des DGB eingewirkt, nicht zu reden. Der Kollege Ernst Urban, Landesleiter der HBV in NRW, der den Mut hatte, dennoch aufzutreten, entschuldigte sich förmlich: »Ich spreche hier nicht im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes oder meiner Gewerkschaft HBV.« Wenn sich auch einiges in der Friedensbewegung verändert hat — wie der Vergleich zum

Oktober 1981 zeigt —, die Rolle der Gewerkschaftsführungen ist gleich geblieben. Im vergangenen Jahr durfte Georg Benz von der IG Metall nur als »Bürger Benz« (Vetter) sprechen, und jetzt entschuldigt sich der Kollege Urban für seine Gewerkschaft!

Dies ist kein Trauerspiel wegen der »Sauereien« der DGB-Führung. Diese hat nur aus dem taktischen Fehler des vergangenen Jahres gelernt, als sie die Gewerkschaftsmitglieder offen bevormunden wollte. Ein Trauerspiel ist es dann, wenn sich »linke« Gewerkschaftsführer wie Detlev Hensche dem Diktat der Führung beugen. Was sollen wir von diesen »linken« Gewerkschaftsführern halten, die von den eigenen Mitgliedern mehr »Mut« gegenüber den Unternehmern verlangen, jedoch vor der eigenen Führung kuschen? Unter solchen Umständen werden die kritischen und politisch aktiven Teile der Arbeiterjugend zu den Gewerkschaften das gleiche Verhältnis entwickeln wie zu den bürgerlichen Parteien.

Dem können wir heute und in Zukunft nur entgegenwirken, wenn wir selbständig, ohne uns bevormunden zu lassen, die Teilnahme von Kollegen als Gewerkschafter in der Friedensbewegung organisieren. Die Organisation von Gewerkschaftskollegen für den 10. Juni hat an vielen Orten noch gefehlt, in Bonn kam das zum Ausdruck — es gab keine Gewerkschafterblöcke, nur einzelne Gruppen.

Die Demonstration hat, stärker noch als im Oktober 1981, gezeigt, daß die Gegner, NATO und USA, die Friedensbewegung selber vorantreiben. Dies muß nicht zwangsläufig so bleiben, das hat sich schon bei der Vorbereitung der Demonstration gezeigt — in dem Versuch einiger Kräfte, wie etwa der Führung der Grünen, durch die Kampagne gegen die DKP die Gemeinsamkeiten der Bewegung zu stören. Darüber handelt der folgende Artikel.

Wie versucht wird, die Friedensbewegung zu spalten

Die Kampagne gegen die DKP und die DDR-Friedensbewegung

Die Ostermärsche 1982 im ganzen Gebiet der BRD und die Demonstrationen gegen die NATO-Tagung in Bonn haben noch einmal nach der Bonner Demonstration vom 10. 10. des vorigen Jahres nachdrücklich gezeigt, welche Breite die Friedensbewegung gewonnen hat. Die örtlichen und regionalen Initiativen haben trotz aller politischen und organisatorischen Schwierigkeiten die Arbeit fortgesetzt. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern ist die Beteiligung an den Aktionen der Friedensbewegung stärker geworden, was wiederum in deutlichem Kontrast steht zu der von oben in Konkurrenz zum »Krefelder Appell« angeleiteten Unterschriftensammlung des DGB (die übrigens mit einem Fiasko in der Versenkung verschwunden ist) und den ständigen Versuchen, die Initiativen aus der Mitgliedschaft mit Drohungen abzuwürgen. Auf dem letzten DGB-Kongreß wurde gerade erneut wieder die Drohung erhoben, daß es nicht länger geduldet werden könnte, wenn Gewerkschaftsmitglieder mit ihrer Organisationsbezeichnung Aufrufe unterzeichneten. Diese Versuche, die Gewerkschaftsmitglieder wie Schulbuben zu schulmeistern, sind einerseits die Folge davon, daß die Gewerkschaften dem Lohn- und Sozialabbau ziemlich ohnmächtig gegenüberstehen, daß andererseits das Ansehen fast aller Gewerkschaftsführungen nach dem Bekanntwerden der Zustände bei der Neuen Heimat rapide gesunken ist.

Alle Versuche, die Verteidigungsmaßnahmen der sozialistischen Staaten, die polnische Krise, Afghanistan oder die DDR-Friedensbewegung als Hebel gegen die Friedensbewegung in der BRD zu benutzen, sind bisher an der wachsenden Kriegsangst und Kriegsgefahr gescheitert. Es muß dabei festgehalten werden, daß dieselben Kräfte, die Reagan so lautstark unterstützen, als er die sozialistischen Staaten und die SU zum Totrücken zwingen wollte, jetzt die SU anklagen, daß sie den ihr hingeworfenen Fehdehandschuh aufgenommen hat.

Die wachsende Kriegsangst wirkt auch in die Kirchen, und wir finden dort eine ähnliche Entwicklung wie in der übrigen Gesellschaft. Mitunter kann man sogar feststellen, daß kirch-

liche Funktionäre die bürgerliche Vergangenheit und Gegenwart der BRD und Deutschlands überhaupt viel radikaler kritisieren als Sozialdemokraten. Gerade die wachsende Breite der Bewegung birgt die Gefahr in sich, daß die Gegner der Bewegung diese auseinanderdividieren könnten. Wenn wir dem entgegenzutreten wollen, ist es notwendig, das Gemeinsame, das alle Teile der Friedensbewegung verbindet, festzuhalten, ohne daß die unterschiedlichen Auffassungen der verschiedenen Strömungen vertuscht werden. Wie wir — um ein Beispiel zu geben — als Nichtreligiöse und Nichtmitglieder der Kirchen die Auffassungen der religiösen Teile der Friedensbewegung respektieren, dürfen wir auch Respekt für unsere sozialistischen Auffassungen über die Entwicklung der Gesellschaft erwarten und in Anspruch nehmen.

Da die Gegner der Friedensbewegung — mit eigenen Friedensdeklarationen und von oben organisierten Friedensdemonstrationen — die Friedensbewegung als Ganzes und auf einmal nicht beseitigen können, versuchen sie es stückweise. Erstes Angriffsziel ist die DKP und die mit ihr sympathisierenden Organisationen. Diese Versuche kann man fast täglich in der »Welt«, der FAZ, in fast der gesamten bürgerlichen Presse der BRD feststellen. Sie schlagen zwar auf die DKP ein, sie meinen aber in Wirklichkeit etwas ganz anderes: sie fürchten das Auftreten der Arbeiter und Angestellten und damit des Klassenstandpunktes in der Friedensbewegung, das zur wirklichen Gefahr für die herrschende Klasse in der Krise und im Kriegsfall werden könnte. Heute machen sie noch einen Unterschied zwischen kommunistischen und den »ehrlichen« Friedensanhängern. Es wäre gefährlich, wenn Zweifel darüber bestehen würden, daß nach der DKP andere unliebsame politische oder sogar religiöse Organisationen oder Gruppen ihr Ziel sein werden.

Es stört sie insbesondere, daß die Friedensbewegung »anti-amerikanisch« in ihrer Zielrichtung ist. Anti-amerikanisch heißt vor allem der Tendenz nach antikapitalistisch. Das wiederum stellt die Verbindung her zu dem Sozialabbau, der

auf allen gesellschaftlichen Gebieten in der BRD vor sich geht. Sie wünschen eine »ausgewogene«, zahnlose Friedensbewegung, d. h. antisozialistisch, freundlich, ohne Sozialisten und Kommunisten und »Chaoten«. Ihr Ideal ist eine Friedensbewegung, die vom Staat gefördert und finanziell subventioniert ist, die nicht aufmüpfig ist und sich schön gehorsam der Kontrolle der etablierten Parteien und Organisationen einfügt. (Dann könnten sie auch verbilligte Fahrkarten von der Bundesbahn bekommen!)

Das Mißtrauen gegenüber der DKP

Ohne Frage hat die DKP bei der Organisation der letzten Großdemonstrationen eine wesentliche Rolle gespielt. Dies ist schließlich keine negative Sache. In vorderster Front hat der Bundesvorstand der Grünen dies zum Anlaß genommen, die bürgerliche Hetzkampagne gegen die kommunistische »Unterwanderung« in der Friedensbewegung fortzusetzen. Dabei wurden — wie in den Berichten des Innenministeriums — Verbände wie die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG/VK), VVN oder Deutsche Friedensunion kurzerhand als »Frontorganisationen« der DKP über einen Kamm geschoren. Damit wurde all denen, die wirklich nur für Abrüstungsverhandlungen, gegen den »Nach«rüstungsbeschluß eintreten, unterstellt, sie seien allemal nützliche Idioten der sowjetischen »Supermacht«.

Die Vertreter der Grünen, die ihrerseits ihre eigenen Parteiziele verfolgen, nutzen dabei ein bestehendes Mißtrauen gegenüber der DKP aus, das viele Aktive in der Bewegung aufgrund eigener Erfahrungen mit der DKP haben. Ein Mißtrauen, das sich meistens gegen Organisationsmethoden »von oben« richtet. Unter solchen Umständen versucht z. B. der Bundesvorstand der Grünen, seine politischen Ziele wie »Solidarität mit Solidarnosc«, Verurteilung der sowjetischen Intervention in Afghanistan usw., in der Friedensbewegung durchzusetzen. Dazwischen bewegen sich dann Restgruppen der ehemaligen KPD, KBW und anderer, die innerhalb und an der Seite der Grünen und Alternativen ihre Politik der »Vaterlandsverteidigung« gegenüber dem »Sowjetimperialismus« betreiben. Was vor zwei Jahren der Aufruf der »Russel-Peace-Foundation« war (vergl. Arpo 6/81), nämlich der Versuch einer linken Konkurrenz zum »Krefelder Appell«, das ist heute der »Berliner Appell« des verstorbenen Robert Havemann und Pastor Eppelmanns, die DDR-Friedensbewegung. Dieses ideologische Verwirrspiel ist der Nährboden der reaktionären Spaltungsbemühungen.

Um diesen Bemühungen entgegenzutreten, kann man nicht die wirklichen Unterschiede einfach verschleiern, man muß sie klarstellen, um die Einheit zu sichern. Wir haben keine Veranlassung, die Rolle der Arbeiterklasse in der Gesellschaft zu verschweigen. Der in der Vergangenheit oft festgestellte Versuch mancher DKP-Funktionäre, um der Einheit willen der sachlichen Behandlung strittiger Fragen auszuweichen, dient gar nicht der Einheit der Bewegung. Diese Taktik führt vielmehr dazu, daß die Gegner sagen: die verschweigen doch nur ihre wirklichen Ab- und Ansichten. Die Festlegung auf Mindestforderungen, die auch für Nichtkommunisten und Nichtsozialisten annehmbar sind, ist für die Einheit in der Aktion richtig. Aber darüber hinaus bleibt es unsere Aufgabe, die Grenzen des Pazifismus, der kleinbürgerlichen Friedensvorstellungen gegenüber der imperialistischen Kriegspolitik auf Grund der geschichtlichen Erfahrungen, gerade in der deutschen Vergangenheit, aufzuzeigen.

Manche DKP-Funktionäre sehen als Aufgabe nur die Sammlung möglichst vieler Individuen verschiedenster Prägung, möglichst noch mit »großem« Namen. Sie gefallen so vielleicht besser jenen Kräften, die die Friedensbewegung in ihrer Breite heute darstellen, den kirchlichen und religiösen Gruppen, die das Dach der Friedensbewegung abgeben können, von der »Gewaltlosen Aktion« bis zu den Parteivorstandsmitgliedern der SPD wie Eppler, aber die Arbeiter und Angestellten können so für ihre Aufgabe nicht gewonnen werden. Wenn nun pazifistische und religiöse Gruppen ihre Verbundenheit mit der DDR-Friedensbewegung entdecken, wird es sowieso schwieriger, dieser Klarstellung auszuweichen.

Frieden schaffen ohne Waffen? Die Grenzen des Pazifismus

Die Parole »Frieden schaffen ohne Waffen« stammt aus kirchlichen Kreisen. Sie wurde zum Motto einer Bewegung, in der die Ursachen für die Kriegsgefahr in der Hochrüstung, in der Entwicklung immer perfekterer Waffentechnologie gesehen werden. Daß die Hochrüstung nicht Ursache, sondern nur Mittel der Kriegsvorbereitungen der NATO, des Imperialismus, ist, muß für die breiten Massen unverständlich bleiben, solange sie nur von Angst und individueller Bedrohung auf die Straße getrieben werden. Geht man von diesem Standpunkt aus, so ist natürlich die Bedrohung durch die Atomraketen des Warschauer Paktes sehr real: die SS 20 richtet sich ja gegen »uns«. Daher die Parolen »Abrüstung in Ost und West«, die für sich genommen nicht falsch, aber im Zusammenhang mit den wirklichen Gründen, die zum Krieg führen, völlig ungenügend sind. Abrüstungsverhandlungen haben noch nie einen Krieg verhindert. Sie haben stets dazu gedient, die unruhig gewordenen Massen in dieser oder jener Richtung zu beeinflussen und von der drohenden Gefahr abzulenken.

Es ist eine Tatsache, daß in der kapitalistischen Welt die Produktivkräfte so gewachsen sind, daß der innere und der Weltmarkt zu klein geworden ist für den Kapitalismus und daß es eine steigende Armee von Arbeitslosen gibt. Die sozialistischen Staaten sind diejenigen, die, weil sie die schwächsten im kapitalistischen Lager waren, zuerst ausgebrochen sind aus diesem Teufelskreis. Sie leiden nicht am Überfluß, haben vielmehr den Mangel noch nicht überwunden und können daher die Bedürfnisse noch nicht voll befriedigen. Sie bilden daher einen begehrten »Lebensraum« für die kapitalistischen Länder.

Solange hinter dem Block-Gegensatz nicht die Widersprüche zwischen dem imperialistischen und dem sozialistischen Lager erkannt werden, also die Klassengegensätze auf internationaler Ebene, können sich eben Illusionen ausbreiten über die Wirksamkeit von Abrüstungsverhandlungen. Die wirklichen Klassengegensätze kann eine Bewegung, wie sie die Friedensbewegung heute ist, nicht aufheben. Dies ist ihre objektive Grenze. Aber sie richtet sich gegen bestimmte Schritte der NATO — den Nachrüstungsbeschluß —, der US-Politik. Daß hierin eine objektive Stoßrichtung gegen die NATO-Kriegspolitik angelegt ist, haben die Gegner der Friedensbewegung schon längst begriffen. Und daß eine solche Stoßrichtung zunächst nur objektiv angelegt ist, subjektiv jedoch der größte Teil der Bewegung einem pazifistischen Denken verhaftet bleibt, zeigt auch, um was es den Gegnern der Bewegung, seien es bürgerliche Politiker oder Presse, geht: mit der Gleichung »US=SU«, der Forderung nach »Ausgewogenheit«, soll die Friedensbewegung von innen her zersetzt werden.

Dem konnte noch solange entgegengetreten werden, wie es nur um USA und SU ging, wo gesagt werden konnte: Wir leben nun einmal in einem NATO-Staat, darum demonstrieren wir auch gegen die NATO-Politik. Nun aber wird immer wieder auf die DDR-Friedensbewegung verwiesen, auf die Solidarität mit »unseren Freunden« in der DDR. Die Forderung nach »Neutralität« erscheint nicht mehr sinnlos, gibt es doch auch einen Appell für eine »Gesamtdeutsche Friedensinitiative« in der DDR. Der »Berliner Appell« fordert — wie der »Krefelder Appell« in der BRD — ebenso einseitige Abrüstung; allerdings von der DDR. Und damit bekommt dieser Appell eine ganz andere objektive Stoßrichtung, weil er auf grundsätzlich andere gesellschaftliche Verhältnisse trifft. Es geht nicht darum, daß die DDR-Friedensbewegung die sozialistischen Grundlagen zerstören will. Nur: was sie will und denkt, ist eine Sache — eine andere Sache jedoch ist, welche praktische Wirkung solche Propaganda haben kann, vor allem im Westen, in den Händen der Gegner des Sozialismus und der Friedensbewegung. Die weltpolitischen Gegner des sozialistischen Lagers und der gegen die NATO sich richtenden Friedensbewegung werden keine Mühe und Mittel scheuen, um die Friedensbewegung in der DDR in Gegensatz zu den gesellschaftlichen sozialistischen Grundlagen zu bringen und diesen Gegensatz zu vertiefen.

Die sozialistischen Grundlagen sind in der DDR wie in den meisten »Volksdemokratien« nach 1945 »von oben«, nämlich von der Roten Armee und dementsprechend mit russischen

Methoden geschaffen worden. Die Rote Armee hat die gesellschaftlichen Grundlagen der späteren DDR nicht geschaffen, um den Kommunismus zu exportieren, sondern um den deutschen Imperialismus zu besiegen und um einen Schutzwall gegen die imperialistischen Westmächte (USA, Großbritannien) zu schaffen. Die deutsche Arbeiterklasse und ihre Organisationen haben 1933 kampflos das politische Feld geräumt und im Krieg nicht mehr die Kraft gefunden, die herrschende Klasse zu stürzen. Dies blieb der Roten Armee überlassen. Die Folge: Die SU bestimmte zunächst die Methoden, — Sozialismus und Kommunismus gerieten bei den deutschen Arbeitern in Mißkredit. Dies wurde noch dadurch verstärkt, daß die SED/KPD den Arbeitern die Zusammenhänge nicht erklärte und stattdessen abstrakte («humanistische») Friedenspropaganda betrieb.

Auch wenn man die Methoden des «Aufbaus» in der DDR vom Klassenstandpunkt aus kritisiert, so muß man festhalten, daß dort gesellschaftliche Fortschritte gemacht wurden. Denn die Befreiung von der faschistischen Herrschaft bedeutete auch die Entmachtung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Diesen Fortschritt zu verteidigen, trotz aller Mißstände und Geburtsfehler, um sie weiter zu entwickeln und im Interesse der werktätigen Bevölkerung auszubauen (das ist die beste Verteidigung), ist nicht außerhalb und unabhängig von den weltpolitischen Gegensätzen möglich, etwa durch «Neutralisierung» der DDR (und BRD). Dies würde heißen, daß die DDR binnen kurzer Frist unter die erneute Herrschaft des Imperialismus geraten würde, vor der sie heute nur das Bündnis mit der SU bewahren kann.

Wer von «Neutralität» redet (von einem blockfreien Gesamtdeutschland träumt), der muß gleich dazu erklären, welchen Klassencharakter dieses neutrale Deutschland haben soll: auf der Scheidelinie zwischen dem Imperialismus (NATO) und dem sozialistischen Lager gibt es in den weltpolitischen Auseinandersetzungen keinen «dritten Weg»! Aber die Verteidigung der sozialistischen Grundlagen, auch in der DDR, ist keine nur-militärische Aufgabe, und sie ist nicht mit administrativen und polizeilichen Methoden alleine möglich.

»Schwerter zu Pflugscharen«.

Zwei Mitorganisatoren der Ostermärsche, Buro und Vack aus dem «Sozialistischen Büro», hatten in einer ganzseitigen Anzeige in der «Frankfurter Rundschau», in der das Zeichen der Friedensbewegung der DDR abgedruckt war, dazu aufgefordert, dieses Zeichen auf den Ostermärschen mitzuführen. Der Aufruf hatte Erfolg — an vielen Orten sah man Teilnehmer, die das Plakat ausgeschnitten hatten. Vor allem aber glaubten die Initiatoren so der «Öffentlichkeit» (d. h. den Gegnern der Friedensbewegung in der BRD) bewiesen zu haben, daß sie nicht «einseitig» sind.

Wir machen es uns nicht so leicht, die Jugendlichen in der DDR, die das Abzeichen «Schwerter zu Pflugscharen» tragen, als Konterrevolutionäre oder Gegner des Sozialismus etc. abzustempeln. Es taucht hier ein Problem auf, daß in allen sozialistischen Staaten eine Rolle spielt: die Tatsache, daß die heute heranwachsende Generation über die geschichtliche Entwicklung in und nach dem 2. Weltkrieg aus eigener Kenntnis nichts wissen kann. Hier liegt mit ein Versagen der Generation vor, die ihre eigenen Erfahrungen (aus welchen Gründen auch immer) selbst nicht kritisch verarbeitet hat und deswegen auch der nachfolgenden Generation die bestehenden Verhältnisse aus ihrem Werden und Wachsen nicht erklären kann; ihr so auch nicht helfen kann, die bestehenden Mißstände im fortschrittlichen Sinne zu überwinden. Diese Jugend, die als Friedensbewegung in der DDR auftritt, fordert Antworten, sie provoziert die ältere Generation. Wenn sie ihr mit Polizeimethoden und Schlagworten entgegentritt, treibt sie sie ins Lager der offenen und versteckten Gegner des Sozialismus und stärkt so die Gegner. Wir wollen nur auf einige Erscheinungen hinweisen, die auch der DDR sympathisch gegenüberstehende Arbeiter in der BRD abstoßen: die Militärparaden der Volksarmee im Stechschritt nach preußischem Muster. Sie mögen angemessen sein um Leute zu gewinnen, die sich nach preußischen Zuständen sehnen, aber doch nicht für Arbeiter und erst recht nicht für Jugendliche. Kann man vielleicht im preußischen Stechschritt die sozialistischen Grundlagen verteidigen? Oder nehmen wir die

zahllosen Transparente und Plakate in allen Städten und Dörfern der DDR. Kann man damit Menschen von der Notwendigkeit der Verteidigung der sozialistischen Grundlagen überzeugen? Zumal doch die Bevölkerung diese Transparente schon gar nicht mehr wahrnimmt.

Der Aufbau einer neuen Gesellschaft erfordert Opfer von der Bevölkerung. Aber es sind Opfer, die der Gesamtheit zugute kommen und die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Lebensbedingungen sind. Solche Opfer werden im Westen nicht verlangt, dafür breitet sich der Wohlstand — mit anschließender Arbeitslosigkeit und Sozialabbau aus. Wir bekommen die Rechnung **jetzt** im Westen vorgelegt. Diese Zusammenhänge muß man erklären, nicht aber die Verhältnisse beschönigen. Sind es nicht die Jugendlichen der DDR-Friedensbewegung, die eine vom Klasseninhalt losgelöste Friedensagitation aufgreifen? War es nicht auch die SU, die nach dem Krieg das Denkmal «Schwerter zu Pflugscharen» den Vereinten Nationen vermachte? Nun behaupten Vertreter der SED, die Abzeichen der Friedensbewegung in der DDR seien aus dem Westen in die DDR hereingeschmuggelt worden. (Aber wer brachte sie in den Westen?) Wenn die Regierung der SU das tat, dann entsprach das den Bedingungen, unter denen sie sich in einer Welt von Gegnern bewegen mußte. Das aber ist doch für Kommunisten und kommunistische Parteien noch lange kein Grund, den Menschen nicht die Notwendigkeit zu erklären, daß Schwerter zur Verteidigung der Pflugscharen solange unentbehrlich sind, solange die sozialistischen Staaten einer feindlichen Umwelt gegenüberstehen. Erst wenn wir die feindliche Umwelt zu einer gesellschaftlich-freundlichen, d. h. nicht imperialistischen verändert haben, liegen die Dinge anders.

Offizielle Stellen in der DDR reagieren z. Zt. — wenn man den Berichten Glauben schenken darf — mit Methoden, vor denen die Jugendlichen geflohen sind. Wenn Volkspolizisten die Abzeichen «Schwerter zu Pflugscharen» von Jacken und Hemden entfernen lassen, die FDJ mit aufgesetztem Pathos Feierstunden für NVA-Freiwillige durchführt, so muß das noch abstoßender wirken. Es ist Wasser auf die Mühlen der Gegner, und wir sind davon überzeugt, daß auch an verantwortlichen politischen Stellen der DDR gegen solche Methoden Kritik aufkommt. Die SED und die DKP ernten jetzt die «Früchte» einer jahrelang praktizierten Friedenspropaganda, die den Klassenstandpunkt außer Acht ließ. Sie wurde von der KPD nach dem 2. Weltkrieg *unkritisch übernommen* und fand in den Friedenskongressen der 50iger Jahre ihren Ausdruck. Die Vorstellung, die im Krieg funktionierende Allianz der SU mit den Westmächten könnte nach dem Krieg und der Niederlage des deutschen Imperialismus fortgesetzt werden, hat sich als falsch erwiesen. Dementsprechend war es auch falsch, die Bewegung der deutschen Arbeiterklasse als zweitrangig anzusehen. Die KPD meinte (oder tat wenigstens so), als ob Pfarrer, bürgerliche Politiker, kleine Unternehmer und bekannte Künstler das **entscheidende** Element im Kampf um Frieden seien. Diese Leute waren und sind sicherlich ehrliche und überzeugte Kriegsgegner, jedoch bilden sie keine entscheidende gesellschaftliche Kraft gegen die kapitalistische Herrschaft. Wir können mit ihnen bestimmte Schritte gemeinsam machen, aber wir können ihnen zuliebe nicht auf die Vertretung unserer politischen Auffassungen und die Erfüllung unserer Aufgaben verzichten.

Wo stände die internationale Arbeiterbewegung heute, hätte sich die SU die Losung «Schwerter zu Pflugscharen» nach dem 1. Weltkrieg zu eigen gemacht? Sie hätten ohne Zweifel bei deutschen Sozialdemokraten und vielen Bürgern mehr Sympathie gefunden. Sie hätten auch den russischen Arbeitern und Bauern nicht so große materielle Opfer aufbürden müssen. Nur, sie hätten auch den Angriff des deutschen Imperialismus nicht abwehren können. Denn das deutsche Bürgertum lief mit fliegenden Fahnen ins Nazi-Lager, die SPD kapitulierte vor den Nazis. Wenn die deutschen Imperialisten jemals wieder die Möglichkeit und die Macht dazu bekommen würden, sie würden erneut versuchen, was im 2. Weltkrieg mißlang — dieses Mal mit Hilfe der USA. Die deutsche Arbeiterklasse hat sich betören lassen, zweimal, erst unter Kaiser Wilhelm, dann unter Hitler. Für ihre Unfähigkeit den deutschen Kapitalismus zu entmachten, hat sie teuer bezahlt. ■

Ein wichtiger Schritt:

Gewerkschafter gegen Startbahn 18 West

Vorbemerkung

Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich nicht um eine Gesamtdarstellung des Widerstandes gegen den Bau der Startbahn 18 West. Es wird vielmehr ein Aspekt des Widerstandes herausgegriffen, der in der öffentlichen Darstellung so gut wie keine Rolle gespielt hat: der Versuch, auf der Ebene der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten den Widerstand gegen den Startbahnbau zu entwickeln.

Im übrigen weisen wir unsere Leser auf den Sonderdruck der Arpo anlässlich der Demonstration am 14.11.1982 in Wiesbaden hin.

Das Ende einer Hoffnung — Volksbegehren »nicht zulässig«

Die Angaben über die Zahl der Demonstranten am 14.11.1981 in Wiesbaden schwanken zwischen 150.000 und 300.000. Aber selbst die niedrigste Zahl dokumentiert, wie sehr der Widerstand gegen die Startbahn West von vielen, die selbst unmittelbar nicht betroffen sind, als Symbol verstanden wird; als Symbol für den Widerspruch gegen den Bau weiterer Atomkraftwerke, gegen die Wiederaufbereitungsanlage, gegen die Gängelung durch Politiker, die offenkundig gegen die betroffene Bevölkerung entscheiden.

Auf der Kundgebung sprach neben Alexander Schubart und anderen auch ein Kollege, der ausdrücklich als Gewerkschafter auftrat, ein Betriebsratsmitglied bei Opel-Rüsselsheim.

Am Schluß seiner Rede rief Schubart für den nächsten Tag zu einer Demonstration auf dem Abfertigungsgelände des Rhein-Main-Flughafens auf, falls bis dahin die Landesregierung nicht der Forderung der Demonstranten nachkäme und einen Baustop auf der Startbahntrasse verhängte. Dies war im wesentlichen ein Alleingang Alexander Schubarts und demzufolge waren auch keine organisatorischen Vorbereitungen für eine derartige Demonstration am Sonntag, dem 15. November, getroffen worden. Die Folgen waren schlimm genug. Landesregierung und Flughafen AG (FAG) benutzten die demonstrative Blockade des Flughafens zu einem Großeinsatz von Polizei und Bundesgrenzschutz. Presse und Fernsehen spielten das Spiel auf seiten der Landesregierung mit. Die Berichterstattung über die Wiesbadener Demonstration trat vollkommen zurück hinter die spektakuläre Darstellung von Krawallszenen um das Frankfurter Kreuz, an dem der Rhein-Main-Flughafen liegt.

Wie erfolgreich diese Taktik der Landesregierung und ihrer Verbündeten war, bekamen die engagierten Startbahngegner gleich am nächsten Tag zu Arbeitsbeginn in den Betrieben und Verwaltungen zu spüren. Viele Kolleginnen und Kollegen reagierten betroffen und verständnislos auf die Geschehnisse vom Vortag, bzw. deren Darstellung in Fernsehen und Presse. Startbahnbefürworter und Vorgesetzte nutzten die für sie günstige Gelegenheit, um die Demonstranten und diejenigen, die ihre Beweggründe verteidigten, in die Nähe von kriminellen Elementen zu rücken.

Die von der CDU und den Demonstranten gleichermaßen bedrohte Regierungskoalition versuchte, sich wenigstens nach der einen Seite hin vorübergehend Entlastung zu verschaffen: Ministerpräsident Holger Börner (SPD) verlas wenige Tage später im Landtag eine Regierungserklärung zum Bau der Startbahn 18 West, der sämtliche Abgeordneten aller drei Fraktionen zustimmten.

Vom Inhalt her enthielt die Regierungserklärung nichts Neues. Es wurde, wie schon so oft vorher, betont, daß Volksbegehren und Volksentscheid gegen die Verfassung verstoßen würden, weil es in der Sache um Bundes- und nicht um Landeskompetenzen ginge. Außerdem würde die Startbahn Arbeitsplätze sichern helfen.

Als dann wenige Wochen später der hessische Staatsgerichtshof, der nach Ablehnung des Antrags der Bürgerinitiative auf Einleitung des Volksbegehrens durch die Landesregierung angerufen worden war, in einem äußerst umstrittenen Urteil die Landesregierung begünstigte, war dies der wohl schwerste Schlag für die Startbahngegner. (Am 28.4.1982

wurde bekannt, daß das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsbeschwerde der Bürgerinitiative gegen den Beschluß des Staatsgerichtshofs abgewiesen hat. Damit ist der Rechtsweg vollständig ausgeschöpft. Eine Analyse der Rechtsprechung sowohl des Staatsgerichtshofs als auch des Bundesverfassungsgerichts wäre sicherlich aufschlußreich, ist hier jedoch nicht möglich.)

Gewerkschafter in Darmstadt und Frankfurt

Südlich der Mainlinie — vor allem in der Region Starkenburg — wurde der geplante Bau der Startbahn 18 West von einer Mehrheit der Arbeiter und Angestellten abgelehnt. Es ist jedoch nicht gelungen, diese Ablehnungsfront organisatorisch zusammenzufassen, um ihr ein angemessenes politisches Gewicht zu geben. Im Laufe des Jahres 1981 war versucht worden, aus den DGB-Ortskartellen im Landkreis Groß-Gerau heraus den DGB-Landesbezirksvorstand und auch den Bezirksvorstand der ÖTV zu beeinflussen. Es gelang jedoch nur mühsam, Kolleginnen und Kollegen zur Mitarbeit zu gewinnen. Zu einem groß angelegten Treffen, zu dem Kollegen aus ganz Hessen eingeladen wurden, und für das die Stadt Mörfelden-Walldorf ihre Stadthalle im Stadtteil Walldorf zur Verfügung gestellt hatte, erschienen bloß etwa 100 Personen, davon viele aus Städten außerhalb des Landkreises.

Ende November, bzw. Anfang Dezember 1981 konstituierten sich, erst in Darmstadt, daraufhin in Frankfurt, Gewerkschaftskreise gegen die Startbahn 18 West. In Darmstadt kam es dazu, als man mehrfach feststellte, daß sich vor dem Bauzaun im Mönchbruchwald aktive Gewerkschafter aus verschiedenen Betrieben trafen. Ein Vorbereitungskreis organisierte daraufhin eine Veranstaltung am 8.12.1981 im Darmstädter Gewerkschaftshaus. Mit einem Flugblatt, das eine politische Beurteilung der Situation des Widerstandes enthielt und das von Kolleginnen und Kollegen vor ihren eigenen Arbeitsstellen verteilt wurde, sollte über den bekannten linken Gewerkschafterkreis hinaus geworben werden. Zur Versammlung kamen dann etwa 190 Gewerkschaftsmitglieder aus verschiedenen Betrieben und Branchen. Gemeinsames Produkt dieses Abends war — nach langer, heftiger Diskussion — ein offener Brief an den Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks Hessen, Jochen Richert.

Die Gewerkschaftskreise verstanden sich ausdrücklich nicht als Konkurrenzorganisationen zu den schon viel länger existenten Bürgerinitiativen gegen die Startbahn West. Ihr Selbstverständnis ging dahin, Fragen und Argumente der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben aufzugreifen und anschließend auf die innerbetriebliche und die gewerkschaftliche Meinungsbildung einzuwirken.

Zwar hatten die Beschlußgremien fast aller Einzelgewerkschaften im Kreis Starkenburg (fast der gesamte südliche Zipfel Hessens innerhalb der Mainlinie) Beschlüsse und Resolutionen gegen den Bau der Startbahn verabschiedet; zwar hatten auch die Delegierten des DGB-Kreises Starkenburg, die etwa 117.000 Gewerkschaftsmitglieder repräsentieren, gegen den Startbahnbau votiert; und schließlich hatten sogar vier Gewerkschaften auf Landesbezirksebene Beschlüsse dagegen gefaßt (DPG, GEW, DruPa und GdP, wobei die Aussage der GdP dahin ging, daß die Polizei nicht Prügelknabe sein dürfe für eine verfehlte Politik der Regierung und den Startbahnbau aufgrund seiner politischen Folgen ablehnte). Doch alle diese Beschlüsse blieben nur Papier und wurden politisch nicht umgesetzt. Die politischen Repräsentanten des hessischen DGB und der ÖTV diffamierten die Startbahngegner und unterstützten in der Praxis die Landesregierung mit all ihren Möglichkeiten. Und auf dem Papier versuchten sie, einen unparteiischen Eindruck zu machen, indem sie ihr Ja zum Startbahnbau von der Erfüllung einer Reihe von Bedingungen abhängig machten. Tatsächlich erfüllten FAG und Landesregierung keine dieser Bedingungen; das tat jedoch ihrer Unterstützung durch die DGB-

Oberen keinen Abbruch. Nach einigen weiteren Treffen und zwei weiteren Flugblättern löste sich die Gruppe »Darmstädter Gewerkschafter gegen die Startbahn 18 West« Mitte April 1982 selbst auf. In diese Zeit fiel auch, daß ihr keine Räume mehr im Gewerkschaftshaus zur Verfügung gestellt wurden. Doch war dies weder der Auslöser noch ein wesentlicher Grund für die Selbstauflösung. Nach dem Verbot des Volksbegehrens durch den Staatsgerichtshof hörte die Diskussion in den Betrieben über den Widerstand gegen den Startbahnbau auf. Es war eine Stimmung vorhanden, die Ausdruck in der Feststellung fand, man müsse wissen, wann man verloren hat. Damit waren aber auch die Aufgaben nicht mehr zu erfüllen, die der Kreis sich gesetzt hatte. Auf die innerbetriebliche Diskussion konnte kein Einfluß mehr genommen werden, denn es gab sie nicht mehr. Und ohne eine breite Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder konnte auch die Haltung des DGB-Landesbezirks nicht korrigiert werden. Aus diesen Gründen verringerte sich die Zahl der aktiven Mitarbeiter stetig und die Selbstauflösung stellte sozusagen nur den logischen Schlußpunkt dar.

In der Rückschau ist der Kampf gegen die Startbahn 18 West ein wichtiger und anschaulicher Beleg dafür, an welche Grenzen eine große und in unmittelbarer Startbahnnähe sogar von allen Rathausfraktionen getragene bzw. unterstützte Bürgerbewegung stößt, wenn die Arbeiterschaft nicht als Klasse, d.h. durch Streik oder ähnliche demonstrative Kampfmaßnahmen eingreift. Im nachhinein muß man wohl sagen, daß die Gewerkschaftskreise zwar das Ruder nicht hätten herumwerfen können, in dem Sinne, daß man Streiks gegen die Startbahn hätte organisieren können; jedoch haben wir selbst erst zu spät reagiert und den Aufbau von örtlichen Gewerkschaftskreisen erst mitbetrieben, als der Höhepunkt der Auseinandersetzung bereits überschritten war. Zwar hat es auch nach Bekanntwerden des Urteils des Hessischen Staatsgerichtshofs große Demonstrationen mit mehreren Tausend Menschen gegeben; auch eine breit organisierte demonstrative Besetzung des Platzes für das Baulos 2. Insoweit konnte die Initiative der Gewerkschafter auch noch einiges zum gemeinsamen Kampf beitragen. Im Hinblick auf zukünftige Auseinandersetzungen ist insbesondere der Kontakt zu den Aktivisten der Bürgerinitiative wichtig. Im nachhinein betrachtet, handelte es sich dabei jedoch um Rückzugsgefechte.

Motive für den aktiven Widerstand

Die Anti-Startbahnbewegung ist — insbesondere, was ihre Verankerung in der Arbeiterschaft innerhalb der Region angeht — nicht allein und häufig auch nicht in erster Linie Ausdruck der Betroffenheit über die Zerstörung eines unersetzlichen Naherholungsgebietes. Auch der offenkundige Widerspruch zwischen der vielbeschworenen Bürgernähe und der tatsächlichen, die Bürger brüskierenden, Handlungsweise der Landesregierung ist nur ein Faktor unter anderen, die den breiten Protest bewirkt haben. Ökologischen Raubbau und Politik über die Köpfe der Betroffenen hinweg hat diese hessische Landesregierung auch in den vergangenen Jahrzehnten ihres Wirkens betrieben, ohne daß es darum zu solch populärem, anhaltendem Widerstand gekommen wäre.

Der wesentliche Unterschied zu den zurückliegenden Jahren liegt darin, daß die wirtschaftliche Krise seit einiger Zeit auch Hessen und dort auch das südhessische Industrie- und Dienstleistungszentrum erfaßt hat. Die praktischen Folgen bestehen in Betriebsschließungen und Teilstilllegungen, in der Erhöhung des Leistungsdrucks für die noch Beschäftigten durch Rationalisierung und Personalabbau, im Wegfall von über- und außertariflichen Leistungen und den vielen kleinen Schikanen der Vorgesetzten. Diesen Ereignissen fühlen sich fast alle Arbeiter und Angestellten mehr oder minder hilf- und schutzlos ausgesetzt. Kollektiver Widerstand — wie z. B. bei VDM — ist die Ausnahme, und auch dort ist das Ergebnis für die meisten der Betroffenen nicht zufriedenstellend, und die Kollegen in anderen Betrieben können sich dergleichen für ihren Betrieb erst einmal nicht vorstellen.

Die eben genannten Belastungen bestimmen den Lebensalltag der Arbeiter und Angestellten auch in der Region um den Rhein-Main-Flughafen viel umfassender und gewichtiger als der Startbahnbau, der für einen relativ viel kleineren Teil

etwa die Entwertung des Wohngrundstückes oder die Vernichtung eines Naherholungsgebietes bedeutet. Aber in dem Widerstand jener relativ kleinen Zahl von unmittelbar betroffenen Menschen gegen eine Landesregierung, die, über ihre Beteiligung an der Flughafen AG selbst Unternehmer, kompromißlos die Unternehmerinteressen gegen die Bürger auch mit Gewalt durchsetzt, erkannte eine viel größere Zahl von Arbeitern und Angestellten ihre eigenen Hoffnungen und Wünsche, den Unternehmerangriffen selbst auch geschlossen und solidarisch entgegenzutreten zu können.

Daß die Landesregierung sich bewußt war, wieviel sozialer Sprengstoff mittelbar mit der Auseinandersetzung um die Startbahn verbunden war, zeigt sich daran, daß ihre Vertreter und auch ihre Verbündeten in DGB und ÖTV immer wieder die angebliche Bedeutung des Startbahnbaus für die Schaffung, bzw. Erhaltung der Arbeitsplätze in der Region betonten.

Wenn also für viele Kolleginnen und Kollegen der Startbahnbau und das Verhalten der Landesregierung und der Parteien im wesentlichen nur der Tropfen war, der das Faß zum Überlaufen brachte, so stellt sich doch die Frage: Warum engagieren sich die Betroffenen hier und nicht im Betrieb, unmittelbar gegen den Unternehmer?

Die Antwort hierauf muß in gewissem Maß Spekulation bleiben. Jedoch ist naheliegend, daß die folgenden zwei Gründe eine wichtige Rolle gespielt haben:

Erstens fanden die jeweils für sich, d. h. **vereinzelt** auftretenden Gewerkschafter einen gut funktionierenden organisatorischen Rahmen vor, in den sie sich ohne große Schwierigkeiten einordnen konnten. In diesem Rahmen konnten sie jederzeit das Ausmaß ihres Engagements selbst bestimmen; sei es, daß sie nur an bestimmten Kundgebungen teilnahmen oder sich an Demonstrationen vor dem Bauzaun beteiligten; sei es, daß sie Anti-Startbahn-Parolen auf die Windschutzscheibe ihres Autos klebten oder im Freundes- und Kollegenkreis Propagandamaterial verteilten und Spenden für die Bürgerinitiative sammelten.

Zweitens spielt der legale Aspekt wahrscheinlich eine große Rolle: Die Anti-Startbahn-Bewegung erreichte ihren großen Aufschwung mit der Unterschriftensammlung für Volksbegehren und Volksentscheid. Man bewegte sich mit seinen Aktivitäten also im Rahmen der demokratischen Spielregeln. Das hieß aber auch, daß man im großen und ganzen nicht fürchten mußte, sich unwägbarer Gefahren für die eigene Existenz auszusetzen. Demgegenüber wissen die meisten Kollegen die tatsächlichen Kräfteverhältnisse im Betrieb gegenüber dem Unternehmer insoweit besser einzuschätzen, als dort den formalen demokratischen Rechten mißtraut wird.

Die hier vorgebrachte Deutung wird durch den Umstand bekräftigt, daß nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs und der vollendeten Rodung der Startbahntrasse sich im wesentlichen nur noch die Kolleginnen und Kollegen am aktiven Widerstand beteiligen, die sich unmittelbar betroffen fühlen, während die weiterab wohnenden sich überwiegend zurückgezogen haben. Aber auch ihre Probleme bleiben weiter bestehen und können nicht gelöst werden, ohne daß sie selbst sich aktiv für die eigenen Interessen einsetzen.

Hoffnungen auf ein grün-alternatives Wahlbündnis zur Landtagswahl werden enttäuscht

Der gemeinsame Widerstand »vor Ort« gegen die Startbahn 18 West ist auf der einen Seite die praktische Voraussetzung dafür gewesen, daß es zu dem Gedanken kam, den »Startbahnparteien« SPD, FDP und CDU ein Wahlbündnis aus BI-Aktivistinnen, Grünen und DKP gegenüberzustellen. Auf der anderen Seite sind beim Abflauen des aktiven Widerstands die Gegensätze zwischen den verschiedenen Elementen der Anti-Startbahn-Koalition zunehmend in den Vordergrund getreten, bzw. werden aus Eigeninteressen z.B. von den Grünen vorgeschoben (vor allem gegen die DKP).

Aus Sicht der Darmstädter Gewerkschafter gegen den Startbahnbau, aber auch im Sinne des Gesamtplenums der Bürgerinitiativen Anfang 1982, wäre es begrüßt worden, wenn die Koalition, die sich in der unmittelbaren Konfrontation mit den Interessen von FAG und Landesregierung gebildet hatte, bis zum Wahltag im September 1982 hätte bestehen können. Nach Lage der Dinge wird dies aber nicht so sein. Es sind

insbesondere die Grünen, die aus verschiedenen Gründen eine gemeinsame Kandidatur mit DKP-Mitgliedern ablehnen und nur eine sogenannte »offene« Grüne Liste akzeptieren. Das heißt, daß bestimmte zugkräftige Kandidaten auf der Liste der Grünen kandidieren dürfen. Die nicht Mitglieder sind (Kommunisten ausgenommen). Die Abgrenzung nach links wird so vollzogen, daß bestimmte Vorbedingungen für ein Zusammengehen formuliert werden: die Erklärung der Solidarität mit Solidarnosc, die Verurteilung des Einmarsches der SU in Afghanistan, die Kritik auch an der Rüstung der SU.

Die Haltung der Grünen kann nicht nur und wahrscheinlich auch nicht in erster Linie mit Postenjägerei, tiefsitzendem Antikommunismus und kurzsichtigem Verbandsegoismus erklärt werden, wenngleich es für jeden dieser Vorwürfe durchaus Belege gibt. Neben dem Zerfall des aktiven Widerstands an der Startbahntrasse ist es vor allem der labile Zustand der Partei der Grünen selbst, die sie zu Koalitionen unfähig macht. Während das Drittel der sogenannten Öko-Sozialisten für radikale gewerkschaftliche Forderungen eintritt und — mit den Worten eines Beteiligten — das wirtschafts- und sozialpolitische Programm der Grünen »durchgeputzt« hat, gibt es eine sogenannte »wertkonservative« Minderheit, die sich Stimmen aus dem Lager der CDU erhofft, gibt es eine Mehrheit der Mitglieder, die sich vor allem aufgrund ökologischer und diffus basisdemokratischer Vorstellungen von den Landtagsparteien ab- und den Grünen zugewandt haben. Die »Wertkonservativen« benutzen diese Mittelgruppe und das dahinter vermutete Wählerpotential, um die Ökosozialisten in Schach zu halten, indem sie davor warnen, zu radikal aufzutreten, wodurch diese Leute verprellt werden könnten. Unter diesen Umständen haben viele Grüne in dem von der Mehrheit der aktiven Startbahngegner geforderten Wahlbündnis eine potentielle Gefährdung des Bestandes der eigenen Organisation gesehen, z. B. durch eine Spaltung. Da dies so nach außen nicht vertreten werden konnte, sind dann — sicherlich nicht zufällig — die oben genannten Vorbedingungen vorgeschoben worden.

Die DKP war von Anfang an um ein Wahlbündnis bemüht und ist frühzeitig mit entsprechenden Angeboten an andere Gruppen und an Einzelpersonen herantreten.

Die Bemühungen der DKP um ein gemeinsames Wahlbündnis mit den Grünen und anderen waren nicht ganz uneigen-nützig. Sie hatte den Widerstand gegen den Startbahnbau bereits frühzeitig materiell und organisatorisch unterstützt. Das hatte ihr von vielen Seiten Anerkennung eingetragen. Auch war es die DKP gewesen, die zuerst und ausdauernd auf den militärischen Aspekt des Baus der Startbahn 18 West aufmerksam gemacht hatte.

Trotzdem ist es so, daß die DKP dieses Ansehen nicht in Wählerstimmen ummünzen kann. Zum einen liegt dies daran, daß zu den Startbahngegnern auch Mitglieder und traditionelle Wähler der im hessischen Landtag vertretenen Parteien gehören; aber damit und mit Antikommunismus der übrigen Startbahngegner lassen sich die geringen Chancen der DKP im Flughafenumland nicht allein erklären.

Viele aktive Mitarbeiter des Darmstädter Gewerkschaftskreises, denen Antikommunismus nicht vorgeworfen werden kann, haben erklärt, die Grünen wählen zu wollen, die Wahl der DKP jedoch strikt abgelehnt. Die Begründungen waren im einzelnen unterschiedlich, jedoch haben viele darauf hingewiesen, daß sie in den vergangenen Jahren mit dem Verhalten von Repräsentanten der DKP sowie deren Gewerkschaftspolitik schlechte Erfahrungen gemacht hätten. Diese Kollegen sehen insoweit weniger Widersprüche zu den Grünen, die sie allerdings auch nicht mit den Ansprüchen messen, wie sie z. B. die DKP an sich selbst anlegt — also Arbeiterpartei zu sein. Eine große Rolle spielt ferner die Haltung der DKP zu Afghanistan und Polen. Viele Kollegen lehnen es zwar ab, eine gemeinsame Stellung zu »Solidarnosc« und Polen zur Vorbedingung für eine gemeinsame Liste zur Hessenwahl zu machen, aber sie sehen doch die DKP insoweit im wesentlichen als Sprachrohr der Außenpolitik der SU und nicht als selbständige deutsche Kommunistische Partei.

Dies zusammengenommen erklärt, warum die DKP trotz ihres konsequenten Einsatzes im Widerstand gegen die Startbahn nicht die politische Kraft entwickeln konnte, die Widersprüche bei den Grünen selbst zu ihren Gunsten auszunutzen.

Auch Teile der Bürgerinitiativen und Alexander Schubart traten für eine »basisdemokratische, fundamentaloppositionelle« Wahlalternative ein. Dabei lehnte Schubart auf einer Veranstaltung in Darmstadt im Februar 1982 die Beteiligung von DKP-Genossen noch grundsätzlich ab. Jedoch nur wenige teilten seine Haltung, die überwiegende Mehrheit wollte die DKP nicht ausgeschlossen sehen. Daraufhin akzeptierte Schubart diesen Standpunkt, um ihn drei Monate später wieder zu revidieren, d.h. er hält jetzt wieder eine Beteiligung von DKP-Mitgliedern in einem Wahlbündnis für ausgeschlossen.

Gegenwärtig deutet vieles darauf hin, daß es zu einer Grünen Liste zu den Landtagswahlen kommen wird, daß die DKP für sich kandidieren wird und daß eine Alternative Liste für ganz Hessen oder eine größere Region nicht zustandekommen wird. Man muß wohl sehen, daß bei den Überlegungen der hessischen Landesregierung, in größtmöglichem zeitlichen Abstand zu den Wahlen an der Startbahn vollendete Tatsachen zu schaffen, die Erwartung des Zerfalls der Anti-Startbahnkoalition eine wichtige Rolle gespielt hat. Dabei ist es unerheblich, daß hierdurch die weitere Existenz der sozialliberalen Koalition gewiß nicht gerettet wird.

Wie können wir den Widerstand gegen bestimmte Folgen der kapitalistischen Produktionsweise zur Zeit unterstützen?

Gegenwärtig wird in den Betrieben noch nicht über die Landtagswahlen diskutiert, die in Hessen am 26. September stattfinden werden. Einige Überlegungen müssen daher notgedrungen allgemein bleiben und auch manche taktischen Gesichtspunkte können jetzt noch nicht berücksichtigt werden.

Zur Frage, welche Bedeutung, welche Konsequenzen diese Landtagswahlen haben werden, läßt sich allerdings bereits jetzt einiges sagen. Die Sozialdemokratie hat weiterhin an Vertrauen in der Bevölkerung — und entscheidend auch in der Arbeiterschaft — verloren. Für viele ist es nicht mehr vorstellbar, welchen Unterschied es machen würde, wenn die bislang regierende sozialliberale Koalition von einer CDU/FDP-Koalition oder einer reinen CDU-Regierung abgelöst wird. Nachdem seit den letzten Kommunalwahlen 1980 die Rathäuser und Kreisausschüsse mit wenigen Ausnahmen an die CDU, bzw. an CDU-geführte Koalitionen gefallen sind, hat sich die SPD praktisch abgemeldet. Weder in den Großstädten noch in den Kreisen betreibt sie eine Oppositionspolitik, die es einem ermöglichen würde zu sagen: Aha, das würde die SPD anders machen, besser machen, wenn sie wieder an die Regierung käme.

An ihrer Situation würde sich für die Arbeiterschaft auch nichts ändern, wenn die Grünen in den Landtag einrückten. Und für die DKP läßt sich das Gleiche sagen.

Anders stellt sich dagegen die Sache aus Sicht der Bürgerinitiativen dar. Hier haben viele aktive Mitglieder die Erfahrung machen müssen, daß es von Nachteil ist, keine Verbindungsleute in den parlamentarischen Gremien zu haben und stattdessen dort auf eine geschlossene gegnerische Front zu stoßen. Das ist nicht nur eine Sache der Informationen, die man erhalten kann, sondern mehr noch das Problem, Informationen und eigene Gesichtspunkte weiterzugeben. Presse, Rundfunk und Fernsehen orientieren sich in ihrer politischen Berichterstattung stark an den formaldemokratischen Institutionen. Ebenso machen viele Bürger einer Gemeinde einen Unterschied, sei es hinsichtlich der Aufmerksamkeit oder der Bewertung von Äußerungen, ob die von einem gewählten Parlamentarier kommen oder einfach von jemandem ohne Mandat.

Nach Lage der Dinge gibt es gegenwärtig im Landtag keine Partei, die sich insgesamt oder auch nur in wesentlichen Teilen für die Belange der hessischen Bürgerinitiativen gegen den Startbahnbau, die Wiederaufbereitungsanlage oder den Block C in Biblis einsetzen würde. Gleiches gilt für die Friedensinitiativen. In diesen — mehr oder minder lose gefügten — Verbindungen arbeiten Menschen mit verschiedenen politischen Orientierungen mit. Viele von ihnen werden, das ist bereits heute absehbar, zu den Landtagswahlen die

Grünen wählen und nicht mehr die Parteien, denen sie z.T. früher ihre Stimmen gaben. Viele tun dies, obwohl sie wissen, daß sie zu wichtigen Repräsentanten und Aussagen der Grünen schwerwiegende Gegensätze haben, z.B. in sozialpolitischen Fragen, denn deren »fortschrittliches« wirtschafts- und sozialpolitisches Programm repräsentiert nur eine Minderheit in der Partei. Der Vollständigkeit halber muß gesagt werden, daß auch ein wirklich ernst gemeinter entsprechender Programmabschnitt nichts ändern würde, weil die gegenwärtigen und die kommenden Probleme der Arbeiterschaft nicht mit Wahlprogrammen gelöst werden können. Die Bedeutung eines guten Wahlergebnisses für die Grünen liegt aus Sicht auch von uns gewerkschaftlich nahestehenden BI-Mitarbeitern und Sympathisanten darin, daß dieses ihre Öffentlichkeitsarbeit wirksam unterstützen würde.

Ob es nun die im engeren Sinne ökologischen Widersprüche sind oder sozialer Abbau und Arbeitsplatzvernichtung; — die Ursachen liegen in der Bundesrepublik und den übrigen kapitalistischen Ländern in der Profitwirtschaft und der privaten Verfügung über die Produktionsmittel. Das entwertet nicht die Kämpfe gegen die Auswirkungen dieser Produk-

tionsverhältnisse. Aber es stellt uns die Aufgabe, darüber nachzudenken, was wir dazu beitragen können, daß sie dort nicht stehenbleiben, sondern weitergehen zum Kampf gegen die Ursachen, die Produktionsverhältnisse selbst.

Wir werden nicht als einzelne oder als politische Gruppe von außen den Klassenstandpunkt, den beherrschenden Gegensatz zum Unternehmer, in die BIs hineinbringen können. Aber wir können, soweit die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben an den Problemen Anteil nehmen, versuchen, unsere Kolleginnen und Kollegen auf einer wenigstens gewerkschaftlichen, klassenmäßigen Grundlage zu organisieren, um vorhandene Kämpfe auch der Bürgerinitiativen zu unterstützen. Das haben wir und andere in Hessen erstmals als »Gewerkschafter gegen die Startbahn 18 West« versucht und wir schätzen die Erfahrungen insgesamt positiv ein. Vor dem Hintergrund dieses gemeinsamen Kampfes halten wir es für richtig, die uns von den Zielen her verbundenen Bürgerinitiativen auch im Hinblick auf die Landtagswahl 1982 zu unterstützen, wobei hier auch kein ernsthafter Gegensatz zu unseren Gewerkschaftskollegen zu erwarten sein wird. ■

Kommentar zur Bürgerschaftswahl in Hamburg:

Wähler wenden sich ab von der SPD, die »Volks«-Partei zerfällt

Nach der Wahl am 6. Juni hatte die CDU 56 Sitze, die SPD 55 Sitze, die FDP flog raus,¹ die Grün-Alternative Liste (GAL) bekam 9 Sitze.

Die CDU hat im Vergleich zu allen anderen Landtagswahlen der letzten 4 Jahre die höchsten Zuwächse an Wählerstimmen erreicht: 5,6 Prozent (51.000 Stimmen) mehr als vier Jahre zuvor. Mit 43,2 Prozent hat sie ihre höchste je in Hamburg erreichte Stimmenzahl verbucht. Von den 100 Stadtteilen erreichte sie nicht nur in 19 (wie 1978), sondern in 25 die absolute Mehrheit.

Wie kommen diese Stimmen zusammen? »Generell läßt sich feststellen, daß die Bewohner mit überdurchschnittlicher Wohnlage am häufigsten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten,« so das Landeswahlamt (Wahlbeteiligung im Vorort Nienstedten 94 Prozent, 17 Prozent mehr als im Durchschnitt). In Wahlkreisen mit ohnehin hohem CDU-Anteil war die Wahlbeteiligung hoch, die CDU hat dazugewonnen, gleichzeitig waren die Verluste der FDP hier besonders hoch (fast 10 Prozent). Laut Ifas konnte die CDU 52.000 bisherige Nichtwähler mobilisieren, nur 29.000 bisherige potentielle CDU-Wähler gingen nicht zur Wahl. Überdurchschnittlich hoch gewann die CDU in den traditionellen Hochburgen der SPD. »Es gab erhebliche Einbußen von 10 und mehr Prozent in vielen neuen Wohnquartieren mit sozialem Wohnungsbau, wo jüngere Arbeiterfamilien, kleinere Angestellte, ordentlich verdienende »Aufsteiger« traditionell sozialdemokratisch gewählt haben und zur CDU gewechselt sind.« (Süddeutsche Zeitung, 8. 6.)

Die SPD hat die höchsten Verluste der letzten vier Jahre erfahren: Ein Minus von 8,7 Prozent (86.000 Stimmen), von 51,5 Prozent auf 42,8 Prozent. Sie ist damit unter dem Ergebnis der CDU geblieben. 1978 hatte die SPD noch die absolute Mehrheit in 53 Stadtteilen, nun sind es nur noch 18. Laut Spiegel wählten die Arbeiter noch überwiegend SPD, aber »der Vorsprung der SPD schrumpft, während sie in dieser Gruppe noch um 52 Prozentpunkte vor der CDU lagen, ist die

Differenz zwischen SPD-Anteil (49 Prozent) und CDU-Anteil (31 Prozent) mittlerweile auf 18 Punkte zusammengeschnürt.« Wo sind diese Stimmen geblieben?

In traditionellen Arbeiterbezirken lag die Wahlbeteiligung deutlich unter dem Durchschnitt (Billbrook 56,3 Prozent), gleichzeitig stieg der Anteil einstiger und potentieller SPD-Wähler in der »Partei der Nichtwähler« dramatisch an: Laut Ifas blieben 45.000 potentielle SPD-Wähler mehr als vor 4 Jahren zu Hause, nur 44.000 Nichtwähler konnten dazugewonnen werden, während 74.000 zu anderen Parteien wanderten.

Die Altersgruppen der 18—24jährigen und der 25—34jährigen haben um 9,9 Prozent bzw. 14,2 Prozent weniger als vor 4 Jahren die SPD gewählt. Dagegen kommen aus dieser Altersgruppe drei Viertel der GAL-Wähler. Bei der Gruppe der Erstwähler ist der Weggang von der SPD (im Verhältnis zu den Erstwählern vor 4 Jahren) noch größer. In den traditionellen Arbeitervierteln finden die CDU-Gewinne ihr Gegenstück in den überdurchschnittlichen SPD-Verlusten: Veddel -12,4 Prozent, Wilhelmsburg -10,4 Prozent, Hamm -13,2 Prozent.

Die Grün-Alternative Liste gewann im Verhältnis zur Bürgerschaftswahl 1978, wo eine »Bunte Liste« auftrat, 3,2 Prozent. Im Unterschied zu damals war diesmal die Zunahme gleichmäßig über das gesamte Stadtgebiet verteilt. Die GAL ist in allen sieben Bezirksparlamenten mit insgesamt 26 Bezirksverordneten vertreten. In Eimsbüttel, wo bisher 2 Vertreterinnen der Bunten Liste saßen, erreichte die GAL 12,1 Prozent für das Bezirksparlament, deutlich mehr als im Durchschnitt (9,0 Prozent). Ihre Stimmen bekam sie wesentlich aus den Altersgruppen unter 35, von den Erstwählern, von jungen Arbeitern, die »nicht mehr SPD wählen können«, sowie in Gebieten, in denen die Sanierungspolitik des Hamburger Senats sich besonders aggressiv gebärdete.

Die DKP erhielt fast um die Hälfte weniger Stimmen als vor vier Jahren: damals 9373, diesmal 5546 (0,6 Prozent).² Die Hamburger Liste für Ausländerstopper erhielt 6197 Stimmen, die Ökologisch-Demokratische Partei 1664, die Grünen im Bezirk Wandsbek erhielten 3404 Stimmen.

Das Hauptmerkmal dieser Bürgerschaftswahl ist das deutliche Abwandern von der SPD in zwei Richtungen.

¹ Mit der FDP befassen wir uns hier nicht, weil sie vom Standpunkt der Arbeiter lokalpolitisch bedeutungslos geworden ist.

² Zieht man von den DKP-Wählern diejenigen ab, die vor der Wahl als Nichtmitglieder erklärten, sie würden diesmal die DKP wählen (5546—2711), bleiben unterm Strich die Wähler, die ohne vorherige Erklärung der DKP das Kreuz gaben (= 2835). Ist es richtig, anzunehmen, daß die Zahl der Mitglieder in Hamburg größer ist?

Die eine: Stärker als je zuvor beendeten kleinere Angestellte, „ordentlich verdienende Aufsteiger“ (Südd.) ihre Wahlunterstützung für die SPD. Sympathie und Bindung an die SPD entwickelte sich in diesen Kreisen vor allem deshalb, weil die zur „Volkspartei“ gewordene SPD dem Einzelnen die Perspektive bot, aus der Maloche, aus dem „endlosen“ Arbeiterleben auszusteigen, Erfolg zu haben. Ihr »Erfolg« bestand darin, daß sie in der Konjunktur zu Meistern, Abteilungsleitern, Personalchefs und leitenden Angestellten aufrückten und als solche ihre auf Gewerkschafts-Seminaren und -Schulen erworbenen Kenntnisse in den Dienst der Unternehmer stellen konnten. Wenn sie schließlich vor der Entscheidung standen, ob die Gewerkschaftszugehörigkeit noch für den Posten nützlich oder mit ihm vereinbar sei, gaben sie das Gewerkschaftsbuch zurück und behielten den Posten. Jetzt geben sie auch ihre Stimme der CDU. Auf sie bezieht sich die Äußerung Dohnanys auf dem Parteitag der SPD nach der Wahl: »Wir werden die an die CDU verlorenen Wähler nur wiedergewinnen, wenn wir in unserem sozialen Engagement, den starken und erfolgreichen Arbeitnehmer als Partner suchen und respektieren.« (Welt, 15. 6.)

Diesen »starken und erfolgreichen Arbeitnehmer« kennen wir, es ist der gegenüber den Kollegen unsolidarische, auf seinen Weg bedachte Kollege, der, weil er »weitergekommen« ist, sich selbst als den lebenden Beweis ansieht, daß in dieser »freien Marktwirtschaft« jeder »seines Glückes Schmied« sein kann. Viele dieser »starken und erfolgreichen Arbeitnehmer« sind u. a. wegen Hausbau in den letzten Jahren in finanzielle Schwierigkeiten geraten, sie zieht es zur CDU, weil sie besser mit Geld umgehen kann: wenn schon Unternehmerpolitik, dann aber richtig.

Daß die SPD diese Wähler zurückgewinnen will, deutet darauf hin, daß deren Widerstand gegen eine große Koalition mit der CDU in der Partei schwächer wird, umgekehrt die Befürworter »nur den Tatsachen Rechnung tragen« wollen.

Die andere Richtung des Abwanderns ist die zur GAL. Viele, die noch an Reformen glaubten, die mit der Politik Kloses Hoffnungen hegten, sind enttäuscht abgewandert. Die Grün-Alternativen stellen selbst fest, daß »wenn die SPD so geblieben wäre, dann würde es uns ja gar nicht geben. Uns gibt es doch nur, weil die SPD wichtige sozialdemokratische Positionen aufgegeben hat«. (Thea Bock in Konkret).

Die SPD war bis vor kurzem die unbestrittene Nummer 1 für die Erst- und Jungwähler. Diesmal stimmten sie in großer Zahl für GAL oder blieben der Wahl fern. SPD und Gewerkschaften sind heute für die Jugendlichen, die den Wechsel von der Schule ins Arbeitsleben vollziehen sollen, nicht mehr als politische Kräfte erkennbar, die sich von den hanseatischen Pfeffersäcken unterscheiden. Sie bekommen Unterstützung und Hinweise auf eine Perspektive genausowenig von den Gewerkschaften und der (rechten wie linken gleichermaßen) SPD, wie von den Unternehmern. Und die unter den Jüngeren, die schon berufstätig sind, in der Gewerkschaft engagiert sind, erleben dort einen Schacher und eine mit »Demokratie und Satzung« legitimierte Unterdrückung jeder selbständigen Aktivität, daß es ihnen leicht fällt, für die GAL einzutreten oder nicht zur Wahl zu gehen.

Wer ist bei der SPD geblieben? Als sicherstes Wählerreservoir blieben nach den Wahlanalysen für die SPD die Renter — solange ihre Rente noch gesichert ist, fügen wir hinzu. Schon heute kann festgestellt werden, daß es auch bei diesen ein böses Aufwachen geben wird, wenn sie den scheinbar weisen Abbau spüren, weil es einfach nichts mehr zu beschneiden gibt.

Darüber hinaus gibt es in Hamburg einen noch relativ festen Stamm von Arbeitern und Angestellten, die in gemeinwirtschaftlichen Unternehmen (NH, Volksfürsorge, BFG, Bauhütten) und in städtischen Einrichtungen (Gaswerke, Wasserwerke, U- und S-Bahn) tätig sind und ihre Arbeitsplätze glauben halten zu können durch die Treue zur SPD. Politischer und teilweise existentieller Druck wird auf sie ausgeübt durch die unmittelbare Verbindung von Gewerkschaften und SPD-Politik in diesen Unternehmen. Doch die Vorteile, z. B. den Kindern noch irgendwo durch »Fürsprecher« einen Arbeits-

platz zu verschaffen, sind auch für diese Arbeiterfamilien immer weniger möglich.

Wer hat wen hinter sich? Bleiben wir gleich bei der SPD und deren noch verbliebenem Wählerstamm. Der oben beschriebene Kern der SPD-Wähler wird repräsentiert durch den **rechten Flügel in der SPD** um den DGB-Vorsitzenden Saalfeld, um Hartmann, König, etc. Politischen Druck ausüben können sie deshalb, weil sie die **schweigende** Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder und die Angestellten in den Amtsstuben repräsentieren, das wirkt allein wegen ihrer Zahl und wegen des Filzes. Mobilisierungsfähig ist dieser Hintergrund von seinen Repräsentanten nicht. Als Saalfeld, Dohnany und CDU-Kiep während des Wahlkampfes eine DGB-Demo für die polnische Solidarnosc anführten, kamen keine tausend zusammen. Der 1. Mai dieses Jahres brachte eine deutlich kleinere Schar dieser Unentwegten vors Gewerkschaftshaus, sie sahen neuerdings auch keinen Grund zum Jubeln, als Saalfeld, Frister und Brandt »in Wahlkampf« machten.

Die Rechten in der SPD suchen für sie den Ausweg aus der Krise, indem der Stadtstaat wieder »regierbar« gemacht werden soll: »Wenn eine SPD/FDP-Koalition nicht möglich ist, wiederholen wir die Wahl, so oft es nötig ist«, meint Innensenator Pawelczyk. Mit der gleichen Chuzpe gegenüber dem Wählerentscheid will Saalfeld in einer »Stellungnahme des DGB zur Bürgerschaftswahl« Neuwahlen, damit Hamburg wieder regierbar wird.

Deutscher Gewerkschaftsbund

Kreis Freie und Hansestadt Hamburg

INFORMATION

An die

Mitglieder des Vorstandes des DGB

Kreis Freie und Hansestadt Hamburg

Beschluß der außerordentlichen *Stiftung* des Vorstandes des DGB-Kreis Freie und Hansestadt Hamburg am 8. Juni 1982 zum Ausgang der Bürgerschaftswahlen vom 6. Juni 1982

Der DGB Hamburg hat das Wahlergebnis vom 6. Juni 1982 mit Sorge entgegengenommen. Es hat gezeigt, daß der Wähler zwar den Wechsel nicht gewollt hat, aber auch keine ausreichende Mehrheit für eine neue Senatsbildung geschaffen hat.

Die derzeitige Parteienkonstellation im Hamburger Rathaus hat zur Folge, daß die Regierbarkeit sehr problematisch wird.

Nach Meinung des DGB Hamburg gibt es zur Zeit wegen gravierender Unterschiede in den Parteiprogrammen keine realistische Koalitionsmöglichkeit.

Der DGB hält Neuwahlen als demokratisch saubere Lösung für unausweichlich und sieht das Instrument der Vertrauensfrage nach der Hamburger Verfassung deshalb als unverzichtbar an.

Hamburg, 8. Juni 1982 / Sa/mi

Es dürfte kaum Illusionen darüber geben, daß diese SPD, die von Leuten wie König, Hartmann, Dohnany, Saalfeld etc. politisch beherrscht wird, eine »Wende in Hamburg« herbeiführen könne.

Die Arbeiter und Angestellten, die traditionell weiter SPD wählten, verbanden mit der Stimmabgabe kaum noch Hoffnung auf eine wirtschaftliche Wende durch die SPD. Wie sollte sie auch im parlamentarischen Leerlauf, wo das Parlament nur noch eine Schwatzbude ist, die Diäten verteilt und erhöht, erreicht werden?

Der linke Flügel in der SPD hat die Sympathisanten, die noch zu Zeiten Kloses Hoffnungen auf ihn setzten, an die GAL verloren. Er repräsentiert nur noch sich selbst, dabei immer weniger mit einer eigenen Perspektive innerhalb der eigenen

Partei versehen. Thea Bock von der GAL hat da ihre Erfahrungen: »Ich erlebe jetzt viel Selbstmitleid bei denen. Da heißt es: Wir waren noch diejenigen, wir haben 1968 auf der Straße gekämpft, und jetzt kommt ihr, aber wir hatten doch immer eure Positionen. Und sie ärgern sich, daß sie nie genug Rückgrat hatten, das durchzustehen. Die hatten Probleme begriffen und angepackt, und dann mußten sie aus innerparteilicher Rücksicht zurückstecken und ließen das Problem fallen. Dabei haben sie auch den Bürger fallengelassen mit seiner ganzen Hoffnung. Mal was durchzustehen und vielleicht auch persönliche Nachteile in Kauf zu nehmen, das haben sie nicht gezeigt.« (Konkret)

Nun auf einmal hat die SPD-Linker wieder eine Perspektive: die Hamburger Partei zu Verhandlungen mit der GAL zu bringen. Klose entwickelt neue parlamentarische Qualitäten, er führt »Schnuppergespräche« mit der GAL.

Auf dem Parteitag der Hamburger SPD am 15. 6. 1982 sollten die Linken zeigen, zu was sie fähig sind: Es ging um eine belanglose Entschliebung: »Der Landesparteitag erwartet, daß die Gespräche auch mit der GAL unmittelbar nach dem Scheitern der Bemühungen von Herrn Kiep, einen Senat aufzustellen, aufgenommen werden.« Daß diese Entschliebung nur den Zweck hat, vor den Wählern den Eindruck zu erwecken, die SPD wolle zwar, scheitere aber an der GAL, wird unterstrichen durch den Abänderungsantrag der Linken, der »ein ernsthaftes und konstruktives Gesprächsangebot an die GAL für notwendig hält«. Die Parteilinie war an Ernsthaftigkeit nicht interessiert und lehnte ab. Die »Linken« waren aber nicht einmal in der Lage, ihr »konstruktives« Angebot konkret zu erläutern. Sie beteiligten sich fast ausnahmslos daran, ein einheitliches Gesicht der SPD zu wahren und stimmten der Entschliebung des Vorstandes zu.

Noch nach jeder Wahlniederlage hat die SPD-Führung erklärt, man müsse das Ergebnis ernsthaft untersuchen. Bei derlei Erklärungen ist es stets geblieben und es wurde weiter gewurstelt. Auch jetzt in Hamburg. Der Parteitag nach der Wahl war sich einig, keine »Wunden zu lecken«, sondern in die Zukunft zu schauen. Dafür beginnt gleich nach den Wahlen hinter den Kulissen der Schacher um die Regierungsposten.

Die GAL hat bei dieser Wahl ein Protestpotential zusammengesammelt, welches im wesentlichen mit der bisherigen sozialdemokratischen Politik nicht mehr einverstanden ist. Es ist hier nicht die Erkenntnis, daß die sich ausbreitende Überproduktionskrise dem Reformismus das Wasser abgräbt, sondern die Vorstellung, daß die SPD eine falsche Politik macht. Für diese soll sie einen Denkzettel verpaßt bekommen, wobei die konkreten Gründe für diese Wut durchaus unterschiedlich sind.

Es hat vor der Wahl eine **Initiative von Betriebsräten und Vertrauensleuten** (unter ihnen auch Mitglieder der SPD) gegeben, die zur Wahl der GAL aufriefen, weil man der SPD einen Denkzettel verpassen müsse. Den hat sie nun bekommen. Was kommt jetzt? Wenn die Unterzeichner dieses Aufrufs mehr haben wollen als nur **bessere Stellvertreter** im Parlament, müssen sie sich schleunigst in die Diskussionen bei der GAL einmischen und die Interessen der Kolleginnen und Kollegen dort zum Ausdruck bringen. Dies gelingt natürlich umso besser, je mehr diese Forderungen wirklichen Diskussionen und Gesprächen in den Betrieben entspringen.

Die Gewerkschafter, die für die Wahl der GAL eintraten, haben es im Betrieb teilweise nicht leicht, weil die Kollegen noch ihre herkömmliche Ausgangsposition auch gegenüber den neuen Parlamentariern haben: Die sollen dies machen, die sollen das machen — möglichst besser als die SPD.

Auf einer ersten gemeinsamen Veranstaltung der Aufruf-Initiatoren und der GAL am 1. Juli sagte ein Metalller dazu: »Das falscheste, was wir machen können ist, den Kollegen erklären zu wollen, die GAL setzt für uns bessere Gesetze, z.B. gegen Überstunden durch... davon haben wir genug Gesetze, das ist nicht das Problem... Wir sollten lieber mal überlegen, warum die Arbeiter zum Beispiel Unterschriften sammeln für Überstunden — gegen ihren Betriebsrat, und was wir dabei tun...« Die Hamburger Betriebslinke, die dort zusammensaß, verlor sich im Problem des »Informationsflusses«, wie so oft

schon. Die **politische Debatte eines konkreten Problems** wurde noch nicht begonnen.

Die Forderungen der GAL vor allem nach **Rücknahme der Sparmaßnahmen** im Sozial- und Bildungsbereich und nach **Aufstellung eines Beschäftigungsprogramms** werden sicherlich auf Zustimmung bei den meisten SPD-Wählern stoßen. Sie müssen jedoch solange Wünsche bleiben, solange sich nicht auch die außerparlamentarische Kraft bildet, die es nicht länger zuläßt, daß Leute wie Saalfeld sich als Vertreter der »Arbeitnehmer« aufspielen können. Soweit unter GAL-Anhängern Verständnis dafür besteht, daß diese entscheidende Aufgabe noch zu bewältigen ist, muß eine Zusammenarbeit aller kritischen Kräfte in den Gewerkschaften angestrebt werden, ohne Beschränkung auf die Zugehörigkeit zu irgendeiner politischen Partei oder Organisation. Eine solche Zusammenarbeit muß weit über die GAL hinausgreifen, wenn sie erfolgreich sein soll.

Wenn der SPD-Landesvorsitzende König im NDR sagt, daß die GAL-Forderungen gegen Sparmaßnahmen im Sozial- und Bildungsbereich seien »nicht akzeptabel«, dann müssen wir konkrete Vorschläge machen, wo und in welchem Bereich die dafür notwendigen Gelder beschafft werden können. (Die GAL schlägt z.B. zur Finanzierung die Eintreibung der Steuerschulden vor. Eine kräftige Herabsetzung der hohen Pensionen für »Staatsdiener« wie ehemalige Minister, Generale, Staatsanwälte etc. auf die durchschnittliche Rentenhöhe wäre eine weitere Finanzierungsmöglichkeit). Sprecher der GAL, vor allem aus der AL, haben als Zielrichtung ihrer Forderungen nicht »die« SPD, sondern vor allem die **SPD-Wähler** angegeben. Sie gehen davon aus, daß die SPD langfristig weder mit der GAL-Unterstützung regieren kann noch will, daß sie Verhandlungen nur aufnimmt, um den Schwarzen Peter der GAL zuzuschieben.

In der GAL ist die Frage, wie sie sich gegenüber dem taktischen Spiel von SPD, CDU und Senat verhalten soll, noch in der Diskussion. Es gibt verschiedene Tendenzen, solche, die nur Opposition und **keinerlei** Zusammengehen mit der SPD wollen, und andere, die bis zu einer Koalition mit der SPD neigen. Die bisher gefundene Lösung — Tolerierung eines SPD-Senats, aber keine Koalition — bedarf, um wirksam zu werden, der außerparlamentarischen Unterstützung aus Gewerkschaften und Betrieben.

Die GAL wird in den nächsten Wochen von beiden Parteien und der bürgerlichen Presse unter Druck gesetzt werden. Ihre Gegner werden versuchen, ihre vorläufige Geschlossenheit auseinanderzureißen, Teile in das bürgerlich-parlamentarische System durch Übernahme von Verantwortung hineinzuziehen, anderen Teilen gleichzeitig die Agonie des Senats anzulasten.

Außerparlamentarische Kräfte außerhalb der GAL. Die bürgerliche und auch manch »linke« Presse hat angesichts der hohen Stimmenzahl für die GAL schon kein Wort mehr übrig für die, deren Resonanz bei den Wählern vor Jahren noch aufmerksam beobachtet wurde. Auch die DKP hat einen Denkzettel bekommen, ihre Stimmenzahl reduzierte sich auf die Hälfte. Gibt das krasse Mißverhältnis zwischen der aufreibenden Wahlkampfaktivität und der mangelnden Resonanz bei den Wählern den Parteimitgliedern nicht zu denken?

So richtig der allgemeine Grundsatz ist, daß Kommunisten das bürgerliche Parlament als Tribüne ausnutzen sollen, so schädlich wird es, wenn dieser Grundsatz ohne Rücksicht auf die konkrete Situation in der Gesellschaft angewandt wird. Die Kommunisten sind heute ohne politischen Einfluß bei den Arbeitern und Angestellten,³ und dennoch befindet sich diese bürgerliche Nachkriegsdemokratie, für stabiler als die von Weimar gepriesen, in zunehmendem Zerfall. Wenn eine

³ Wenn die DKP z.B. bei der Herausgabe einer Stadtteil- oder Mieterzeitung treibende Kraft ist (nicht der Herausgeber), soll das respektiert werden. Wenn der Einsatz für die Mieter aber die Folge hat, daß kritische Leserzuschriften z.B. zu Polen einfach nicht als vorhandene Meinung respektiert werden, ruft das eine Reaktion bei den Mietern hervor: »Typisch kommunistische Methoden«. Nicht nur die DKP, auch andere, die als Kommunisten auftreten, kriegen die Verachtung zu spüren. Wenn die Genossen nicht fähig sind, zu schwierigen Fragen Stellung zu nehmen, wäre es ehrlicher, dieses zu sagen, als sich mit **typisch bürgerlichen Methoden** um eine Antwort herumzudrücken.

kommunistische Partei ohne nennenswerten Einfluß sich in diese Parlamente hineinwählen lassen will, kann sie von diesen Wählern nur den Auftrag mitbekommen, bessere, »saubere« Parlamentsarbeit zu machen, letztlich also »für« den Wähler eine bessere Politik zu machen. Kommunisten, die auf dieser Grundlage am parlamentarischen Spiel — wenn auch nur optisch im Wahlkampf — teilnehmen, geraten in den Zerfallprozeß mit hinein.

Dieser Gefahr zu entgehen ist nur möglich, wenn vor Ort, in Betrieben und Gewerkschaften eine so starke Vertrauensgrundlage geschaffen ist, daß die Kommunisten von ihrer Umgebung in die Kommunalpolitik und weiter in die Landespolitik **gedrängt** werden. Tatsache ist, daß die Situation in Bottrop für die DKP ein Einzelfall ist, Tatsache ist auch, daß

an den verschiedensten Stellen in der DKP organisierte Kolleginnen und Kollegen das Vertrauen ihrer betrieblichen und gewerkschaftlichen Umgebung haben. Daraus ergibt sich für uns, daß die DKP-Kollegen aus dem Wahlergebnis Schlußfolgerungen ziehen sollten, die Aktivität in Betrieben und Gewerkschaften besser zu nutzen, um das Vertrauen, das sie genießen, auch in politischen Einfluß umsetzen zu können

Die Wahlen in Hamburg sind ein Spiegelbild des politischen Abstiegs und des Zerfalls der **Volksparteien**. Zu Beginn der Wirtschaftskrise wird die Sozialdemokratie erfaßt, in zunehmendem Maße werden auch die christlichen Parteien davon erschüttert. Der Streit zwischen den »Spitzenpolitikern« in Bonn bestätigt, daß der Fisch zuerst am Kopf beginnt zu stinken. ■

Metall Frankfurt:

Mannesmann-Demag: Dritte Torbesetzung

Am 10. Mai ist bei Mannesmann-DEMAG nach 12 Tagen die dritte und bisher längste Torbesetzung in Frankfurt zuende gegangen. Bei VDM war das selbständige Handeln der Arbeiter und Angestellten ohne Unterstützung von IGM und Betriebsrat, bzw. sogar gegen deren Willen zustande gekommen. Bei Rockwell-Golde hatte sich die IGM schnell an die Seite der Belegschaft gestellt, die ohne ihr Zutun aktiv geworden war. Nachdem die Verhandlungen mit der Geschäftsleitung festgefahren waren, wollte sich die IGM bei Mannesmann-DEMAG durch die Anwendung der »Kampfform Torbesetzung« neuen Spielraum verschaffen. Gezeigt werden sollte dabei auch, daß die Ortsverwaltung mit der neuen Kampfform umzugehen und sie zu kontrollieren weiß. An eine selbständige Rolle der Belegschaft war nicht gedacht. Die IGM hat hier anders als bei VDM und Rockwell-Golde von Anfang an eine führende Rolle gespielt. Aber im Unterschied zu Rockwell-Golde, wo die Arbeiter mit ihrem Kampf einen Teilerfolg erzielen konnten (vgl. die Beilage zur Arpo 3/82), kommt das Ergebnis bei DEMAG praktisch einer Niederlage gleich. Daß der Kampf hier aufgrund der objektiven Rahmenbedingungen schwerer als bei Rockwell-Golde sein würde, war von vornherein klar, ebenso, daß von Unternehmenseite eine weitere erfolgreiche Torbesetzung wohl nur unter großem Druck zugelassen worden wäre. Dazu hat die Kraft der DEMAG-Belegschaft und die Unterstützung durch andere Kollegen nicht ausgereicht, allerdings hat auch die Verhandlungs- und Kampfführung durch IGM und den vom Vorsitzenden Braun dominierten Betriebsrat ihren Teil zu dem Ausgang beigetragen. Für die Frage, wie der Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung weitergehen soll, gilt es gerade die Erfahrungen von DEMAG zu berücksichtigen. Die »Kampfform Torbesetzung« ist jedenfalls kein beliebig handhabbares Instrument, wie man sich das in der IGM-Ortsverwaltung wohl vorgestellt hat. Wir müssen als klassenbewußte Arbeiter und Angestellte alles tun, den Schaden in Grenzen zu halten, der aus einer schablonenartigen Anwendung dieser Kampfform »von oben« erwächst. Grund zur Schadenfreude gibt es nicht, daß dieser erste von der IGM-Frankfurt geführte Kampf mit einer Niederlage geendet hat, denn die Auswirkungen werden in erster Linie all jene betreffen, die den Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung organisieren wollen.

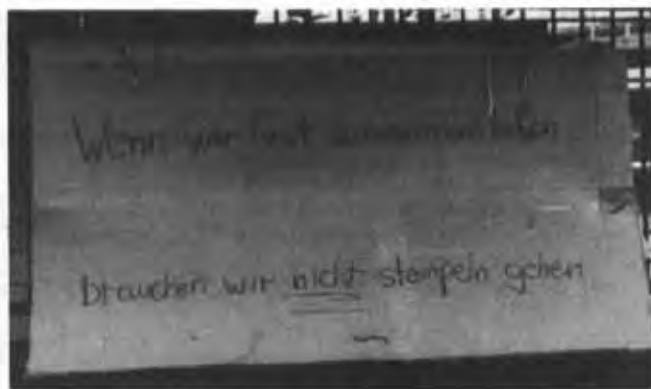
Die Ausgangslage bei DEMAG

Gegenwärtig sind bei DEMAG-Drucklufttechnik in Frankfurt noch ca. 630 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Die hier gefertigten Kompressoren für die Bauindustrie gehören zu einem auslaufenden Modell, und aufgrund der Krise im Bausektor gibt es Absatzprobleme. Dies zumindest war die offizielle Begründung der Geschäftsleitung für ihren Entschluß, die Produktion zu rationalisieren und in dem moderneren Zweigwerk im Simmern zu konzentrieren. Nach diesen Angaben sollten Verwaltung, Vertrieb und Konstruktion in Frankfurt verbleiben. In einer ersten Phase sollten 143 Arbeitsplätze wegfallen und in Simmern dafür ganze 26 neu

geschaffen werden. Doch schon früh war in der Belegschaft die Befürchtung aufgekommen, daß nach der Fertigung auch die Konstruktion schrittweise verlagert werden könnte, so daß in der Konsequenz der Standort Frankfurt überhaupt in Gefahr geraten würde. Gerüchte über Spekulationen mit dem Firmengelände machten bereits die Runde. In den noch vor der Torbesetzung mit der Geschäftsleitung geführten Verhandlungen hatten BR und IGM, letztere vertreten durch den Sozialplanexperten August Meyer, der geplanten Verlagerung und dem Großteil der damit verbundenen Entlassungen bereits faktisch zugestimmt: Daß Betriebsteile rationell zusammengefaßt werden sollten, war nicht strittig. In einem Alternativplan forderten BR und IGM aber, daß dann auch Produktionsteile von Simmern nach Frankfurt kommen müßten, nämlich die Montage mit ca. 25 (!) Arbeitsplätzen.

Damit, so wurde argumentiert, könne man einen Beitrag zur langfristigen Sicherung des Standorts Frankfurt leisten. Das in dem IGM-Flugblatt vom 20. April 1982 (»Arbeitsplatzvernichtung in Frankfurt«) noch großspurig verkündete Motto »Um jeden Arbeitsplatz wird gekämpft« hatten BR und IGM schon längst vor der Torbesetzung fallengelassen. Da war dann auch nicht mehr vom Erhalt aller Arbeitsplätze, sondern nur noch von »möglichst vielen« die Rede (z. B. im Info Nr. 8 vom 7. Mai 1982). Die Verhandlungen waren schließlich ins Stocken geraten, weil sich die DEMAG-Geschäftsleitung nicht in ihre unternehmerische Planung hineinreden lassen wollte und die geforderte Konzentration der Gesamtmontage in Frankfurt rundweg ablehnte. Auch bei den Sozialplanforderungen für die zur Entlassung anstehenden Kollegen wollte man keine Zugeständnisse machen. BR und IGM gerieten dadurch in eine mißliche Lage: Ohne Druck war nichts mehr zu erreichen, und bei weiterer Untätigkeit war die Gefahr nicht auszuschließen — insbesondere nach der erfolgreichen Aktion bei Rockwell-Golde —, daß sich auch bei DEMAG der Widerstand der Belegschaft unkontrolliert an der IGM vorbei entwickeln würde. Dazu wollte man es bei DEMAG nicht kommen lassen.

Waren bereits eine Protestversammlung der IGM im Gewerkschaftshaus am 5. 4. und eine erste mehrstündige Torbesetzung am 16. 4. 1982 mit offizieller Billigung und Unterstützung Anzeichen für die neue IGM-Taktik des »begrenzten Handelns«, so glaubte man unter dem Eindruck von Rockwell-Golde noch einen Schritt weitergehen zu können. Sie müßten mehr tun als nur für ein paar Sekunden die Tore zu besetzen, konnten sich dann ca. 100 DEMAG-Kollegen im Rahmen der IGM-Stadtteilversammlung für die Bockenheimer Metallbetriebe am 21. April 1982 von seiten der Ortsverwaltung anhören, andere Kollegen forderten direkt, daß die Erfahrungen von Rockwell-Golde praktisch umgesetzt werden müßten. Von seiten der Ortsverwaltung wurden allerdings keinerlei Anstrengungen unternommen, den DEMAG-Kollegen die Probleme zu erläutern und die Rahmenbedingungen klarzumachen, unter denen etwaige Kampfmaßnahmen stattfinden würden. Der Frage eines Kollegen von VDO, ob es denn nun



IGM-Führung, die »Kampfform Torbesetzung« bei DEMAG von Anfang an selbst in die Hand zu nehmen und damit auch unter Kontrolle zu behalten. VDM und Rockwell-Golde, wo sich ohne Zutun der IGM der Widerstand entwickelt hatte, sitzen der IGM-Führung noch tief in den Knochen. Bei DEMAG jedenfalls sollte vorgebeugt werden, daß sich kein »Selbstläufer« entwickelt, bei dem »betriebsfremde Gruppen« Einfluß gewinnen könnten. Die Möglichkeiten, DEMAG ökonomisch unter Druck zu setzen, waren allerdings geringer als bei VDM und vor allem Rockwell-Golde, wo die Belegschaft dringend benötigte Teile als Faustpfand kontrollieren konnte. Zudem hatten sich BR und IGM durch die in den Verhandlungen bereits gemachten Zugeständnisse in eine schlechte Ausgangslage gebracht. Entsprechend war auch die Stimmung in der DEMAG-Belegschaft vor der Besetzung darauf gerichtet, einen akzeptablen Sozialplan für die zu Entlassenden zu erreichen und vielleicht die Zahl der Kündigungen zu reduzieren.



Wie die Torbesetzung zustandekommt

Daß in der Woche vor dem 1. Mai 1982 noch etwas passieren würde, hatten IGM und BR ziemlich deutlich zu verstehen gegeben: Am 3. Mai stand vor dem Arbeitsgericht ein Termin an, wo über Einrichtung und Vorsitz einer Einigungsstelle entschieden werden sollte. Der genaue Zeitpunkt dürfte dann aber sowohl IGM wie auch die Masse der Belegschaft überrascht haben: In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch (27./28. 4. 1982) wurden die Tore von einigen Kollegen zugeschweißt und zugekettet. Und als die Belegschaft morgens zur Arbeit erschien, wurde sie aufgefordert, sich der Besetzung anzuschließen, was die große Mehrheit auch tat. Mit der nächtlichen Torschließung waren vollendete Tatsachen geschaffen worden. Dies dürfte entscheidend dafür gewesen sein, daß sich die Besetzung stabilisieren konnte. Lediglich eine Gruppe von Angestellten verschaffte sich Zugang zum Betriebsgebäude. Der Aufforderung der Geschäftsleitung, die Arbeit aufzunehmen, im Laufe des Morgens mehrfach wiederholt, wurde keine Folge geleistet. Unter den Kollegen selbst bestand keine Klarheit, wie lange man diese Aktion durchführen würde. Es herrschte eine Stimmung passiven Abwartens, was IGM, BR und Streiksprecher weiter tun wollten. Und von dieser Seite ließ man auch keinen Zweifel aufkommen, daß man alles im Griff habe: August Meyer war diesmal in die Rolle des Streikführers geschlüpft, war ständig präsent und redete ungeachtet sonst geäußelter juristischer Bedenken von »unserer Aktion«, die die Kollegen doch bitte geschlossen mittragen sollten, BR-Vorsitzender Braun hielt sich »gesprächsbereit« für die Geschäftsleitung am Tor auf, und der Streiksprecher konnte erste Solidaritätsadressen verlesen.



1. Mai-Demonstration in Frankfurt

um Arbeitsplätze oder einen Sozialplan gehen sollte, wurde ausgewichen. In auffallendem Kontrast zu diesem Ausbruch von Kampfbereitschaft von offizieller Seite stand dann auch, daß sich bis auf einen Kollegen niemand aus den Reihen der DEMAG-Belegschaft zu Wort meldete. Eine Diskussion darüber, wie man zu etwaigen Kampfmaßnahmen stehe, kam gar nicht erst zustande. Deutlich wurde dagegen der Wille der

Der Pfarrer der örtlichen Gemeinde stellte die direkt gegenüber dem Werksgelände gelegenen Kirchenräume als Streiklokal zur Verfügung, vor den geschlossenen Toren hatte schon am ersten Morgen die DKP Tische und Bänke organisiert, und Kaffee war auch schon zu bekommen. Diese im Unterschied zu VDM und Rockwell-Golde recht günstigen Rahmenbedingungen haben sich stabilisierend auf die Besetzung ausgewirkt, allerdings wurde die passive Haltung vieler Kollegen durch die gut organisierte Versorgung von außen nicht abgebaut, sondern eher bestätigt. Möglichkeiten, vor allem aber auch die Bereitschaft, sich selbst über die bloße Anwesenheit am Tor hinaus **aktiv** in die Aktion einzuschalten



und Einfluß zu nehmen, waren bei den DEMAG-Kollegen deutlich geringer als bei den beiden vorhergehenden Torbesetzungen. Ein Ausdruck davon war, daß das »Streikkomitee« während der gesamten Zeit faktisch aus einem einzigen Kollegen bestand, der mit IGM und BR zusammenwirkte.

Kampfführung von IGM und BR und die Rolle der DKP

Die Führung des Kampfes durch die IGM-Ortsverwaltung und den BR war freilich auch nicht darauf ausgerichtet, die Belegschaft insgesamt über eine Statistenrolle hinaus zu aktivieren und einzubeziehen. Dies entsprach auch durchaus dem IGM-Konzept einer »kontrollierten Torbesetzung«. Schon am ersten Tag hatte der 2. Bevollmächtigte Tänzer verlauten lassen, die IGM sei deswegen bei DEMAG präsent, damit nicht »marxistische Gruppen« und die DKP den Widerstand der Belegschaft in unkontrollierbare Bahnen lenken können. Dies muß sicher auch als Zeichen an die Unternehmer gewertet werden, daß sich die IGM zur Unterstützung der Torbesetzung entschlossen habe, um Schlimmeres zu verhüten. Aber mangels anderer Kräfte in der Belegschaft mußte man dann doch die DKP mitspielen lassen, die mit einigen Genossen bei DEMAG vertreten ist und auch den Streiksprecher stellte. Sie war es auch, die — zusammen mit der Arbeiterwohlfahrt — die Verpflegung vor dem Tor organisierte, für ein Kulturprogramm sorgte und die Solidarität von außen — soweit es in ihren Kräften stand — organisiert hat. Aber sie hat auch fleißig mitgeholfen, »ungesunde« Einflüsse von der DEMAG-Belegschaft fernzuhalten: Kollegen von VDM und auch aus anderen Betrieben, die ihre Erfahrungen und praktische Hilfe anboten, wurde bedeutet, daß man zwar an Solidaritätserklärungen, an mehr aber nicht interessiert sei. Versammlungen, auf denen die Kollegen von VDM oder Rockwell-Golde ihre Erfahrungen hätten darstellen und mit der DEMAG-Belegschaft diskutieren können, waren nicht gewollt und sind auch nicht zustande gekommen. Vor dem Hintergrund einer noch allgemein gering entfalteten Bewegung unter den Arbeitern glaubt die DKP durch möglichst vorstandskonformes Verhalten ihre weitere Duldung in den Gewerkschaften sicherstellen zu können. Sie gerät dabei in Gefahr, zu jenen Arbeitern und Angestellten in Widerspruch zu kommen, die beginnen, selbständig zu handeln. Wegen dieser Angst, mit der IGM-Ortsverwaltung in Konflikt zu kommen, konnte die DKP in dem aktiven Kreis bei VDM keine Rolle spielen¹. Bei der von oben genehmigten Torbesetzung und fehlendem Druck von seiten der Belegschaft bestand für die DKP diese Gefahr bei DEMAG praktisch nicht. Die DKP-Kollegen haben sich hier im Rahmen der von der IGM gesetzten Bedingungen bewegt und nichts unternommen, was einer stärkeren Eigenaktivität der Beleg-

schaft den Weg hätte ebnen können. Diese Politik der Konfliktvermeidung gegenüber den Vorständen wird die DKP auf die Dauer ebensowenig wie andere, den sozialpartnerschaftlichen Vorständen mißliebige Kräfte, davor bewahren, aus der Organisation hinausgedrängt zu werden, wenn nicht das Eingreifen der Masse der Gewerkschaftsmitglieder dies verhindert. Die Förderung des selbständigen Handelns der Arbeiter und Angestellten muß auch darum Ziel klassenbewußter Gewerkschafter sein. Dies müssen wir versuchen den DKP-Genossen klarzumachen, die hier zaudern und bremsen.

Der Verlauf der Torbesetzung

Die Auswirkungen des kontrollierten Kampfes sind im Verlauf der Besetzung deutlich geworden. Die Besetzung bei VDM und Rockwell-Golde waren in der Tendenz bereits Betriebsbesetzungen, das Betriebsgelände wurde zum größten Teil von den Besetzern kontrolliert. Demgegenüber war die Aktion bei DEMAG eine **reine Torbesetzung**: Die Kollegen standen vor den geschlossenen Toren und überließen den Betrieb der Geschäftsleitung. Während der gesamten Zeit fanden, mit Ausnahme des letzten Morgens, an dem das Verhandlungsergebnis vorgestellt wurde, keine Belegschaftsversammlungen statt. Diskussionen über Stand und Ziele des Kampfes sowie das weitere Vorgehen gab es praktisch nur in dem »führenden Gremium« aus Betriebsrat, IGM-Sekretär und Streiksprecher. Was gerade zwischen BR, IGM und der Geschäftsleitung besprochen wurde, wußten viele Kollegen am Tor oft nicht. Das Bedürfnis, genauer informiert und stärker beteiligt zu werden, kam allerdings auch kaum auf. Das Vertrauen in die Gewerkschafts- und Belegschaftsvertreter überwog. Und bis zum letzten Tag herrschte keine Klarheit darüber, ob es nun um **alle Arbeitsplätze** oder nur um **einige** und ein **besseres Sozialplanangebot** geht. Von der Streikführung wurde immer wieder betont, letztlich stünden die Arbeitsplätze des gesamten Standorts auf dem Spiel. Dies geschah in der Absicht, auch die nicht unmittelbar betroffenen Kollegen einzubeziehen und die Forderung »Gesamtmontage nach Frankfurt« plausibel zu machen. Die Kollegen am Tor hatten allerdings keine Hoffnung mehr, die Masse der mit der Verlagerung verbundenen Entlassungen abwehren zu können.

Ein akzeptabler Sozialplan und vielleicht ein paar Entlassungen weniger wurden in den Gesprächen am Tor immer wieder als vorstellbare Ergebnisse genannt.² Mit als Folge des vom BR-Vorsitzenden Braun bestimmten sozialpartnerschaftlichen Kurses gab es bei DEMAG — ähnlich wie in vielen anderen Betrieben — kein funktionierendes gewerkschaftliches Organisationsgerüst. Und die Art, wie der Kampf von oben geführt wurde, hat auch dazu beigetragen, daß sich in der Belegschaft selbst keine Kräfte herausgebildet haben, die

